

# Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 39 · 26. September 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



## Bedrohtes Grundrecht

Wie Fundamentalisten in Europa von links und in den USA von rechts versuchen, die Freiheit der Debatten einzuschränken  
Seite 1, 2, 3 und 24



125 Jahre Das Bayerische Nationalmuseum feiert runden Geburtstag Seite 9



Locarno Wie Delegierte den Frieden in Europa sichern wollten Seite 10

BILDER: PICTURE ALLIANCE/IMAGEBROKER/CHRISTIAN OHDE; BAYERISCHES NATIONALMUSEUM/MÜNCHEN/BASTIAN KRACK; WIKIMEDIA

VON JENS EICHLER

### DEMOKRATIEVERLUST

## Moralische Hegemonie als Mittel linker Machtausübung

Immer mehr Menschen in Deutschland trauen sich nicht mehr, öffentlich ihre Ansichten zu äußern – aus Angst vor Stigmatisierung und Imageverlust

Die Meinungsfreiheit gilt als ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Jede Stimme soll gehört werden – unabhängig davon, ob sie dem Mainstream entspricht oder nicht. Doch dieser Grundsatz gerät zunehmend unter Druck. Immer häufiger entsteht der Eindruck, dass in Deutschland nur noch jene Positionen öffentlich vertreten werden dürfen, die mit einem linken Zeitgeist übereinstimmen.

Linke Parteien bis hin zu Teilen der Regierungskoalition treiben diese Entwicklung mit voran. Unter dem Deckmantel von „Haltungsjournalismus“, „Demokratieförderung“ oder „Kampf gegen Hass und Hetze“ werden Gesetze unnötig weiter verschärft und Programme aufgelegt, die eines bewirken: die Einschränkung abweichender Meinungen. So werden kritische Bürger und konservative Stimmen schnell in eine Ecke gestellt – mit Etiketten wie „rechtspopulistisch“ oder gar „extremistisch“ stigmatisiert –, nur um sie aus dem öffentlichen Diskurs zu drängen.

Auch viele Medien spielen eine fragwürdige Rolle. Anstatt eine neutrale Debatte zu fördern, übernehmen Redaktionen mit links-grünem Einschlag linke Narrative und spielen sich dabei unverhohlen zum links-moralischen Sittenwächter auf. Schlimmer noch: Kritische Fragen zu Migration, Klimapolitik oder Gender-Ideologie werden nicht selten gleich als „rechts“ abgestempelt. Die TV-Moderatorin Julia Ruhs vom Format „KLAR“, das vom NDR und dem Bayerischen Rundfunk produziert wird, hat die Auswirkungen hautnah zu spüren bekommen. 250 linke Kollegen vom NDR sorgten mit einem Brief dafür, dass sie beim Öffentlich-Rechtlichem Rundfunk in der nördlichen Sendeanstalt nicht mehr moderieren darf. Der Grund: Obwohl Ruhs weder Meinungen noch Kommentare in der Sendung abgab, wurde sie geschasst, weil sie das Thema Migration kritisch be-

handelte und in ihrer Sendung Stimmen zu Wort kamen, die man im linken Lager nicht hören und damit auch nicht senden will. Deutlicher kann einseitiger „Haltungsjournalismus“ gar nicht betrieben werden. Ein ebenso undemokratisches wie gefährliches Unterfangen. Denn so entsteht mehr und mehr ein Klima der Einschüchterung, in dem Bürger sich mittlerweile zweimal überlegen, ob sie ihre Meinung noch äußern sollten.

#### „Instrumente der Autokraten“

Zugleich wirken linke NGOs und Aktivisten-Netzwerke wie eine Art Meinungspolizei. Unter Schlagworten wie „Zivilgesellschaft“ oder „Faktencheck“ betreiben sie massives Framing und üben Druck auf Unternehmen, Politiker und Plattformbetreiber aus. Resultat: Wer nicht spurt, wird öffentlich diffamiert oder gar boykottiert. Das Ziel ist klar: Konservative Stimmen sollen marginalisiert werden. Man will sie zum Schweigen bringen, weil andere Ansichten nicht toleriert geschweige denn akzeptiert werden. Es sind die Gleichen, die nach Toleranz rufen, selbst aber genau das Gegenteil davon praktizieren, um sich eine moralische Hegemonie und Deutungshoheit aufzubauen und zu erhalten.

Ein besonders wirksames Instrument dieser Entwicklung sind inzwischen die Sozialen Medien geworden. Plattformen wie X, Facebook oder Instagram sperren

und löschen intransparent Inhalte, die nicht ins gewünschte links-grün-woke Weltbild passen. Während linke Hassrede – und die gibt es immer häufiger – oft unbeanstandet bleibt, werden konservative Meinungen im Namen von „Richtlinien“ entfernt. So wird der digitale Marktplatz der Meinungen zu einem linken Zerspiegel, in dem nur noch eine Seite Gehör findet. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) forderte gar eine stärkere Regulierung der Sozialen Medien – insbesondere im Hinblick auf extremistische Inhalte.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki warnte dagegen: „Wem zur Rettung der liberalen Demokratie zuerst die Instrumente der Autokraten einfallen, hat sich auf dem Weg zur Rettung der Demokratie verlaufen!“ Ein klares Statement für die Meinungsfreiheit, die ohnehin in Deutschland durch immer mehr Petz- und Anschwärzportale mit übelstem Stasi-Charakter untergraben wird. Die Folgen? Statt mehr Demokratie zu wagen, wird der Grundsatz der Freiheit mehr und mehr kastriert.

Die zweifelhafte politische Verbanung einer von manchen ungeliebten Partei, die ein Viertel der Wählerstimmen auf sich vereinen kann, ist der beste Beweis. Man muss die AfD nicht mögen, so wenig wie die Linke – aber man muss als wahrer Demokrat beide aushalten. Alles andere ist eine Kapitulation vor der eigenen Courage und das Eingeständnis mangelnder Argumentationsfähigkeit. Demokratie ist

Streitgespräch, Meinungsdiskurs, Debatte – aber eine Debatte ohne gegensätzliche Ansichten ist keine, sondern ein Monolog, der im Zweifelsfall in der moralischen Gesinnungsdiktatur endet.

#### Andere Meinungen ertragen

Wohin das führt, zeigt aktuell die Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen, wo das ganze Ausmaß an Demokratiebeschädigung durch linke Meinungsmache sichtbar wird. Nach dem Ausschluss des AfD-Kandidaten, bewirkt durch die anderen Parteien, lag die Wahlbeteiligung nur noch bei 29,3 Prozent. Über 70 Prozent der Wahlberechtigten haben sich der demokratischen Abstimmung verweigert, mutmaßlich viele von ihnen, weil ihr Favorit vorab von der Konkurrenz aussortiert worden war.

All dies zeigt: Die Meinungsfreiheit in Deutschland ist zwar formal noch garantiert, wird aber faktisch Schritt für Schritt von linker Seite ausgehöhlt. Es herrscht ein Klima der moralischen Erpressung. Wer nicht mitmacht, wird ausgegrenzt. Wird diese Entwicklung nicht aufgehalten, steht unsere offene Gesellschaft bald nur noch auf dem Papier. Es ist höchste Zeit, dass Politik, Medien und Bürger sich wieder auf den Kern der Demokratie besinnen: das Recht, auch unliebsame Meinungen zu äußern – zu akzeptieren oder wenigstens zu tolerieren. Denn ohne echte Meinungsfreiheit ist jede Demokratie nur Fassade.

### IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Messerverbotzonen entpuppen sich als völlig nutzloses Mittel  
Seite 5

**Geschichte**  
Kauen, Kleben, Kult – die erstaunliche Geschichte des Kaugummis  
Seite 11

**Die Pommersche Zeitung**  
Ein Putbus-Roman von Gerhart Hauptmann, der fast vergessen war  
Seite 19

**Lebensstil**  
Vor 100 Jahren wurde die Traube Müller-Thurgau nach Deutschland geschmuggelt  
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Zeitenwende Amerika** Statt auf Festigung der Freiheit setzt eine einflussreiche Gruppe hinter Trump auf einen kleineren, aber gründlich gleichgestalteten Staatsapparat – und erklärt politische Abweichung für bedrohlich

## Der Plan für ein anderes Amerika

Wie eine einflussreiche Denkfabrik versucht, die Machtverhältnisse in den USA nachhaltig zu verändern

VON MIKE DELMORE

Die Vereinigten Staaten von Amerika durchleben aktuell turbulente Zeiten. Die westliche Supermacht als ehern stehender, verlässlicher Garant für Frieden, Freiheit, Demokratie und westliche Werte – das scheint gerade irgendwie vorbei zu sein. Ein ungewolltes Missgeschick? Ein unglücklicher Zufall? Nein. Denn das, was in den USA gerade abläuft, folgt einem klar strukturierten Programm. Ein Masterplan, der von einer nicht-liberalen Denkfabrik bereits vor einigen Jahren konzipiert wurde. Das Ziel: Die Partei der Republikaner schnellstmöglich an die Macht zu bringen, das Machtruder mit gezielten Maßnahmen umgehend herumzureißen, um dann ebenso die Macht für die Republikaner über lange Zeit zu erhalten und diesen Status abzusichern.

Als die Heritage Foundation (HF) im Jahr 2023 ihr „Project 2025“ vorstellte, war schnell klar: Es handelt sich nicht um das bloße Positionspapier einer Denkfabrik, sondern um ein ambitioniertes, in seiner Konsequenz radikales Konzept für eine tiefgreifende Umgestaltung des amerikanischen Staatswesens. Unter dem Titel „2025 Presidential Transition Project“ entwarf die einflussreiche Einrichtung eine Art Drehbuch, das einer zukünftigen republikanischen Regierung den Weg zu einer „Wiederherstellung Amerikas“ weisen soll – aus der Sicht jener politischen Kräfte, die sich zu Verteidigern von Familie, Religion und Nationalstaat erklären. Zwei Jahre später, im Herbst 2025, lohnt ein genauerer Blick: Was ist bereits Realität geworden, was bleibt – bislang noch – Absichtserklärung?

Das Leitbild von Project 2025 ist schnell umrissen. Im Zentrum steht die Vorstellung, dass die „traditionelle Familie“ erneut als fundamentaler Pfeiler der Gesellschaft etabliert werden müsse. Zugleich sollen Einwanderung, Asyl und internationale Verflechtungen stark reduziert und die nationale Souveränität betont werden. Nicht weniger bedeutsam ist das erklärte Ziel, den „administrativen Staat“ zu zerschlagen – jenen komplexen Apparat von Behörden, der seit Jahrzehnten Politik nicht nur umsetzt, sondern teilweise auch unabhängig vom Weißen Haus gestaltet. Dahinter steckt die Über-

zeugung, die Exekutive sei zu schwach, der Präsident müsse die volle Kontrolle zurückgewinnen. Individualrechte sollen gestärkt werden – allerdings in einer rechtsautoritären – nicht konservativen – Lesart, die sich eng an religiöse sowie vorgestrige moralische Wertvorstellungen hält und dabei alles Abweichende nicht als Freiheits-, sondern als Bedrohungstatbestände versteht. Dieser Masterplan ist nicht konservativ, auch nicht im klassisch US-amerikanischen Sinne, sondern ist reaktionär und zielt auf das Schaffen eines autoritären Systems ab. So soll auch die republikanische Partei und ihre Mitglieder nicht mehr konservativ im klassischen Sinne sein, sondern vielmehr autoritär.

### Die US-Geschichte wird neu geschrieben

Aus alldem leiten sich konkrete Maßnahmen ab, die in einem mehrbändigen Handbuch detailliert beschrieben sind. Eine Schlüsselrolle spielt die Konzentration politischer Macht beim Präsidenten. Unabhängige Behörden sollen unter seine direkte Kontrolle geraten oder gleich ab-

geschafft werden. Begleitend dazu fordert die HF, Bundesangestellte künftig auf ihre politische Loyalität hin zu überprüfen. Wer nicht als zuverlässig gilt, soll ersetzt werden – systemtreues Einheitsdenken wird gefordert. Im Bildungssektor soll das Bundesministerium de facto abgeschafft und die Verantwortung vollständig in die Hände der Bundesstaaten gelegt werden. Schlagworte wie „freie Schulwahl“ und „elterliche Rechte“ markieren dabei eine Agenda, die private und religiöse Schulen bevorzugt. Hinzu kommt, dass die Geschichte der USA neu geschrieben werden soll – Sklaverei oder Rassenkonflikte werden nicht mehr in Schulbüchern vorkommen. Zudem fordert das revolutionäre Programm weitreichende Einschränkungen im Bereich von Abtreibung, Gleichberechtigungsprogrammen sowie Kürzungen sozialer Sicherungssysteme.

Die Reaktionen auf „Project 2025“ fielen entsprechend polarisiert aus. Befürworter sehen darin die Chance auf einen „Befreiungsschlag“ gegen Bürokratie, linksliberale Gesellschaftspolitik und föderale Übergriffigkeit. Kritiker hingegen

warnen vor einem autoritären Umbau des Staates. Bürgerrechtsorganisationen, Juristen und Politikwissenschaftler weisen auf die Gefahren einer Machtkonzentration beim Präsidenten, die Erosion von Gewaltenteilung und den Verlust unabhängiger Institutionen. Der Begriff „Loyalitätstests“ weckt bei vielen Erinnerungen an politische Säuberungen, die eher in Autokratien als in einer westlichen Demokratie zu Hause sind.

Vieles hat unter US-Präsident Donald Trump, der für die HF aufgrund seiner Psyche und seines Charakters eine perfekte Besetzung ist, bereits den Weg in die Realität gefunden. So wurden viele Sozialprogramme überarbeitet, etwa durch Arbeitsverpflichtungen für Medicaid-Empfänger. Besonders sichtbar ist die Abschaffung von Inclusion-Programmen, wo gerade die USA bisher einen geradezu vorbildlichen Umgang mit behinderten Mitmenschen pflegten. Auch die Katastrophenhilfe wurde neu geregelt – mit dem Effekt, dass die Verantwortung stärker auf die Bundesstaaten und Kommunen abgewälzt wird. Und schließlich gibt es Ände-

rungen in der Forschungsförderung – eine Entwicklung, die Ärzte, Wissenschaftlicher und weltweit erfolgreiche, anerkannte Forscher als extrem besorgniserregend kritisieren.

### Prüfung der Widerstandsfähigkeit einer alten Demokratie

Noch stoßen viele der Ideen an rechtliche, politische und praktische Grenzen. Die vollständige Abschaffung ganzer Bundesministerien – ob im Bildungsbereich oder in der inneren Sicherheit – ist bislang noch nicht erfolgt. Solche Schritte bedürfen einer Gesetzesgrundlage, die nur mit Zustimmung des Kongresses möglich wäre. Auch die geplanten Loyalitätstests für Bundesbedienstete haben noch nicht in systematischer Form stattgefunden; öffentlich dokumentierte Massenentlassungen aus Gründen politischer Gesinnung gibt es nicht. Gleiches gilt für die besonders umstrittenen Vorschläge zur Einwanderung: Weder ist das Prinzip der Geburtsrecht-Staatsbürgerschaft abgeschafft, noch wurden flächendeckende Massenabschiebungen eingeleitet. Zwar verschärft die Regierung ihre Praxis im Umgang mit illegalen Einwanderern, was ihr gutes Recht ist, greift dabei jedoch immer wieder zu höchst zweifelhaften Vorgehensweisen, was selbst bei konservativen Wählern auf Ablehnung stößt.

Die Realisierbarkeit von „Project 2025“ hängt an mehreren Faktoren – primär aber am Erfolg des Präsidenten. Doch die Zustimmung zur Person Trump und den bisherigen Maßnahmen befindet sich gerade im Sinkflug, ebenso wie die Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen. Man darf nicht vergessen: Gut die Hälfte der US-Amerikaner hat Trump ins Präsidentenamt gewählt – knapp die Hälfte jedoch nicht. Und aktuell sind seine Zustimmungswerte mit durchschnittlich 41 Prozent schlechter als schlecht.

Fest steht: „Project 2025“ ist kein reines Wunschkonzert geblieben, sondern entfaltet konkrete Wirkung – und aktuell durchaus eine eher beängstigende. Damit wird das Projekt zum Prüfstein der amerikanischen Demokratie: Wie widerstandsfähig sind die USA im Jahr ihres 250-jährigen Geburtstages gegenüber einem so dezidiert ideologischen Masterplan und damit gegenüber einer verlockend autoritären Machtversuchung?



„Regieanweisungen“ einer Denkfabrik: Das „Project 2025“ der Heritage Foundation scheint dem US-Präsidenten wie eine Gebrauchsanleitung zum Umbau eines 250 Jahre alten demokratischen Systems zu diesen  
Bild: pa/CHROMORANGE/Christian Ohde

### DROHUNGEN

## Wenn freie Rede plötzlich zensuriert wird

Wie die Trump-Regierung im Land der unbegrenzten Möglichkeiten die Meinungsfreiheit unter Druck setzt

Der jüngst erfolgte Rauswurf von Late-Night-Moderator Jimmy Kimmel war nur die Spitze eines Eisbergs. Kimmels Beliebtheit bei den TV-Zuschauern nützte ihm nichts. Sein Verbrechen: Er kritisierte Donald Trump. Das tut man aber nicht mehr ungestraft. Trump rächte sich ebenso wie an der „New York Times“, die er auf 15 Milliarden US-Dollar verklagte. Warum? Weil die Zeitung schlecht über ihn geschrieben hatte. „Ich hasse meine Feinde. Ich kann sie nicht leiden“, betonte der US-Präsident auf der Trauerfeier für Attentatsopfer Charlie Kirk am letzten Sonntag. So, wie in Deutschland alles, was Links denkt, steht und tickt, den öffentlichen Diskurs bestimmen will und alles stigma-

tisiert und als „rechtsextrem“ (das ist noch freundlich ausgedrückt) brandmarkt, was nicht einer linken Ansicht entspricht, läuft es in den USA exakt in eine andere Richtung – und das macht’s nicht besser.

Nach dem Tod des konservativen Aktivisten Charlie Kirk (siehe PAZ 38/25) äußerte Kimmel Kritik, was die MAGA-Bewegung wohl alles tun würde, um zu vertuschen, dass der Attentäter aus den eigenen Reihen käme; daraufhin wurden Stimmen laut, dass sei „hate speech“ und müsse reguliert werden. US-Justizministerin Pamela Bondi kündigte jetzt an, Hass und Hetze kompromisslos zu verfolgen? Huch? Kennen wir das in Deutschland nicht irgendwoher?

Der von Trump unterstützte Vorsitzende der US-Kommunikationsbehörde (FCC), Brendan Carr, deutete jetzt mögliche Sanktionen gegen TV-Stationen an, die sich kritisch über Kirk, MAGA oder die Regierung äußern und setzt so auf Einschüchterung. US-Verteidigungsminister Pete Hegseth hat zudem eine neue Regel eingeführt, nach der Journalisten nur noch offiziell genehmigte Texte veröffentlichen dürfen. Wer dagegen verstößt, riskiert den Verlust der Akkreditierung oder des Zugangs. Eine klare Vorzensur.

Der Einfluss seitens der US-Regierung auf Medien-, TV- und Filmunternehmen – unter Androhung von Konsequenzen –, nur Mitarbeiter zu beschäftigen, die der

Regierung wohlgesinnt sind, ist ein extremer Eingriff in die Freiheitsrechte. Die Gefahr besteht, dass sich ein System etabliert, in dem bestimmte Meinungen strukturell benachteiligt werden. Durch Kontrolle über Mittel und Regularien entsteht eine klare Schieflage: Wer die Regierungsmeinung teilt, erhält Fördergelder oder entsprechende Zugänge; wer aber kritisch ist, wird ausgeschlossen oder eingeschüchtert.

Auch wenn die US-Gerichte bislang in vielen Fällen eingeschritten sind, wird bereits jetzt spürbar, wie weit der Druck der Regierung auf Medien geht. Wie umstritten die Trump-Vorgehensweise aber ist, zeigt die Tatsache, dass auch immer mehr

Republikaner die neuen Einschränkungen der Meinungsfreiheit kritisieren.

Zusammen mit den Demokraten befürchten auch sie eine bewusste Autorisierung von Regierungskontrolle über die Medien und öffentliche Diskurse, wie es in Russland oder China üblich ist. So stellte der Republikaner Ted Cruz, Senator aus Texas, klar, als Carr im Namen von Trump Sendern wegen des Inhalts ihrer Sendungen mit Geldstrafen und Lizenzentzug drohte: „So geht das nicht. Das sind die reinsten Mafia-Methoden und erinnert mich an den Film ‚Godfellas‘. Der First Amendment (Zusatzartikel der Verf. – PAZ) schützt selbst sogar sogenannte Hass-Reden!“, so Cruz. M.D.

# Die Würde des Menschen ist antastbar

Während die Ermordung des konservativen US-Aktivisten Charlie Kirk weltweit für Entsetzen sorgt, üben sich hierzulande linke Stimmen an einer Relativierung des Verbrechens. Eine Reflexion über den Zerfall der deutschen Debattenkultur

VON ARIAN AGHASHAHI

Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mit diesem kategorischen ersten Satz des Grundgesetzes haben die Mitglieder des Parlamentarischen Rates 1949 ein Fundament unseres Staates geschaffen, das weder Ausnahmen noch Relativierungen duldet. Und doch lässt sich an der Geltungskraft dieses Prinzips nach den deutschen Reaktionen auf die Ermordung des US-amerikanischen konservativen Aktivisten Charlie Kirk am 10. September ernstlich zweifeln.

Was sich in den vergangenen zwei Wochen in der Bundesrepublik Deutschland abspielte offenbart eine systematische Erosion jener geistigen und moralischen Grundlagen, auf denen eine zivilisierte Gesellschaft ruht. Diese Erosion manifestiert sich in einer doppelten Krise: der gewalttätigen, antiaufklärerischen Menschenverachtung weiter Teile der politischen Linken einerseits und – weit gravierender noch – der intellektuellen Kapitulation und moralischen Feigheit des sogenannten bürgerlichen Lagers andererseits.

## Anatomie selektiver Empathie

Charlie Kirk war, um eine Analogie zu ziehen, in den USA ungefähr das, was Luisa Neubauer in Deutschland für das grün-linke Lager darstellt: ein junger, charismatischer Aktivist mit klar definierten politischen Überzeugungen, der seine Generation zu mobilisieren suchte. Doch erhellender über die gegenwärtigen Vorgänge ist der Vergleich seines Schicksals mit dem des am 25. Mai 2020 in Polizeigewahrsam ums Leben gekommenen George Floyd.

Als Floyd – ein mehrfach vorbestrafter Intensivtäter, der auch am Tage seines Todes eine Straftat begangen hatte – starb, entwickelte sich binnen weniger Tage eine internationale Solidaritätsbewegung ohne gleichen. In Deutschland gingen hunderttausende Menschen auf die Straße, um gegen Rassismus und Polizeigewalt zu demonstrieren. Die deutsche Politik, von Angela Merkel bis hin zu lokalen Bürgermeistern, äußerte sich bestürzt und solidarisch. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk widmete dem Thema Sonder-sendungen und Dokumentationen.

Nach Kirks Ermordung herrscht hingegen eisige Empathieverweigerung. Heidi Reichenek, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, verkündete bei Caren Miosga mit beispielloser seelischer Kälte: „Man freut sich niemals über den Tod von anderen, aber man muss auch an der Stelle kein Mitleid oder Respekt vor dieser Person haben.“ Diese Aussage ist nicht nur moralisch verwerflich – sie offenbart die grundlegende Perversion eines Weltbildes, das die Würde eines Menschen von dessen politischer Gesinnung abhängig macht.

Diese Delegitimierung von Mitgefühl für konservative Opfer folgt einer erkennbaren Logik: Wer vom linken Weltbild abweicht, verwirkt seinen Anspruch auf menschliche Würde und gesellschaftliche Solidarität. Es handelt sich dabei um eine moderne Form der Ächtung, die in ihrer Struktur mittelalterlichen Ketzerprozessen gleicht.

## Satirische Entmenschlichung als Herrschaftsinstrument

Die systematische Entsolidarisierung mit konservativen Opfern manifestiert sich besonders deutlich im Umfeld des ZDF-Satirikers Jan Böhmermann. Dieses Milieu hat sich in den vergangenen Jahren zu einem diskursiven Machtzentrum entwickelt, das mit den Mitteln vermeintlicher Komik eine effektive Ausgrenzungsstrategie betreibt.

Jann Wattjes etwa, ZDF-Autor und freier Mitarbeiter der Böhmermann-Sendung „ZDF Magazin Royale“, postete auf der linken Plattform BlueSky einen makabren Witz: „Was haben Charlie Kirk und der ‚Letzte Bus‘ gemein-



„Eisige Empathieverweigerung“: Die Reaktionen zahlreicher linker Politiker und Medien auf die Ermordung Charlie Kirks zeigen, dass für sie die Würde eines Menschen von dessen politischer Ausrichtung abhängt



sam? – juhu, erwischt“. Mario Sixtus, ZDF-Publizist und Drehbuchautor, erklärte mit zynischer Klarheit: „Wenn Faschisten sterben, jammern Demokraten nicht“. Sebastian Hotz, unter dem Pseudonym „El Hotzo“ bekannt und ehemaliger Böhmermann-Gagschreiber, übertraf alle mit einem Bild des Schimpansen aus der ZDF-Serie „Unser Charly“, versehen mit dem Zusatz „RIP“ – was selbst für Böhmermann-Verhältnisse neue Abgründe zeigte.

Diese Reaktionen sind nicht als spontane Entgleisungen zu verstehen, sondern als systematische Anwendung einer Strategie, die Hannah Arendt in ihrer Analyse totalitärer Systeme beschrieben hat: die schrittweise Entmenschlichung politischer Gegner durch deren Ausschluss aus der Gemeinschaft der Diskursfähigen. Was Arendt für die Extreme des 20. Jahrhunderts analysierte, findet heute in den Formaten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seine zeitgemäße Fortsetzung.

## Vom Bildungsauftrag zur Agitation

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, dem der Medienstaatsvertrag in Paragraph 26 Absatz 2 ausdrücklich aufträgt, „die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen“, verkehrt seinen Auftrag systematisch ins Gegenteil. Während er laut Paragraph 26 Absatz 1 „als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken“ und „den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern“ soll, agiert er de facto nicht als pluralistische Plattform demokratischer Meinungsbildung, sondern als Propagandainstrument einer spezifischen politischen Richtung.

Diese Instrumentalisierung staatlicher Medien zur ideologischen Indoktrination ist ein charakteristisches Merkmal autoritärer Systeme. Carl Schmitt hatte bereits in den 1920er Jahren vor der Aushöhlung des Verfassungsstaates durch die faktische Macht gesellschaftlicher Gruppen gewarnt. Was er als theoretische Möglichkeit analysierte, ist heute zur politischen Realität geworden.

Dies manifestiert sich nicht nur in den angeblichen Satire-Formaten, sondern bereits in der grundlegenden Berichterstattung über das Attentat. Die Tagesschau nannte den Kirk-Mord anfänglich einen „Vorfall an einer Universität“ und nicht ein politisches Atten-

tat oder Terroranschlag. Diese sprachliche Verharmlosung ist symptomatisch für eine Berichterstattung, die konservative Opfer systematisch delegitimiert.

Ein „Vorfall“ ist ein Unfall, ein unvorhersehbares Ereignis – nicht die gezielte Ermordung eines politischen Aktivisten. Um die Wurzeln dieser begrifflichen Konfusion zu verstehen, muss man tiefer graben, bis zu jenem Bildungsversagen, das bereits die Ausbildung der deutschen Eliten prägt.

## Intellektuelle Verwahrlosung

Als ehemaliger Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) habe ich die intellektuelle Degeneration der deutschen Bildungselite aus nächster Nähe beobachten können. In Seminaren der sogenannten Begabtenförderung erlebte ich Situationen, die das Ausmaß der geistigen Verarmung verdeutlichen: Stipendiaten, die irritiert waren, als ich den Unterschied zwischen Strategie und Taktik erklärte – eine Unterscheidung, die bereits Caspar David Friedrich als elementar für jedes politische Denken charakterisiert hatte.

Diese konzeptionelle Hilflosigkeit erstreckt sich längst auf weite Bereiche politischer Analyse. Begriffe wie „Faschismus“, „Rechtsextremismus“ oder „Demokratie“ werden als rhetorische Kampfbegriffe verwendet, ohne dass ihre historische Genese oder ihre systematische Bedeutung verstanden würde. Und so lässt sich Carl Schmitts Diktum, der Souverän sei derjenige, der über den Ausnahmezustand entscheide, heute umformulieren: Souverän ist derjenige, der über die Definition von „Extremismus“ entscheidet.

Diese begriffliche Willkür hat System. Sie dient der Immunisierung der eigenen Position gegen rationale Kritik. Wer die herrschende Ideologie in Frage stellt, wird nicht widerlegt, sondern pathologisiert oder kriminalisiert. Max Weber hatte in seiner Analyse der Werturteilsfreiheit vor genau dieser Entwicklung gewarnt: Der Missbrauch wissenschaftlicher Autorität zur Legitimation politischer Präferenzen untergräbt die Grundlagen rationaler Erkenntnis. Der Höhepunkt dieser begrifflichen Perversion zeigt sich jedoch in der Instrumentalisierung historischer Kategorien zur Legitimation gegenwärtiger Gewalt.

## Perversion des Widerstandsrechts

Manche Vertreter der deutschen Linken rechtfertigen ihre Empathieverweigerung mit dem historischen Konzept des Tyrannen-

mordes. Diese Rechtfertigung verdient eine eingehende Analyse, da sie die Perversion klassischer politischer Theorien exemplarisch demonstriert.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Mitverschwörer rangen schwer und lang mit der Frage, ob sie, um Mord zu verhindern, selbst einen Mord begehen dürfen. Sie kamen zu dem Schluss, dass der Tyrannenmord nur dann ethisch legitimiert sei, wenn damit systematischer, staatlich organisierter Massenmord verhindert werden könne.

Adolf Hitler war ein Diktator, der Millionen Menschen ermorden ließ und einen Vernichtungskrieg gegen die Zivilisation führte. Der Widerstand gegen ihn war somit ein Akt Notwehr. Die historische Situation von 1944 war durch die vollständige Außerkraftsetzung aller rechtsstaatlichen und zivilisatorischen Normen gekennzeichnet.

Charlie Kirk hingegen war das genaue Gegenteil: ein junger Mann, der für Offenheit, Debatte und demokratische Teilhabe warb. Er suchte bewusst das Gespräch mit Andersdenkenden, reiste zu Universitäten und stellte sich kritischen Fragen. Seine Dialogbereitschaft war sprichwörtlich – er lud regelmäßig politische Gegner zu seinen Veranstaltungen ein und diskutierte mit ihnen öffentlich.

Die Analogie seines Todes zum Tyrannenmord ist somit nicht nur historisch korrekt – sie ist eine Perversion des Widerstandsrechts. Und sie kehrt die moralischen Kategorien um: Der Verteidiger der freien Rede wird zum Tyrannen erklärt, seine Mörder zu Widerstandskämpfern stilisiert. Diese Umwertung aller Werte folgt der Logik totalitärer Ideologien, die Orwell in seinem Klassiker „1984“ als „Doppeldenk“ beschrieben hat.

## Der Opportunismus des Bürgerlichen

Die gewalttätige Anti-Aufklärungsideologie der Linken ist das eine Problem. Die Linken sind wenigstens ehrlich und authentisch in ihrem Hass auf Andersdenkende; sie stehen dazu, ihre politischen Gegner vernichten zu wollen. Ihre argumentative Inkompetenz ist offenkundig – sie sind zur rationalen Debatte schlicht nicht mehr fähig und wissen das auch. Das weit gravierendere Problem ist jedoch die Feigheit, Konzeptlosigkeit und der Opportunismus des deutschen bürgerlichen Lagers. Dessen moralische Kapitulation manifestiert sich in einer Reihe von Unterlassungen, die in ihrer Gesamtheit das vollständige Versagen der konservativen politischen Kultur dokumentieren.

Wo blieb, zum Beispiel, die unmissverständliche Verurteilung des Kirk-Attentats durch Norbert Lammert in seiner Funktion als Vorsitzender der KAS? Während seine Stiftung fleißig Studien gegen die AfD verfasst und vor „Kooperationen“ mit der Partei warnt, schweigt sie zum Mord an einem echten Konservativen. Diese selektive Empörung offenbart die tatsächlichen Prioritäten: Man kämpft nicht gegen die Feinde der Demokratie, sondern um die Anerkennung durch deren Feinde.

Nur wenn das bürgerliche Lager endlich seine Stimme gegen diese moralische Bankrotterklärung erhebt, kann es die demokratischen Grundfesten noch retten. Versagen Union und konservative Organisationen in ihrer Pflicht, einen klaren Tabubruch sichtbar zu machen, so überlassen sie das Feld jenen, die Gewalt und Zensur demokratisch begründen. Ein solcher Verrat am eigenen Wertekanon ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer geistigen Gleichgültigkeit, die schleichend zur Normalität wird. Wer im Angesicht eines politischen Mordes wegschaut, liefert nicht nur den Opfern eine bittere Katharsis, sondern leistet dem Untergang jenes politischen Systems Vorschub, das zu verteidigen er vorgibt.

—  
Diese  
Delegitimierung  
von Mitgefühl  
für konservative  
Opfer folgt  
einer  
erkennbaren  
Logik: Wer vom  
linken Weltbild  
abweicht,  
verwirkt seinen  
Anspruch auf  
menschliche  
Würde und  
gesellschaftliche  
Solidarität

## ● MELDUNGEN

## Mehr Rechte für Apotheken

Berlin – Apotheken sollen ihre Angebote nach Plänen von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) künftig ausweiten können. Vorgesehen ist beispielsweise ein Ausbau der Impfmöglichkeiten. Bisher können Apotheken bereits Impfungen gegen Grippe oder Covid-19 anbieten, künftig sollen auch alle Impfungen mit sogenannten „Totimpfstoffen“, wie gegen Tetanus, hinzukommen. Laut einem Dokument des Gesundheitsministeriums ist zudem geplant, Apotheken zu erlauben, in bestimmten Fällen auch verschreibungspflichtige Medikamente ohne ärztliche Verordnung abzugeben. Das soll etwa für unkomplizierte Erkrankungen wie einfache Blasenentzündungen gelten. Zudem sollen Apotheken verstärkt zur Vorbeugung beitragen und auch Früherkennungstests zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen anbieten dürfen. Die Pläne könnten die Überlastung von Hausärzten mildern und zugleich die wirtschaftlich schwierige Lage vieler Apotheken verbessern. H.M.

## Schutzwesten für Vollstrecker

Berlin – Nach körperlichen Angriffen auf Gerichtsvollzieher stattet Berlins Justizverwaltung die Beamten ab 2026 mit Schutzwesten aus. Wie der Sender rbb unter Berufung auf Justizkreise berichtet, sollen die rund 270 Vollstrecker ab 2026 stich- und schussichere Schutzwesten erhalten. Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU) will damit auf eine zunehmende Zahl verbaler und körperlicher Angriffe auf die Beamten reagieren. Einen Bedarf an einer Schutzweste haben 222 Gerichtsvollzieher angemeldet. Nach Angaben des Vereins der Berliner Obergerichtsvollzieher hat sich die Sicherheit der Gerichtsvollzieher in den vergangenen Jahren „zunehmend verschlechtert“. Im Jahr 2024 war in Berlin sogar auf eine Gerichtsvollzieherin durch eine geschlossene Tür geschossen worden. H.M.

## Mordanschläge in der Statistik

Berlin – Die Bundesregierung hat auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion bezüglich „Täter-Opfer-Verhältnissen“ bei Straftaten gegen das Leben von Deutschen und Zuwanderern Zahlen genannt, die sich auf eine Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) stützen. Demnach wurden 14 deutsche Staatsbürger Opfer einer vollendeten Straftat gegen das Leben mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer, 105 Deutsche wurden Opfer einer solchen versuchten Straftat. Diesen Zahlen stehen auch 14 Ausländer gegenüber, die Opfer eines Tötungsdelikts sowie 37 Zuwanderer, die Opfer eines versuchten Angriffs auf das Leben wurden. Täter waren in letzteren Fällen deutsche Staatsbürger. Bei der Statistik sind Mehrfachzählungen möglich, da als „Zuwanderer“ sowohl Opfer als auch Tatverdächtige gezählt wurden, wenn sie in der PKS als „Asylbewerber“, „Schutz- und Asylberechtigte“, „Kontingentflüchtlinge“, „Duldung“ oder „unerlaubter Aufenthalt“ erfasst worden sind. MRK



Arbeit? Nein, danke! Zu viele junge, männliche Zuwanderer machen einen großen Bogen um eine geregelte Erwerbstätigkeit

Bild: pa/Christoph Hardt/Geisler-Fotopress

## BÜRGERGELD

## Jung, syrisch, arbeitslos

Mehr als die Hälfte der arabischstämmigen Zuwanderer lebt von staatlichen Almosen – Arbeit lohnt sich für die größtenteils männlichen Gäste nicht

VON BODO BOST

Während Deutsche, Polen und Italiener in Deutschland nur zu fünf Prozent Bürgergeld beziehen, sind es 54 Prozent aller in Deutschland als asylberechtigt anerkannten Syrer. Dabei kam die Masse der Syrer bereits vor zehn Jahren, sie waren zu 80 Prozent jung, männlich, aber dank Bürgergeld wenig motiviert zu arbeiten.

Zum zehnten Jahrestag der von Angela Merkel erklärten offenen Grenzen und der dadurch ausgelösten Massenmigration in den Jahren 2015 und 2016, bei der insgesamt 1,2 Millionen kulturfremde und meist wenig qualifizierte Syrer nach Deutschland strömten, wurde immer auf Erfolge bei der Integration dieser Zuwanderer verwiesen. Dabei stand die Arbeitsmarktintegration im Vordergrund.

Im Sender Welt TV hat der stellvertretende Vorsitzende für Haushalt, Finan-

zen, Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der CDU, Mathias Middelberg, klargestellt, dass gegenwärtig noch über die Hälfte der asylberechtigten Syrer im Bürgergeldbezug feststeht wie in einer Hängematte.

Laut der jetzt vom Bundestag korrigierten Vornamensliste der Bürgergeldbezieher ist die Namensvariation „Mhd“ oder Mohammed in 19 Schreibweisen mit rund 40.000 Nennungen mit Abstand Spitzenreiter, bevor Michael in drei Schreibweisen mit 24.000 Nennungen an zweiter Stelle folgt. Die Namensnennung „Ahd“ oder Ahmad taucht mit 13 Varianten bei 20.660 Vertretern an dritter Stelle auf. In den Top 10 findet sich auch Ali mit 13.000 Nennungen. Damit wird die Dominanz von Menschen mit orientalischer Herkunft im deutschen Sozialsystem sichtbar.

Ist die Kriegsmigration aus der Ukraine eine weitgehend weibliche (70 Pro-

zent), so ist die Kriegsmigration aus Syrien eher männlich (80 bis 90 Prozent). Dass alleinstehende Frauen, wenn sie Kinder haben – und das haben die meisten kriegsgeflüchteten Frauen aus der Ukraine –, nicht arbeiten können, ist verständlich. Aber dass Männer im besten Alter nicht im Arbeitsmarkt integriert sind, erscheint weniger gerechtfertigt.

## SPD-Landräte verlangen Umdenken

Middelberg fordert deshalb, dass man das Problem des Bürgergelds für syrische Männer lösen müsse. Der Politiker hat selbst einen unternehmerischen Hintergrund und weiß, wie schwer es ist, syrische Männer in einen Arbeitsplatz zu bekommen. Wenn sie erst einmal zehn Jahre ohne Arbeit geblieben sind, schneiden viele wegen des Bürgergelds im Vergleich zu Mitarbeitern im Billiglohnsektor finanziell deutlich besser ab.

Auch die Forderung von zwei SPD-Landräten aus Thüringen, Asylbewerber-

leistungen und Bürgergeld für anerkannte Asylbewerber, wie die Studentenbeihilfe BAFöG, zunächst nur auf Kredit zu vergeben, wäre eine nachdenkswerte Möglichkeit, Syrer in Arbeit zu bekommen – zumindest diejenigen, die längerfristig hierbleiben wollen.

Die SPD-Parteispitze ging jedoch auf die Vorschläge ihrer beiden Landräte nicht ein, wie auch die damalige Ampelregierung nie auf die Bedenken ihrer Kommunalpolitiker gehört hatte. Die Jusos fordern dagegen den Parteiausschluss der beiden Landräte. Damit laufen deren Vorschläge parteiintern völlig ins Leere.

Die Arbeitslosenzahlen haben in diesem Monat einen neuen Höchststand seit zehn Jahren erreicht. Anders als mit Sozialkürzungen wird es bei einer Wirtschaft im dritten Jahr einer Rezession in Zukunft nicht mehr gehen, fürchten Experten. Die SPD möchte in einer solchen Situation die Vermögensteuer wieder einführen, die vor allem den Mittelstand trafe, der als einziger, etwa im Handwerksbereich, noch neue Arbeitsplätze schafft, während in der Industrie die Stellen verschmelzen.

Dazu baut sich ein politisches Problem auf: Die offenbar mäßige Arbeitsneigung einer erschreckend großen Zahl orientalischer Asylsucher könnte bei einer Krise der Sozialkassen infolge des Wirtschaftsabschwungs für sozialen Sprengstoff sorgen.

## GEMA-GEBÜHREN

## Tanzen ohne Musik?

Tanzschulverband DTIV wehrt sich gegen die Monopolstellung der Verwertungsgesellschaft

Zuerst Stille auf Weihnachtsmärkten und nun auch noch Tanzschulen ohne Musik? Nicht vorstellbar! Viele Tanzschulen im Land befürchten aber genau das aufgrund einer Reform der GEMA-Gebühren, wenn sie sich das Spielen von Musik bald nicht mehr leisten könnten.

Grund für den Frust ist ein neues Berechnungsmodell der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA), nach dem die Höhe der Gebühren nicht mehr pauschal nach der Größe der Tanzfläche berechnet wird, sondern sich am Umsatzerlös der Unternehmen orientiert. Diese Regelung trat zum 1. Januar in Kraft.

Die GEMA ist eine gesetzliche Verwertungsgesellschaft mit der Rechtsform eines Vereins. Sie setzt sich als Vertreterin der Urheberrechte von rund 98.000 Mit-

gliedern ein und sorgt dafür, dass Künstler für ihr kreatives Schaffen fair bezahlt werden. Das neue Berechnungsmodell führt zu höheren Rechnungen, in einigen Fällen fallen bis zu 400 Prozent mehr an. Die Deutsche Tanzschulinhaber Vereinigung (DTIV) hat sich gerichtlich gegen den Wegfall der bisherigen Pauschalverträge zur Wehr gesetzt. Im Mai gab der BGH der GEMA recht, dass Tanzschulen verpflichtet seien, der Verwertungsgesellschaft ihre Umsätze offenzulegen.

In einer Petition hat die DTIV nun eine Mitwirkung der Nutzervereinigungen bei der Tarifgestaltung der GEMA gefordert. Dieses Mitwirkungsrecht sieht die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Anette Kramme (SPD), jedoch nicht gegeben.

Der größte Branchenverband, der Wirtschaftsverband Deutscher Tanzschulunternehmen e.V. (WDTU), hat mit der GEMA bereits eine Einigung getroffen. Auf Basis der Nettoerlöse aus der Musiknutzung können Mitgliedsunternehmen Pauschalverträge mit einer Laufzeit von einem Jahr abschließen. Laut GEMA heißt das in Zahlen ausgedrückt, dass bei einem Nettopreis von zehn Euro pro Tanzstunde etwa 30 bis 40 Cent für die Musiknutzung entfallen, die dann dem Urheber zugutekommen. Von den 600 Tanzschulen, die der WDTU vertritt, zahlen 70 bis 100 nach dem neuen Rechnungsmodell weniger Gebühren, alle anderen jedoch mehr.

Damit ist die DTIV ganz und gar nicht einverstanden. Die von ihr vertretenen Tanzschulinhaber wollen der GEMA als einer privaten Institution ihre Umsatzer-

löse nicht offenlegen, zumal Umsatz nicht gleich Gewinn ist. DTIV-Chef Dietmar Buermann kritisiert die Monopolstellung der GEMA, die ihre Tarife frei bestimmen könne. Tanzschulinhaber werfen der GEMA vor, ihre Monopolstellung zu missbrauchen, indem sie Nutzern ihre Bedingungen diktiert.

Die Folge: Tanzkurse werden teurer, weniger rentable Unternehmen sind vom Aus bedroht. Corona-Schließungen, gestiegene Energiepreise sowie die Erhöhung des Mindestlohns hatten vielen Unternehmern bereits deutlich zugesetzt. Einzelne Tanzschulen setzen daher auf die Nutzung GEMA-freier Musik. Ob es den Kunden allerdings gefällt, wenn sie auf ihre gewohnten Lieblingstitel verzichten müssen, wird sich zeigen.

Manuela Rosenthal-Kappi

## INNERE SICHERHEIT

## Null-Effekt von Messerverbotzonen

Gewaltkriminalität dringt in Berlins Tourismuszentren vor – Innensenatorin scheint ratlos zu sein

VON HERMANN MÜLLER

Die Messergewalt ist im Herzen des Tourismusziels Berlin angekommen. Am Abend des 12. September sind an der Spreeseite des Humboldt-Forums drei Syrer von einer 15-köpfigen Gruppe Afghanen attackiert worden. Gleich mehrere Personen stachen nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei mit Messern auf einen der Syrer ein. Der 20-Jährige erlitt mehrere Stichverletzungen, die auch das Herz trafen. Einem Sanitäter war es zunächst gelungen, den Jugendlichen vor Ort wiederzubeleben. Stunden später erlag er jedoch auf der Intensivstation den lebensgefährlichen Verletzungen.

Fotos vom Tatort, die am Folgetag in den Berliner Medien auftauchten, hätten auch aus einem Kriegsgebiet irgendwo auf dieser Erde stammen können. Das Spreeufer war übersät mit Verbandspäckchen, Kanülen und Einweghandschuhen – allesamt Überbleibsel des Einsatzes der Rettungssanitäter.

Die Spreeseite des wiederaufgebauten Stadtschlusses ist damit innerhalb von drei Wochen bereits zum zweiten Mal zum Ort einer schweren Gewalttat geworden. Bereits am 23. August hatte es am selben Ort eine Messerstecherei mit sechs Verletzten gegeben. Sie erlitten schwere Schnitt- und Stichverletzungen im gesamten Körperbereich. Bei den Tatbeteiligten soll es sich um Gruppen von Afghanen gehandelt haben, die laut Zeugenaussagen mit Messern aufeinander losgegangen waren. Schon nach diesem Angriff hatte die Polizei angekündigt, rund um das Humboldt-Forum verstärkt Präsenz zu zeigen.

**Selbst Polizeipräsenz ändert wenig**

Nachdem die Spreeseite des Forums nun zum zweiten Mal Tatort eines Gewaltexzesses geworden ist, zeigt sich Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) fassungslos über die jüngsten Fälle von Messergewalt in Berlin. Mehr noch: Die Senatorin erweckte gegenüber Beobachtern auch den Eindruck, ratlos zu sein, wie die ausufernde Messergewalt eingedämmt werden kann: „Letztlich handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das allein mit polizeilichen Mitteln nicht zu lösen ist“, so Spranger. Sie ergänzte,



Wie im Kriegsgebiet: Messergewalt in Berlin wird dramatisch

Bild: picture alliance Associated Press/Ebrahim Noroozi

eine Ausweitung der bestehenden Messer- und Waffenverbotszonen im öffentlichen Personennahverkehr und an kriminalitätsbelasteten Orten sei „derzeit nicht konkret geplant“. Laut der Innensenatorin tritt die Wirkung dieser Zonen „nicht sofort ein, erforderlich ist ein Bewusstseinswandel“.

Bereits seit Februar dieses Jahres gibt es in Berlin drei solcher Messer- und Waffenverbotszonen. Seitdem kann die Berliner Polizei am Görlitzer Park, am Kottbusser Tor und auf dem Leopoldplatz unabhängig von Verdachtsmomenten Kontrollen durchführen. Seit Mitte Juli gilt in Berlin auch in Bussen und Bahnen ein Messerverbot. Die Bilanz ist allerdings ernüchternd. Die drei lokalen Verbotszonen und auch temporäre Kontrollen auf Bahnhöfen durch die Bundespolizei verhindern offensichtlich nicht, dass stadtwert immer wieder Menschen abgestochen werden. Sicher sind die Berliner vor Mes-

serangriffen nicht einmal, wenn – wie auf dem Berliner Alexanderplatz – eine Polizeiwache in der Nähe ist. Eingetreten ist damit genau das, wovor die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gewarnt hatte.

**GdP-Chef mit konkreter Forderung**

Bereits als im Februar vom Senat die Verbotszonen eingeführt worden waren, hatte sich GdP-Landeschef Stephan Weh äußerst skeptisch gezeigt: „Messerverbotszonen können ein Signal senden, sind aber allerhöchstens ein ergänzendes Element zur Bekämpfung von Jugendgruppengewalt. Sie sind unglaublich personalintensiv und der Mehrwert geht gegen Null.“ Aus Sicht des GdP-Landesverbandes wäre es wesentlich effektiver, ein Messerverbot zu verhängen, das überall gilt: „Das wäre einfacher durchsetzbar, klar verständlich für die Bevölkerung und weniger personalintensiv für die Polizei.“ Vor allem mahnte der GdP-Chef: „Eine

schnelle und konsequente Strafverfolgung ist die wichtigste staatliche Prävention. Strafen müssen auf dem Fuße folgen. Es kann nicht sein, dass Urteile erst dann gesprochen werden, wenn sich niemand mehr daran erinnert.“

Gefordert ist damit der Senat insgesamt. Er müsste sich dazu durchringen, im gesamten Stadtgebiet das Tragen von Waffen und Messern zu untersagen. Berlins Justizsenatorin hat es wiederum in der Hand, die Justiz auf Trab zu bringen – etwa durch Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die Ermittlungen zügig vorantreibt und schnell Anklagen erhebt. Wird auch den Berliner Gerichten zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt, steht Urteilen, die den Gewalttaten „auf dem Fuße folgen“, nichts im Wege. Handelt der Senat nicht, verwandelt sich möglicherweise das gesamte Berliner Stadtgebiet in einen Kriminalitätsschwerpunkt.

## STADTENTWICKLUNG

## Tegel-Umbau wird zum Millionengrab

Die Neugestaltung des einstigen Flughafenkomplexes verzögert und verteuert sich immer mehr

Seit 2017 will die Senatsverwaltung für Wissenschaft die Berliner Hochschule für Technik (BHT) – früher besser als Beuth Hochschule bekannt – auf dem früheren Flughafen Tegel unterbringen. Die BHT platzt an ihrem bisherigen Standort in Wedding aus allen Nähten. Ursprünglich hatte die Hochschule gehofft, den neuen Standort 2027 beziehen zu können. Denn die Zeit drängt: Sollte der Umzug nicht stattfinden oder sich verzögern, müssten womöglich ganze Studiengänge gestrichen werden.

Genau das droht jetzt. Die aktuellen Planungen sehen eine Fertigstellung erst für 2030 vor. Doch so wie es aussieht, ist selbst dieses Datum nicht mehr zu halten. Für die Sanierung und den Umbau des Flughafenterminals A waren ursprünglich 450 Millionen Euro veranschlagt gewesen. Im kommenden Doppelhaushalt

2026/27 seien die Summen für das Projekt „so bemessen, dass der Großteil der Baupläne erst nach 2030 zur Verfügung steht“, heißt es aus der Bauverwaltung. Deren Unterlagen zufolge sind 2026 lediglich vier Millionen Euro für das Projekt eingeplant, 2027 dann 15 Millionen, 2028 weitere 20 Millionen und 2029 dann 40 Millionen. Der große Rest von mehr als 370 Millionen Euro ist also erst ab 2030 eingeplant.

Und es kommt noch dicker. Die Senatsverwaltung plant angesichts steigender Baukosten inzwischen mit 650 Millionen Euro. Das aber bei einer mittlerweile illusionären Fertigstellung im Jahr 2030. Sollte das Projekt erst 2035 abgeschlossen sein, rechnet die Verwaltung mit Kosten von rund 833 Millionen.

Diese Entwicklung ist ein schwerer Rückschlag für die Entwicklung des

500 Hektar großen Flughafenareals als Forschungs- und Industriepark. Dabei hatte der Senat hochtrabende Pläne: Rund 300 Unternehmen sollen sich dort ansiedeln, 10.000 Arbeitsplätze entstehen. Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) fordert: „Ich gehe davon aus, dass Berlin es sich nicht leisten kann, diesen Ort in Dornröschenschlaf fallen zu lassen. Er ist viel zu wichtig, es gibt viel zu viele Chancen hier für die Urban Tech Republic, auch Wirtschaft zu entwickeln.“

**Bürgervotum wurde übergangen**

Auch die Umzugspläne zu verschieben mache die Sache nicht billiger, sagt Czyborra und verweist auf gute Erfahrungen mit dem Wissenschafts-Quartier in Adlershof. „Wir haben gesehen, wie es in Adlershof funktioniert hat: Langer Atem, mutige Entscheidungen, und hier muss

das wieder funktionieren, weil wir das für Berlin brauchen, ein Ökosystem für Innovation und für Arbeitsplätze zu schaffen.“

Aus den Senatsbau- und Wissenschaftsverwaltungen heißt es, es gäbe keinen Plan B. Das stimmt nicht ganz. 2017 erbrachte ein von der FDP mit Unterstützung von AfD und CDU ausgelöster Volksentscheid ein Ergebnis von 56 Prozent für den Weiterbetrieb des Flughafens Tegel. Die damalige Berliner Landesregierung aus SPD, Grünen und Linkspartei beschloss jedoch, das Bürgervotum für eine Offenhaltung des Berliner Flughafens Tegel zu übergehen.

Die Regierung des damaligen Regierenden Bürgermeisters Michael Müller begründete das damit, keine Doppelstruktur mit dem BER zu wollen. Die jetzige Regierung hätte nun Gelegenheit, den Volkswillen zu erfüllen. Frank Bücker

## KOLUMNE

## Maulkorb

VON VERA LENGSELD

Nicht nur in Berlin tobt zurzeit ein heftiger Richtungsstreit. Bei dem geht es darum, ob sich konservative Stimmen noch Gehör verschaffen dürfen oder nur links-woke Äußerungen erlaubt sind. Dabei wurden die Doppelstandards, die bei den Linken an der Tagesordnung sind, so klar wie noch nie.

Wer in unserem Land als Journalist die Bürger offensichtlich manipuliert, genauer gesagt, ihnen die Unwahrheit sagt, wird wie Dunja Hayali und Elmar Theveßen von seinem Sender in Schutz genommen. Man lässt, als die Empörung über diese Art von Berichterstattung zu groß wurde, durchblicken, dass man eventuelle falsche Angaben „bedauert“. Es erfolgt aber keine journalistischen Standards entsprechende Richtigstellung. Im Gegenteil, es wird von Politikern zur „Solidarität“ mit den Verbreitern von unbewiesenen Diffamierungen aufgerufen. Anders ergeht es Journalisten, wenn sie die Wahrheit über die Zustände im Land berichten.

Da erfolgt ein Rauswurf. So erging es Julia Ruhs, die im NDR als Moderatorin des Reportageformats „Klar“ mit dem Ziel angetreten ist, der Mehrheit in unserem Land eine Stimme zu geben. Im Sendekonzept heißt es zwar, dass auch vermeintlich heikle Themen besprochen werden sollen. Es ging in den bisherigen Folgen um Migration, Corona oder um die Bauernproteste. Als Ruhs in der jüngsten Sendung auf die zum Teil katastrophalen Folgen der unregulierten Masseneinwanderung einging, war das laut dem notorischen Jan Böhmermann „rechtspopulistischer Quatsch“, und sie wurde vom NDR als Moderatorin gefeuert. Sie darf nur noch in Sendungen, die im Bayerischen Fernsehen produziert werden, auftreten. Vorausgegangen war ein Protestbrief von über 200 Mitarbeitern der Öffentlich-Rechtlichen, die darin ihre Kollegin schamlos denunzierten. Toleranz war gestern, heute herrscht der Maulkorb.

## MELDUNG

## Baustopp wegen Ameisenhaufen

Berlin – Im Südwesten der deutschen Hauptstadt bringt ein Ameisenhaufen ein großes Wohnungsbauprojekt zum Stillstand. In Lichterfelde-Süd soll bis 2030 ein neues Quartier mit 2500 Wohnungen für etwa 6000 Menschen entstehen. Im Zuge der Bauvorbereitung werden seit einigen Jahren auf dem Gelände bereits Zauneidechsen eingesammelt und umgesiedelt. Vor dem eigentlichen Baustart sorgt nun der Fund einer Kahlrückigen Waldameise für Konflikte. Der Investor Groth Gruppe hat nach dem Fund eines Ameisenhaufens im Juli einen Antrag auf dessen Umsiedlung gestellt. Mit der Begründung, der geeignete Zeitraum für Umsiedlungen sei von März bis Mai, wurde der Antrag jedoch vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf abgelehnt. Wird das Ameisenest erst im kommenden Frühjahr umgesiedelt, dürfen allerdings keine Bäume gefällt werden. Die Freimachung des Areals würde sich nach Angaben des Investors dann auf die Fällperiode 2026 verschieben. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Eigene Rakete traf Polen-Haus

**Warschau** – Polens Staatspräsident Karol Nawrocki hat von der Regierung von Donald Tusk eine sofortige Aufklärung der Ereignisse im ostpolnischen Dorf Wryki gefordert. Nach dem Eindringen russischer Drohnen in den polnischen Luftraum waren Bilder um die Welt gegangen, die ein beschädigtes Hausdach in dem Ort zeigten. Zunächst war eine russische Drohne als Ursache genannt worden. Die Tageszeitung „Rzeczpospolita“ berichtete unter Berufung auf anonyme Quellen in der Armee allerdings, dass in das Haus eine Luft-Luft-Rakete eingeschlagen sei. Auch der Koordinator der polnischen Geheimdienste, Tomasz Siemoniak, erklärte inzwischen, es deute manches darauf hin, dass das Haus von einer Rakete getroffen worden sei, die von einem polnischen Kampfflugzeug abgefeuert wurde. Nach dem Eindringen von Drohnen in den Luftraum Polens waren polnische F-16-Kampfflugs und in Polen stationierte Maschinen vom Typ F-35 aufgestiegen und hatten einige der Drohnen abgeschossen. H.M.

## Palästina-Frage spaltet Europa

**London** – Die Welle europäischer Anerkennungen des inexistenten Staates Palästina wird zunehmend kritisiert und bewegt die Gemüter der Staatshäupter. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sieht darin „den besten Weg zur Isolierung von Hamas“. Für Israels liberalen Oppositionschef Jair Lapid hingegen stellt es vielmehr „eine Belohnung für den Terror“ dar. Auch die USA lehnen jegliche Beziehungen zu dem Land ohne definiertes Territorium, Volk oder Verfassung ab – flankiert von Deutschland, Italien und Dänemark. In Großbritannien stellen sich laut Umfrage neun von zehn Befragten gegen Premier Keir Starmer Schritt, den Belgien, Portugal, Australien und Kanada stützen, nämlich jetzt schon im Voraus einen Staat Palästina anzuerkennen, der noch nicht einmal wirklich existiert oder gebildet worden ist. „Hirngespinnste muss niemand anerkennen!“, erklärte Kemi Badenoch, die derzeitige Tory-Chefin. J.E.

## EU-Route nach China ist dicht

**Warschau** – Die derzeit wichtigste Landverbindung von Europa nach China ist seit einer Woche komplett lahmgelegt. Der Grund für diese gravierende Behinderung: Die Republik Polen hat die Grenze zum Nachbarstaat Belarus geschlossen. Diese Vorsichtsmaßnahme wurde wegen des aufwendigen und bedrohlichen russisch-weißrussischen Großmanövers „Sapad“ und wegen des wiederholten Eindringens von etwa zwanzig russischen Drohnen auf Polens Territorium vollzogen. Der Übergang bleibe solange zu, bis die Sicherheit der polnischen Bevölkerung gewährleistet und Polen nicht weiter von Russland provoziert werde, erklärte Innenminister Marcin Kierwinski. Die Sperre hat ernsthafte Auswirkungen auf die globalen Lieferketten. Lastwagen stauen sich zu Tausenden an der Grenze, und alternative Routen sind teuer. J.E.

## GROSSBRITANNIEN

## Im Königreich dreht sich der Wind

Der Elefant im Raum – Höhenflug des rechtskonservativen Nigel Farage bedrängt Labour und Tories

CLAUDIA HANSEN

**E**in Wechselbad der Gefühle durchlebt der britische Premier Keir Starmer in diesen Tagen. Mehrere Tiefschläge musste er einstecken, etwa den Rücktritt seiner Stellvertreterin wegen einer Steueraffäre. Immerhin verlief der dreitägige Staatsbesuch von Donald Trump letzte Woche ohne offenen Konflikt. Der US-Präsident genoss es sichtlich, beim Staatsbankett in Schloss Windsor neben König Charles zu sitzen. Salutschüsse, Militärparaden und goldene Kutschen – das gefiel ihm. Nur zum Schluss der Visite gab es Misstöne. Trump sprach das Thema illegale Migration an und warnte, diese „zerstört Länder von innen“. Er empfahl den Einsatz des Militärs, um die Bootsmigranten über den Ärmelkanal zu stoppen.

Die Migration ist das Thema, das Starmer stärkstem innenpolitischen Gegner Nigel Farage großen Auftrieb verschafft. Der als „Mr. Brexit“ bekannt gewordene Politiker hat sich mit seiner neuen rechts-populistischen Partei Reform UK als die

Kraft positioniert, welche die illegale Migration stoppen und Hunderttausende Illegale aus Großbritannien abschieben würde. Farages Partei erlebt deshalb einen Höhenflug in den Meinungsumfragen: Reform UK liegt bei 30 Prozent, weit vor der Labour-Partei, die nur noch 20 Prozent wählen würden, und den abgeschlagenen Tories, die bloß auf 17 Prozent kommen.

Farage ist der Elefant im Raum, wenn die Labour-Strategen über die Zukunft nachdenken. Wegen des britischen Mehrheitswahlsystems würde der Vorsprung von Reform für eine große Mehrheit im Unterhaus reichen. Farage gilt bei Buchmachern als der Favorit, nächster Premierminister in der Downing Street zu werden. Beim Parteitag in Birmingham in der ersten September-Woche konnte Farage kaum noch laufen vor Kraft. Mehr als zehntausend Parteimitglieder und Fans waren angereist und umjubelten ihr Idol. Während über Farage die Umfragesonne lacht, steht Starmer im Regen.

Noch schlimmer steht es um die Konservativen, die im Juli 2024 nach 14 unrühmlichen Regierungsjahren abgewählt

worden sind. Sie kommen gar nicht mehr auf die Beine. „Farage macht aus den Tories Hackfleisch“, sagt der Politikwissenschaftler John Curtice, der sonst nicht zu blutigen Vokabeln neigt. Mehrere ehemalige Tory-Abgeordnete und Ex-Minister haben die Partei verlassen. Anfang September trat die frühere Kultur- und Medienministerin Nadine Dorries zur Reform-Partei über. Mitte September wechselte der Abgeordnete Danny Kruger zu Farage. Die Tory-Party sei „am Ende“, sagt Kruger. Bei den Wahlen im Juli 2024 fuhr sie das schlechteste Ergebnis ihrer 190-jährigen Geschichte ein. Seitdem ging es für die Tories weiter bergab und für Farage bergauf.

## 600.000 Abschiebungen gefordert

Der 61-jährige Reform-Anführer gilt ohnehin als Stehaufmännchen der britischen Politik. Ein Flugzeugabsturz im Wahlkampf vor ein paar Jahren brachte ihn fast um, bald darauf war er zurück in der Politik. Der Brexit ist inzwischen kein populäres Projekt mehr. Eine Mehrheit der Briten findet, der EU-Austritt 2020 habe ih-

nen mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Doch Farage hat es geschafft, die Schuld daran weitgehend bei den Konservativen abzuladen. Die Tories hätten den Brexit vergeigt und das Land ruiniert. „Wir haben wirtschaftlichen Niedergang, kulturellen Niedergang, Massenmigration außer Kontrolle und einen Zusammenbruch von Recht und Ordnung“, donnerte Farage beim Parteitag. Sein Ziel – in Anlehnung an Trumps Motto: „Make Britain Great Again“.

Seit Wochen dominiert Reform die politische Agenda. Farage machte große Schlagzeilen mit seinen radikalen Plänen für die Massenabschiebung von illegalen Migranten, insgesamt 600.000 innerhalb von fünf Jahren. Dafür hielt er eine Pressekonferenz im London Oxford Airport ab. Auf der großen Abflugtafel hinter ihm stand in jeder Zeile „Illegal Migrants Boarding“, mit Zielen wie Afghanistan, Eritrea und Syrien.

Premierminister Starmer spürt, wie sehr sich die Stimmung im Land verschärft. Mitte September in London kamen bis zu 150.000 Menschen zu einer Großdemonstration „Unite the Kingdom“ nach London, es war die größte rechte Versammlung seit Jahrzehnten. „Stop the Boats“ war ein häufig gerufener Slogan. Auch der Tech-Milliardär Elon Musk sprach per Video zu den Demonstranten. Aufgerufen zu der Demo hatte der umstrittene rechtsradikale Aktivist Tommy Robinson, ein vorbestrafter Ex-Hooligan und Gründer der „English Defence League“. Dass so viele Menschen nun zu seiner Großdemonstration kamen – offiziell lautete das Motto: „für Meinungsfreiheit“ – zeigt, wie sich der Wind dreht.

Seit Wochen gibt es auf der Insel Proteste vor Asylanten-Hotels. In Epping nördlich von London spitzte sich die Situation zu, nachdem ein äthiopischer Asylbewerber ein Mädchen zu vergewaltigen versucht hatte. In diesem Jahr sind schon mehr als 30.000 Bootsmigranten gekommen. Das sind mehr als je zuvor, obwohl Starmer versprochen hatte, die Boots-Schleuserbanden zu zerschlagen.

Zur neuen Innenministerin hat der Premier inzwischen Shabana Mahmood berufen, eine muslimische Abgeordnete. Sie soll die illegale Migration stoppen. Gelingt dies der Starmer-Regierung nicht, wird Farage wohl triumphieren.



Der Remigrations-Traum des Nigel Farage am London Oxford Airport: Abschiebeflüge für illegale Zuwanderer Bild: imago/i Images

## ASYLTOURISMUS

## Per Billigflug ins Sozialparadies

Das Rückführungsabkommen der USA öffnet Migranten neue Fluchtrouten in die Europäische Union

Auf den ersten Blick sind Migrationsströme und Touristenströme sehr unterschiedlich, aber beide haben viel gemeinsam. Viele Migranten logieren derzeit, wie Urlauber, auch in Hotels. Das größte Asylsucherzentrum in Deutschland ist derzeit der ehemalige Flughafen Tegel in Berlin. Auch viele Zuwanderer in der EU, die eigentlich im Ersteinreiseland ihren Asylantrag stellen müssten, zieht es als Sekundär- oder Tertiärmigranten, wie Urlauber, in andere Länder, die bessere Angebote im Angebot haben.

In der Forschung zu Mobilität, Geographie und Soziologie spricht man dabei von Wechselwirkungen. Häufig verlaufen Migrations- und Touristenrouten entlang ähnlicher Verkehrswege. Vor allem an den spanischen und griechischen Küsten können Urlauber im Sommer täglich dem Migrationstreiben an den Stränden zuse-

hen. Tourismus und Migration werden durch Anziehungs- und Abstoßungsfaktoren beeinflusst wie Wohlstand, Klima, Arbeitsplätze oder Sozialhilfe.

Migration schafft oft internationale Netzwerke, die später auch touristische Ströme fördern, so etwa Restaurants, Kulturfeste und Städtepartnerschaften. Tourismus kann wiederum Migration begünstigen, etwas durch Saisonarbeit oder Investitionen im Gastland. Die Türkei wurde erst zum Tourismusland, nachdem zwei Millionen türkische Gastarbeiter die Reiselust der Deutschen entdeckt hatten und damit Geschäfte machen wollten.

Schon längst hat auch die Politik die Migration sowohl als Waffe als auch Einnahmequelle entdeckt. In den muslimischen Ländern Asiens bieten türkische und weißrussische Fluggesellschaften über verdeckte Reiseagenturen Billigflüge

mit einem kompletten Schleuserpaket in die EU zu günstigen Preisen an. Politische Verfolgung wird bei diesem Asylgeschäft nicht nachgefragt.

## Gaza-Bewohner für die EU

Auch in Südamerika bieten linksgerichtete Regierungen wie in Ecuador oder Uruguay visafreie Einreisen für fast alle Länder der Erde an. Dort sammeln sich dann die Trecks aus aller Herren Länder, um quer durch den Subkontinent in die USA zu ziehen. Der Fluchtweg dieser Menschen besteht zur Hälfte aus einer touristischen und zur anderen Hälfte aus einer migrantischen Reise.

Die USA haben jetzt unter Präsident Donald Trump Rückführungsabkommen mit einem Dutzend armer Länder geschlossen, die nach Druck und genügend Bargeld Migranten aus allen Ländern wie-

der zurücknehmen. Am begehrtesten sind derzeit El Salvador, Jemen, Uganda, Esawatini (Swasiland) und Südsudan. Von dort werden viele einen zweiten Versuch in Richtung EU starten.

Auch Israel, wo Asyl seit vielen Jahren nur noch digital beantragt werden kann, hat diese globalen Migrationsbewegungen für sich erkannt. Derzeit verhandelt man in Israel mit dem christlichen Südsudan, um dorthin Gaza-Bewohner auszulagern, die dann ihren Weg nach Europa suchen werden. Das könnte auf Dauer zu einem stetigen Anstieg der Migrationsströme in die EU führen, wo man dank spitzfindiger systemerhaltender Richter und Anwälte solche Lösungen der Auslagerung des Problems nicht hat, siehe die beiden gerichtlich gestoppten Versuche Großbritanniens und Italiens mit Ruanda beziehungsweise Albanien. Bodo Bost

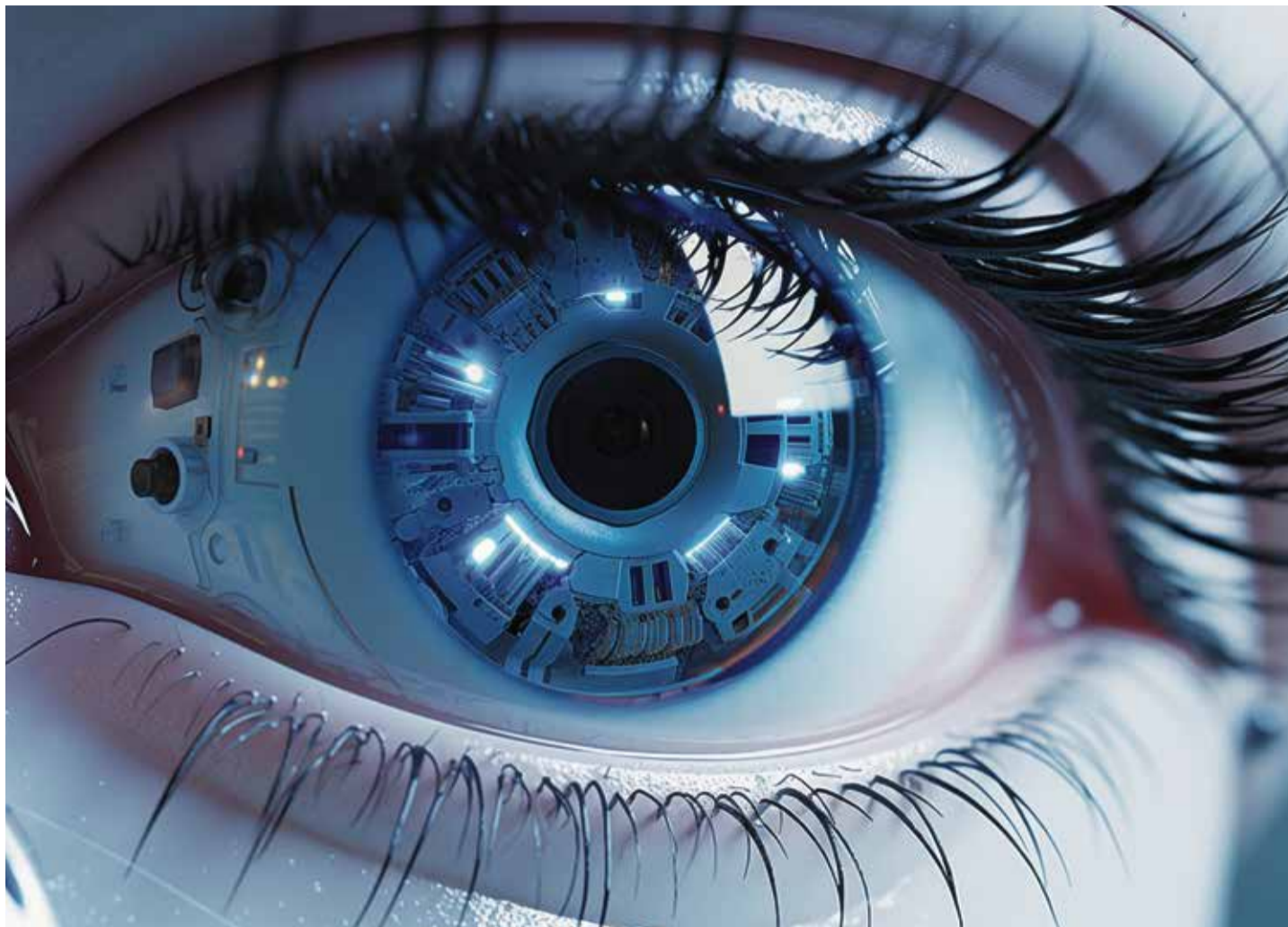
VON SVERRE GUTSCHMIDT

**K**ünstliche Intelligenz (KI) gilt als Wachstumshoffnung der Wirtschaft. Allein im globalen Handel soll sie für 40 Prozent mehr Wachstum bis zum Jahr 2040 sorgen – so der aktuelle Welthandelsbericht (World Trade Report) der WTO. Aber KI schafft auch viele neue Herausforderungen für Verbraucher. Sie schneidert maßgerecht Werbung und ablenkende Inhalte auf der Grundlage psychologischer Erkenntnisse, und das zu extrem geringen Kosten. Zudem manipuliert sie Internetnutzer. Denn die künstlichen Welten fesseln mit oftmals sinnlosen Bildern, animieren zu ungewollten Kaufaktionen oder verdummen schlicht die Verbraucher, insbesondere mit generisch zusammengesuchten Informationen. Genau davor warnen aktuelle Umfragen sowie Hirnforscher.

Wer früher in eine Suchmaschine Begriffe eingab, erhielt mehr oder weniger treffende Einzelergebnisse. Heute erscheint zuoberst eine von KI zusammengestellte Erklärung – fast druckreif – die scheinbar alles Wichtige liefert, jedoch nur aufgrund der Häufigkeit von ins Netz gestellten Behauptungen und ungeprüften Informationen basiert. KI schafft so eigene Welten, denen wir laut Wissenschaft zunehmend verfallen, Zeit widmen und Glauben schenken.

Dieser „KI-Schlamm“ (Englisch „AI Slop“) droht das Internet zunehmend zu übernehmen und unser Denken bis in die hintersten Hirnstrukturen zu ändern. Dabei geht es um Zeit- und Geldverschwendung, um Aufmerksamkeitsspannen und Desinformation. In Minuten kann KI fotorealistic oder ansprechend animierte Bildinhalte erstellen, die für Klicks, Verweildauer auf Seiten und Werbeeffekten sorgen. Vermenschlichte Tiere animieren unsere Emotionen, groteske Mischwesen lassen Dampf ab oder retten die Welt – was sinnlos oder zufällig die neuen Möglichkeiten auszuloten scheint, garantiert in Spielen und unterhaltsamen Kanälen im Netz Aufmerksamkeit.

Die schnelle Verbreitung solcher Inhalte zeigt parallel dazu den Erfolg: Laut der britischen Zeitung „The Guardian“ waren die 100 schnellsten in der Zuschauererwartung wachsenden Kanäle auf YouTube solche mit KI-Inhalten. Neun davon zeigten nur künstliche Videos und Bilder. In Singapur schoss eine graphisch mit übergroßen Augen animierte französische Bulldogge namens Pouty Frenchie mit reinen KI-Kurzfilmen an die Spitze auf YouTube. Ganze 231 Millionen Mal klickten Besucher auf einen 16 Sekunden kurzen Film des Hundes auf der Jagd nach einem Meerjungfrauenkostüm.



Vom Monitor ins Auge und vom Auge ins Gehirn: KI trägt akut zur Verdummung der Menschen bei

Bild: pixabay

## MANIPULATION

## KI-Schlamm schädigt die Gehirne der Verbraucher

Die Rolle Künstlicher Intelligenz in der Weltwirtschaft wächst immer weiter – die Folgen von schädlichen Inhalten aber auch

Algorithmen merken sich die Sehgewohnheiten, verlinken auf ähnliche Angebote, damit die Werbekasse klingelt. Nach nur zwei Tagen KI-Filmkonsum bauten automatisch auftretende neue Angebote der Suchroutinen im Netz eine ganze Welt aus neuen Inhalten für Nutzer zusammen. Nicht nur auf diesem einen Kanal, sondern in allen sozialen Medien der Verbraucher wurden diese mit vergleichbaren Filmchen geflutet, fand der US-Sender CNN heraus.

### Angst vor Kontrollverlust

Im Netz erklären eigene Kanäle, wie man mit solchen Inhalten über Werbung tausende Euro pro Monat verdient. Auf Kinder hat das drastische Wirkungen, wie eine Umfrage des Ministeriums für digitale Entwicklung aus Singapur unter knapp

2000 Eltern zeigt: 94 Prozent der Kinder mit eigenem Gerätezugang nutzen den für Spiele und KI-Inhalte. 81 Prozent der Eltern haben Angst vor Kontrollverlust.

Der Aufforderungscharakter der KI-Inhalte und ständige Verfügbarkeit fresen Zeit. In sich noch entwickelnden Gehirnen junger Menschen werden ständige Belohnungen und kürzeste Aufmerksamkeitsspannen trainiert, die in Schule und realem Leben zu Problemen und Depressionen führen, warnen Hirnforscher. Die Fähigkeit, echt von falsch zu unterscheiden, verliert sich. Mit „brain rot“, also „hirnverrottend“ wirkenden Inhalten, ist ein KI-Subtrend entstanden, bei dem durch triviale Unterforderung oder Überkonsum der Geisteszustand von Kindern und Erwachsenen kontinuierlich herabgesetzt wird.

Weil sie für bezahlte Werbung erfolgreich sind, rufen solche Modelle Content-Agenturen auf den Plan. Es sind Firmen, die durchgehend ständig neue Inhalte für erneute Kaufanreize kreieren. Kein Wunder, dass in Sachen „Fake News“, also falschen Nachrichten, KI die Hauptquelle allen Übels ist. Allen voran bei Bildern. Kostenlose Programme erlauben Zugriff auf in Sekunden neu geschnittene Bilder jedes beliebig mit Stichworten eingegebenen Ereignisses. Kaum ein einst kreativer Bereich bleibt verschont, auch nicht Musik. Beispiel: „The Velvet Sundown“ entpuppte sich als vom Aussehen bis zur Musik völlig von KI-erstellte Band – millionenfach hörten Menschen sich die künstlichen Lieder der künstlichen Band im Netz an. Das Ergebnis: schneller Profit bei minimalstem Einsatz.

## ARBEITSMARKT

## Massiver Jobabbau bei Stahl- und Autoindustrie

Deutschland entpuppt sich wegen schlechter Rahmenbedingungen zunehmend als unattraktiv

Gleich in zwei Kernbranchen der deutschen Industrie steht ein erheblicher Jobabbau bevor. Im Saarland sollen bis Ende 2026 rund 760 Stellen in der Stahlindustrie wegfallen. Zugleich verschärft der US-Autobauer Ford den Sparkurs am Standort Köln und will zu den angekündigten 2900 noch 1000 weitere Arbeitsplätze abbauen. Diese Einschnitte in Stahl- und Autoindustrie schüren die Sorge vor einer Deindustrialisierung in Deutschland.

Betroffen von dem Stellenabbau im Saarland sind die Hüttenwerke Saarstahl und Dillinger Hütte. Der Prozess läuft bereits, betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Die Streichungen verteilen sich jeweils zur Hälfte auf die beiden Werke. Hintergrund sind hoher wirtschaftlicher Druck und die Notwendigkeit, die Unternehmen zukunftsfähig auf-

zustellen. Saarstahl peilt Einsparungen von rund 90 Millionen Euro an. Über 80 Prozent der IG-Metall-Mitglieder hatten einen Sanierungstarifvertrag zugestimmt, der deutliche Einschnitte vorsieht. Obwohl dieser Sparkurs intern mitgetragen wird, trifft die Nachricht vom Stellenabbau viele Beschäftigte hart. Die Empörung in der Region ist groß, zumal die Stahlindustrie als Herzstück der saarländischen Wirtschaft gilt.

### Historische Einschnitte

Auch in der Autoindustrie spitzt sich die Lage zu. Ford hatte Anfang 2024 einen Stellenabbau von 2900 Jobs in Köln bis 2027 angekündigt – nun soll diese Zahl um ein Drittel steigen. Als Grund nennt das Unternehmen die schwache Nachfrage nach Elektrofahrzeugen.

Anfang 2026 wird die Produktion von einem Zwei- auf einen Ein-Schicht-Betrieb reduziert, was den zusätzlichen Abbau von rund 1000 Stellen nötig macht. Der Zeitdruck ist dabei enorm: Bereits im Januar 2026 soll die Belegschaft verkleinert sein. Gelingt dies nicht mit Abfindungsangeboten und Altersteilzeit, schließt Ford sogar betriebsbedingte Kündigungen nicht aus.

Für die Beschäftigten kommt dieser Kahlschlag einem historischen Einschnitt gleich – schon der ursprüngliche Sparplan hatte Proteste und den ersten Streik in der Geschichte des Werks ausgelöst. Sollte das erweiterte Programm umgesetzt werden, würde die Zahl der Ford-Beschäftigten in Köln auf etwa 7600 sinken – Ende der 2010er-Jahre waren es noch 20.000 Mitarbeiter. Das Management verweist

auf die Transformation zur Elektromobilität. Mit den Modellen „Explorer“ und „Capri“ bringt Ford neue E-SUVs auf den Markt, doch die Nachfrage ist gering.

Branchenweit liegt der Marktanteil von E-Autos klar unter den Prognosen. Hinzu kommt die Streichung der staatlichen Kaufprämie. Gewerkschafter und Industrievetreter sehen in den Entwicklungen alarmierende Signale. „Die Lage ist sehr ernst. Wir stehen am Scheideweg“, mahnt Jörg Köhlinger, Bezirksleiter der IG Metall Mitte. Allein in seiner Region summieren sich aktuelle Ankündigungen auf 14.000 gefährdete Arbeitsplätze. Besonders die Stahlbranche ächzt unter hohen Energiekosten und dem CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel. Auch die Autoindustrie leidet unter hohen Preisen und globalem Wettbewerb. Peter Entinger

## MELDUNGEN

## Mehr Rendite für Betreiber

**Bonn** – Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller (Grüne), verspricht den Betreibern der Strom- und Gasnetze in Deutschland erstmals konkret höhere Renditen. Gegenüber dem „Handelsblatt“ sagte Müller, die Bundesnetzagentur habe „ein hohes Interesse an einem attraktiven Investitionsumfeld für die Betreiber von Strom- und Gasnetzen; dazu gehört eine angemessene Eigenkapitalverzinsung“. Der grüne Behördenchef erklärte, dass es bei der Anpassung nicht allein um eine Reaktion auf die Entwicklung des Zinsniveaus gehe: „Wir sehen eine methodische Änderung vor, die einen Anstieg mit sich bringen wird.“ Auch Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) sprach sich dafür aus, den Finanzierungsrahmen für die Netze zu verbessern. Reiche sagte, Deutschland hinke bei den Zinsen für das eingesetzte Eigenkapital im Netz im europäischen und internationalen Vergleich hinterher. H.M.

## Prognose für Strom gesenkt

**Berlin** – Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche geht davon aus, dass der Strombedarf bis 2030 weniger stark steigen wird als bisher angenommen. Ein vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebener Monitoring-Bericht zur Energiewende prognostiziert, dass die Stromnachfrage bis 2030 im Bereich zwischen 600 und 700 Terawattstunden pro Jahr liegen wird. Reiche erklärte, sie gehe davon aus, dass man sich bei der Prognose in der Bandbreite eher am unteren Ende bewegen werde. Noch 2023 war das damals von Robert Habeck (Grüne) geführte Bundeswirtschaftsministerium von einem jährlichen Stromverbrauch von 750 Terawattstunden im Jahr 2030 als Planungsgrundlage ausgegangen. Verschiedene Forschungsinstitute waren in den vergangenen zwei Jahren zu der Einschätzung gelangt, Deutschlands Strombedarf werde nicht so stark steigen, wie vorher prognostiziert. H.M.

## US-Zölle verfehlen Ziele

**Washington** – Neuste Daten belegen, dass die US-Zölle den gewünschten Effekt verfehlen. Im Schlüsselsektor Schifffahrt halten sie Reeder nicht vom Schiffbau in China ab. Höhere Kosten durch die Trump-Zölle gelten auch in anderen Branchen inzwischen als „beherrschbar“. Zwar ziehen transpazifische Containerlinien in China gebaute Schiffe von den Routen zu US-Häfen ab, doch der große Umschwung beim Bau neuer Schiffe ist nicht absehbar. Der Appetit auf Schiffe „Made in China“ bleibt ungebrochen. Am 14. Oktober werden die neuen US-Hafenabgaben greifen, doch steuern nach wie vor auch in China gebaute Schiffe das Land an. Im Handel bleibt die Schockwirkung auf das Reich der Mitte aus. Chinas Exporte in die USA sind zwar um 15 Prozent eingebrochen, doch konnte Peking dafür das Geschäft mit Afrika und Europa ausbauen. So erzielte China im August sogar einen Handelsüberschuss von 173 Milliarden US-Dollar. S.V.

## KOMMENTARE

## Israels fatale Lage

HANS HECKEL

Sie gilt seit Jahrzehnten als Königsweg zur Befriedung des Nahostkonflikts: die „Zwei-Staaten-Lösung“. Mit Großbritannien, Frankreich, Kanada und Australien haben nun vier Schwergewichte der westlich orientierten Welt mit der Anerkennung eines palästinensischen Staates die Region dieser Lösung scheinbar ein Stück nähergebracht. Die empörte und hartleibige Reaktion der israelischen Regierung auf diese Anerkennung wird von Kritikern als Beleg dafür genommen, dass Jerusalem nichts zum Frieden beitragen wolle.

Diese Verurteilung der harten israelische Position übersieht aber einen wesentlichen Punkt: Die palästinensische Seite, und das gilt auch für die „gemäßigte“ Palästinenserbehörde im Westjordanland, hat das Ziel, den Staat Israel insgesamt verschwinden zu lassen, nie wirklich aufgegeben. Als die deutschen Jusos ihre Partnerschaft mit dem Jugendverband der Fatah-Partei von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas infolge des Massakers vom 7. Oktober

2023 zähneknirschend kappen mussten, wurde in der deutschen Öffentlichkeit ein aufschlussreiches Detail bekannt: Im Logo der Fatah-Jugend prangen die Umrisse des gesamten ehemaligen Mandatsgebiets, die dort komplett in die Palästinenserfarben gehüllt sind. Am Ziel, Israel zu zerstören, wird also – ungeachtet aller Schwüre zu Frieden und Versöhnung – unvermindert festgehalten.

Und hier liegt das eigentliche Problem: Wie sollte Israel jemals einem Zwei-Staaten-Kompromiss zustimmen, wenn die andere Seite jedes israelische Entgegenkommen nicht etwa als Schritt hin zu einem gedeihlichen Nebeneinander auffasst, sondern lediglich als weiteren Etappensieg auf dem langen Weg zur gänzlichen Zerstörung des jüdischen Staates?

Das ist die fatale Lage, in der sich Israel befindet. Dies wird aus der bequemen Entfernung und auch angesichts der wachsenden Zahl muslimischer Wähler in den eigenen Ländern von den Anerkennern gern übersehen. Doch Israel darf das um den Preis seiner schieren Existenz nicht ignorieren.

## Betrogene Generation

HERMANN MÜLLER

Greta Thunberg und anderen Weltuntergangspropheten, die in Sachen „Klimaretter“ unterwegs waren, ist ein wahres Kunststück gelungen. Sie haben es geschafft, einem Teil der Jugendlichen einzureden, sie seien die „Letzte Generation“ – also quasi der Abschluss der Menschheitsgeschichte. Die im dramatischen Ton vorgetragene Warnung vor dem „Hitzetod der Erde“ haben einen großen Mobilisierungseffekt auf Kinder und Jugendliche gehabt. Nun werden jedoch die Nebenwirkungen der hysterischen Klimadiskussion sichtbar: Wirklich wichtige Probleme der Jugendlichen, die als „Letzte Generation“ angesprochen wurden, sind in den letzten Jahren häufig unter den Tisch gefallen.

Stark verschlechtert haben sich etwa in den letzten zehn Jahren die Bildungschancen. In Schulklassen, in denen ein hoher Anteil von Schülern keine oder nur rudimentäre Deutschkenntnisse

hat, sinken die Bildungserfolge aller Schüler drastisch. Bereits 2025 warnte der damalige Chef des Deutschen Philologenverbandes Heinz-Peter Meidinger: „Schon, wenn der Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache bei 30 Prozent liegt, setzt ein Leistungsabfall ein. Dieser wird ab 50 Prozent dramatisch.“ Im bundesweiten Durchschnitt liegt der Anteil der Schüler an allgemeinbildenden Schulen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, aktuell bei etwa 29 Prozent – im Einzelfall können es bis zu 95 Prozent sein. Obendrein sorgen Jugendbanden wie im niedersächsischen Harsefeld, in Cottbus oder Halle/Saale durch Gewalt, Raub und Erpressung dafür, dass Schüler immer öfter den Weg zur Schule mit Angst antreten müssen. Nimmt man noch den weitverbreiteten Lehrermangel hinzu, stellt sich die Frage, ob derzeit statt einer „Letzten Generation“ nicht eher eine Generation heranwächst, die um ihre Bildungschancen betrogen wird.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehrmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Tränen über die Vergangenheit, keine Waffen an Israel in der Gegenwart: Bundeskanzler Friedrich Merz

## ZWISCHENRUF

## Des Kanzlers Tränen

HOLGER FUSS

Angesichts der Tränen des Bundeskanzlers in der Münchner Reichenbach-Synagoge vor wenigen Tagen könnten einem die Bilder einer denkwürdigen Demonstration vor dem Auswärtigen Amt in Berlin in Erinnerung kommen. Am Abend des 18. Oktobers 2023 skandierten dort pro-palästinensische Aktivisten die Parole: „Free Palestine from German Guilt!“ Zu Deutsch: Befreit Palästina von der deutschen Schuld.

Diese Maxime linker Schuldabwehr hinsichtlich der NS-Verbrechen an den europäischen Juden war vor zwei Jahren keineswegs neu, sie geht wohl auf einen linksextremistischen Antizionismus seit 1967 zurück. Doch elf Tage nach dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 wirkte der Schlachtruf auf viele Menschen in Deutschland verstörend. Für hierzulande lebende Juden markiert spätestens dieser Oktoberabend den Beginn einer neuen Bedrohungsqualität ihrer Existenz – acht Jahrzehnte nach Auschwitz. Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der „Jüdischen Allgemeinen“, sagt heute: „Es sind Islamisten, säkulare Muslime und Linksextreme, die uns das Leben zu Hölle machen.“

## Entsetzen über das Nicht-Eingreifen

Am Montagabend vergangener Woche hat also Bundeskanzler Friedrich Merz bei der Neueröffnung der Synagoge in der Münchner Reichenbachstraße eine Rede gehalten, während der er seinen Tränen freien Lauf ließ. Bemerkenswert dabei ist die Textpassage, bei der sich die Gefühle ihren Weg bahnten. Merz sprach die Initiatorin der Synagogen-Restaurierung an, die Literaturwissenschaftlerin Rachel Salamander, die sich, 1949 geboren, als Kind gefragt hatte, „ob denn den Juden niemand geholfen habe“. Diese Kleinmädchen-Frage, die Salamander in einem ihrer Bücher überliefert, hat Friedrich Merz sichtlich aus der Fassung gebracht. Nur mühsam konnte er weitersprechen: „Auch heute noch müssen wir das Entsetzen darüber zulassen, dass die allermeisten nicht geholfen haben.“

Zweifellos ist der Gedanke daran, wie unter der Hitler-Diktatur in Deutschland und Europa jüdische Menschen verfolgt, gequält, abtransportiert und in Gaskammern ermordet wurden, ein Anlass, immer wieder aufs Neue zu erschauern; ein Anlass, sich das menschenmöglich Böse vor Augen zu führen – und ja, auch in Tränen auszubrechen und die Opfer zu betrauern. Und im ersten Hinsehen erscheinen die Tränen des Friedrich Merz als ei-

ne sympathische, eine große Geste der inneren Anteilnahme an diesem Grauen der Vergangenheit.

Doch derselbe Kanzler gab Anfang August bekannt, dass die Bundesregierung sämtliche Exporte von Rüstungsgütern an Israel aussetzt, „die im Gazastreifen zum Einsatz kommen können“. Seine Begründung: Das „noch härtere militärische Vorgehen der israelischen Armee im Gaza-

keit gezeigt, die selbst ihm Nahestehende den Atem raubt. Seine vollmundige Ankündigung „Links ist vorbei!“ im Münchener Löwenbräukeller am Nachmittag vor der Bundestagswahl fiel nach dem Urnengang in sich zusammen. Weil er mit der zweitstärksten Kraft im Parlament nicht zusammenarbeiten mag, muss er mit der SPD koalieren, und die „grünen und linken Spinner“, gegen die er im Löwenbräukeller noch wettete, tanzen ihm auf der Nase herum. Eine wirksame Wende in der Migrationspolitik, die nicht zuletzt die Juden in Deutschland schützen würde, macht die SPD nicht mit. Die Finanzierung linker NGOs aus Ampel-Zeiten, die mit ihrem pro-palästinensischen Aktivismus Israelhass verbreiten, ist bis heute nicht gestoppt.

In der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung regieren die Propaganda-Agenturen der Hamas zumeist ungefiltert durch, in den Hauptabendnachrichten rangiert Israel als die Quelle allen Übels im Nahen Osten. Auf all das reagierte Merz in seiner Synagogen-Ansprache, als wäre er soeben von einem mehrjährigen Südsee-Aufenthalt zurückgekehrt: „Ich möchte Ihnen im Namen der Bundesregierung sagen, dass wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, damit Jüdinnen und Juden in ganz Deutschland ohne Angst leben, feiern und studieren können.“

## Das Vertrauen der Juden verloren

Wer sich in der Community umhört, erfährt, dass viele Juden dem Kanzler kein Wort mehr glauben. Allzu wankelmütig, allzu labil hat sich Merz bislang gebärdet. Das Kämpfen für Grundsätze ist offenbar nicht in seinem Genpool codiert. Unvergessen ist Zeitzeugen, wie sich Merz ab 2002 erstaunlich kampfflos von Angela Merkel erst den Fraktionsvorsitz abjagen und hernach den Schneid abkaufen ließ. Ähnlich nachgiebig wirkt er heute im Umgang mit seinem Koalitionspartner SPD. Auf den Tisch zu hauen oder gar zur Durchsetzung seines versprochenen Politikwechsels das Wagnis einer Minderheitsregierung einzugehen, ist seine Sache nicht.

So könnten des Kanzlers Tränen auch Ausdruck der eigenen Ohnmacht sein, der eigenen Feigheit und des eigenen Opportunismus, für den die Kanzlerschaft höher rangiert als das Verwirklichen politischer Überzeugungen. Vielleicht spürte Merz in der Münchner Reichenbach-Synagoge, wie sehr die Prinzipienlosigkeit und das Wegschauen der meisten Nichtjuden während der NS-Zeit das Leben der jüdischen Mitbürger in Deutschland bedrohte. Und dass sich heute auf gespenstische Weise etwas wiederholt.

Nach der Tränen-Rede in der Münchner Synagoge scheint es, als weinte der Kanzler um tote Juden, während er die lebenden Juden im Stich lässt

streifen“ lasse „immer weniger erkennen“, wie Israel seine Kriegsziele („Freilassung der Geiseln“, „Verhandlungen über einen Waffenstillstand“, „Entwaffnung der Hamas“) erreichen könnte.

Die Entscheidung geschah weitgehend im Alleingang. Was Merz geritten hat, ist bis heute unklar. Angeblich, so ein CDU-Hintergrundpapier, wollte der Kanzler „den wieder und wieder formulierten deutschen Bitten Nachdruck ... verleihen, eine diplomatische Lösung des Konfliktes zu suchen“. Noch bizarrer liest sich in jenem Papier die Bemerkung: „Diese Eskalation trägt auch zur Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte in Deutschland und Europa bei, die wir auch im Sinne unserer Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel vermeiden müssen.“

Damit gibt der deutsche Bundeskanzler der Regierung Netanjahu eine Mitschuld an den jüdenfeindlichen Ausschreitungen auf deutschen Straßen. Zwei Jahre nach dem Hamas-Massaker hat sich im öffentlichen Raum, im Kulturleben und in den öffentlich-rechtlichen Medien ein mehr oder weniger ungenierter Antisemitismus eingenistet. Merz fiel mit seinem Waffenembargo Israel in den Rücken. Nach der Tränen-Rede in der Münchner Synagoge scheint es, als weinte der Kanzler um tote Juden, während er die lebenden Juden im Stich lässt.

Seit vier Monaten im Amt, hat Merz auf vielen Gebieten eine Unzuverlässig-

## Im Schatzhaus an der Eisbachwelle

Eines der größten Museen Deutschlands – Vor 125 Jahre wurde der Neubau des Bayerischen Nationalmuseums eröffnet

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 29. September 1900 eröffnete Prinzregent Luitpold in München das Bayerische Nationalmuseum an der nach ihm benannten Straße. Vor dem linken Seiteneingang befindet sich ein Schild mit dem Hinweis, dass man bis zum Haupteingang noch 200 Meter die Prinzregentenstraße entlanglaufen muss. Und damit hat man dann erst die Hälfte der Gebäudefront abgeschritten. Das mächtige Bauwerk entwarf der bedeutende Architekt Gabriel von Seidl. Es erhielt 1905 und 1937 Anbauten, sodass den kunst- und kulturhistorischen Sammlungen inzwischen rund 13.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung stehen.

Das Bayerische Nationalmuseum ist älter als sein jetziger Museumsbau. Der ist sein drittes Domizil. Museumsgründer war 1855 König Maximilian II. von Bayern, dessen Bronzeskulptur über dem Haupteingang an der Prinzregentenstraße steht. Den Grundstock der Sammlungen bilden Stücke, die der König aus der Münchner Residenz und anderen Schlössern ins Museum überwies. Das nennt sich stolz das „Schatzhaus an der Eisbachwelle“ – und hat auch allen Grund dazu. Die Sammlungen in einem der größten Museen Deutschlands, das nahe der Brücke über den Eisbach mit dessen unter Surfern beliebter stehender Welle gelegen ist, reichen von der spätrömischen Zeit bis zum Jugendstil, wobei momentan ausgerechnet diese beiden Sammlungsgebiete sowie einige Räume der Mittelaltersammlung, die dem Hafnergeschirr und dem Historismus gewidmet sind, wegen Sanierung geschlossen sind.

Aber es gibt trotzdem Tausende von Objekten zu sehen. Weltberühmt sind die im Untergeschoss aufgestellten Weihnachtskrippen. Zurzeit können sie nach Voranmeldung von Gruppen und Einzelpersonen besichtigt werden. Von Ende Oktober bis Februar steht die Krippensammlung von Montag bis Sonntag allen offen. Sie umfasst Figurenensembles aus



Kulturhistorische Kostbarkeiten des späten Mittelalters: Blick in den Riemenschneidersaal des Bayerischen Nationalmuseums

dem 18. bis 20. Jahrhundert, die aus Bayern, dem Alpenland und Italien stammen. Die hinter Glas stimmungsvoll ausgeleuchteten Inszenierungen weisen Landschafts- und Architekturkulissen sowie einen gemalten Hintergrund auf. Auch die wohl wertvollste Krippe der Welt gehört zur Sammlung. An der im 18. Jahrhundert in Neapel angefertigten „Anbetung der Könige im Marmorpalast“ ist alles aus Gold und Silber, was glänzt, und alles aus Edelstein, was funkelt.

In einigen Bereichen des Hauptgeschosses des im Zweiten Weltkrieg teilweise zerstörten und in etwas vereinfachter Form wiederaufgebauten Museums passt die Architektur zu den Exponaten. So befinden sich in mehreren Sälen neugotische Rippengewölbe. Das gilt für den Waffensaal mit seinen alten Ritterrüstun-

gen. Ebenso für den Raum, der dem Würzburger Bildschnitzer Tilman Riemenschneider gewidmet ist. Das Museum besitzt eine der bedeutendsten Kollektionen des Meisters. Außergewöhnlich gut erhalten sind die originalen Farbfassungen zweier um 1490 geschaffener Figurengruppen der Beweinung Christi. Fast wie neu sehen die Muttergottes und die sie stützenden Figuren des Johannes und zweier Begleiterinnen aus. In Holzoptik „schwebt“ hingegen die künstlerisch unkonventionell gestaltete Maria Magdalena an der Wand, die von sechs Engeln in den Himmel entrückt wird. Diese um 1490/92 gestaltete Figurengruppe gehört zu Riemenschneiders Hauptwerken.

Ein weiterer Höhepunkt des Rundgangs ist der Kirchensaal. Auf dem gefliesten Boden befinden sich mit Liegefiguren

ausgestattete Grabplatten. An den Wänden hängen farbig gefasste Reliefs. Makaber mutet der auf einem Löwen reitende Knochenmann an. Es handelt sich um die Überreste einer Uhr, die 1513 im mittelfränkischen Kloster Heilsbronn aufgestellt wurde, das eine vierteilige Grablege der Hohenzollern beherbergt. Früher schlug das Gerippe mit einem Knochen in der Hand alle Viertelstunde die Glocke und bewegte dabei die Kinnlade.

### Ein Fürstbischof bittet zu Tisch

Prunkstück des Kirchensaals ist das von Jan Pollack 1492 bemalte Retabel vom Hochaltar der ehemaligen Franziskanerkirche St. Antonius in München. Die Flügel zeigen Christus am Ölberg sowie den Judaskuss und die Gefangennahme Christi. Auf der Mitteltafel ist der ans Kreuz ge-

schlagene Christus dargestellt, flankiert von den verkrümpelt an die Kreuze gebundenen Schächern. Dicht drängen sich zahlreiche Figuren um die Kreuze und geben Trauer oder Nachdenklichkeit, Neugier, Gemeinheit oder Brutalität packend Ausdruck.

Aus der Flut von Gemälden und Bildteppichen, Skulpturen, Gläsern, Goldschmiedearbeiten, Fayencen, Bronzen und Elfenbeinen lassen sich immer wieder ganz besondere Stücke herausfischen. Der für seine erotischen Statuetten berühmte Conrat Meit wartet mit einer um 1510/15 geschnitzten und farbig gefassten Miniaturbüste des Augsburger Bankiers und Handelsherrn Jakob Fugger des Reichen auf. In der Kurfürst Maximilian I. gewidmeten Abteilung beeindruckt der 1618 bis 1624 aus Elfenbein und Lapislazuli angefertigte Schrank für seine Sammlung antiker Goldmünzen. Ihn bekront die Elfenbeinstatue eines Imperators zu Pferde als Sieger über die auf den vier Schrankecken kauern den Könige.

Im Obergeschoss sind Spezialsammlungen ausgebreitet. Die Elfenbeinabteilung wartet mit filigranen Drechselarbeiten auf. Die Luxusmöbel von Abraham Roentgen (1711–1795) und seines Sohns David (1743–1807) haben einen eigenen Raum. Reich vertreten sind die Porzellanmanufakturen Nymphenburg, Frankenthal und Meissen. Letztere wartet mit einem Kuriosum auf: einem lebensgroßen Porzellanwickelkind, das der berühmte Modelleur Johann Joachim Kaendler 1741 ins Leben rief.

Auch die Goldschmiedekunst steht im Blickpunkt, insbesondere die aus Augsburg. Glanzlicht ist der mit dem Tafelsilber des Hildesheimer Fürstbischofs Friedrich Wilhelm von Westphalen gedeckte Tisch. Er hatte es anlässlich seines Amtsantritts 1763 in Auftrag gegeben. An der Fertigstellung des aus über 600 Teilen bestehenden Service waren 19 Augsburger Goldschmiede beteiligt. Der letzte Teil des Rundgangs ist den Wittelsbacher Königen, ihren Gemahlinnen und Kindern gewidmet.

### BAUERNKRIEG

## Der Prediger der Freiheit

Mühlhausen zeigt noch bis zum 19. Oktober, wie Thomas Müntzer vor 500 Jahren von der Kanzel die Bauern zum Kampf aufwiegelte

Vor 500 Jahren war Mitteldeutschland einer der Schauplätze der Bauernkriege. In Mühlhausen ist diese Vergangenheit bis heute lebendig – in einem idyllischen, liebevoll restaurierten Umfeld.

Die ehemals freie Reichsstadt, ziemlich genau in der Mitte Deutschlands gelegen, zieht die Besucher mit ihrer mittelalterlichen Geschlossenheit und ihrer reichen Geschichte in den Bann. In aller Ruhe und ohne Touristenmassen, die sich anderswo durch die Gassen schieben, lassen sich die Attraktionen erkunden.

Die Altstadt des 35.000 Einwohner zählenden Städtchens an der Unstrut war von einer 2,7 Kilometer langen Stadtmauer mit sieben Doppeltoren, 38 Wehr- und Kanzeltürmen umgeben. Ein großer Teil der Stadtmauer ist erhalten und begehbar. Otilie Müntzer, so der Rollenname einer Stadtführerin in historischem Gewand, führt die Besucher über schmale Stiegen zum 34 Meter hohen Rabenturm, der in den Schutzwall integriert ist. „Von hier

hat man den besten Blick auf die 49 Hektar große Altstadt“, sagt sie. „Über die roten Ziegeldächer ragt der imposante Turm der Marienkirche“, erzählt Otilie. Der nach Vorbild französischer Kathedralen errichtete imposante Kirchenbau ist heute Museum und Gedenkstätte für Thomas Müntzer. „Hier predigte mein Mann Thomas Müntzer“, erzählt Otilie weiter, die mit bürgerlichem Namen Sylvia Niedzielski heißt und für den Stadtrundgang in die Rolle von Thomas Müntzers Ehefrau geschlüpft ist.

„Alle Macht soll gegeben sein dem gemeinen Volk“, predigte Müntzer 1525 in St. Marien. Zusammen mit Heinrich Pfeifer machte er Mühlhausen zum Zentrum einer Bewegung, welche die Herrschaft von Patriziern und Adel beenden wollte. Mit 300 Getreuen zog er gegen die Fürsten in die Schlacht von Frankenhausen. Die Bauern wurden vernichtend geschlagen. Sechstausend Aufständische verloren damals ihr Leben. Müntzer und Pfei-

fer wurden gefangen genommen und hingerichtet.

Beide Orte – Mühlhausen und Bad Frankenhausen – sind beziehungsweise



Kopf der „Freiheit“: Büste des Thomas Müntzer im Kulturhistorischen Museum

waren Schauplatz der Thüringer Landesausstellung „Freiheit 1525 – 500 Jahre Bauernkrieg“. In Mühlhausen wird noch bis zum 19. Oktober in der Marienkirche die ländliche Gesellschaft jener Zeit thematisiert. Die Besucher erleben die historische, bäuerliche Lebenswelt mit den damit verbundenen Konflikten.

Die Geschehnisse des Krieges stehen wiederum im Mittelpunkt der Ausstellung im Bauernkriegsmuseum Kornmarktkirche. Mithilfe von Zeitzeugen entsteht ein anschauliches Abbild der vielschichtigen, zum Teil auch widersprüchlichen Ereignisse, deren Deutung bis heute umstritten ist. Spannend ist auch die Ausstellung im Kulturhistorischen Museum der Stadt. Sie beleuchtet vor allem die politische Instrumentalisierung der Bauernkriege in den verschiedenen Zeitepochen.

Teil der Landesausstellung war auch das Panorama-Museum in Bad Frankenhausen. In einem kreisrunden Bau über der Stadt am Kyffhäusergebirge ist das be-

eindruckende Panoramagemälde „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ zu sehen. Gerd Lindner, Direktor des Kunstmuseums, sagte: „Das Monumentalgemälde des Leipziger Malers Werner Tübke ist ein Schauangebot mit viel Substanz. Wir stehen mitten im Gemälde, das uns mit seinen über 3000 Einzelfiguren auf einer Länge von 123 Metern umgibt.“ Lindner weiter: „Jede einzelne Figur steht für eine Geschichte, für spannende Hintergründe.“

Für die Thüringer Landesausstellung hat Lindner auch eine Sonderausstellung „Der Welt Lauf“ mit wertvollen Exponaten kuratiert. Ein kleines Blatt gab der Ausstellung ihren Namen und verweist darauf, dass Gerechtigkeit nicht zu erreichen ist. Es bleibt nur die Hoffnung, dass sie am Tage des Jüngsten Gerichts hergestellt wird.

Detlef Berg

• [www.bauernkrieg2025.de](http://www.bauernkrieg2025.de)  
• [www.panorama-museum.de](http://www.panorama-museum.de)

## ZWISCHENKRIEGSZEIT

## Garantie der deutschen Westgrenze

Vor 100 Jahren konferierten in Locarno Delegierte, wie ein dauerhafter Frieden in Europa hergestellt werden kann

VON MICHAEL GEHLER

Am Fuß der Alpen in der südlichen Schweiz liegt der Urlaubsort Locarno am Lago Maggiore, wo Sonne garantiert ist. Günstiges Klima gab es auch, als acht Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs vom 5. bis 16. Oktober 1925 dort verhandelt wurde. Es ging um den Verzicht auf gewaltsame Änderung der deutschen Westgrenze. Am 1. Dezember unterzeichneten diesen Pakt in London der deutsche Reichskanzler Hans Luther, der britische Premier Stanley Baldwin, die Außenminister Gustav Stresemann aus Deutschland, Aristide Briand aus Frankreich, Austen Chamberlain vom Vereinigten Königreich und Émile Vandervelde aus Belgien sowie Italiens Delegierter Vittorio Scialoja. Mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund am 10. September 1926 traten die Vereinbarungen in Kraft. Stresemann und Briand erhielten dafür den Friedensnobelpreis.

## Verschiedene Motive

Stresemann beabsichtigte eine Änderung des Versailler Friedens auf friedlichem Wege durch normalisierte Beziehungen mit Frankreich, um die territorialen Revisionsforderungen im Osten offenzulassen und die Reparationslasten zu verringern. Briand zielte auf Verständigung mit dem Deutschen Reich zur Absicherung des territorialen Status quo und Elsaß-Lothringens im französischen Staatsverband. Großbritannien und Italien waren Garantemächte zur Kontrolle der vertraglichen Einhaltung. Chamberlain ging es vor allem um ein kontinentaleuropäisches Gleichgewicht zur Ruhigstellung des Kontinents als Basis für die Aufrechterhaltung der bereits gefährdeten britischen Weltmachtstellung, Belgien um Grenzsicherung und Italien um Festigung der Brennergrenze zum Erhalt des anektierten Südtirols. Der Duce wollte zudem anerkannter und gleichberechtigter Partner in Europa sein.

## Reaktionen und Folgen

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die NSDAP lehnten die Zugeständnisse an den Westen ab. Die KPD argwöhnte eine Koalition gegen die UdSSR. Moskau befürchtete einen antisowjetischen Block, drohte mit Anerken-

Vor 100 Jahren auf der Konferenz von Locarno: Scialoja, Luther, Stresemann, Baldwin, Chamberlain samt Ehefrau, Benesch, Briand, Skrzyński und Vandervelde (v.l.)  
Bild: Wikimedia

nung der polnischen Westgrenze und einem Nichtangriffspakt mit Warschau. Stresemann kam Moskau entgegen und schloss zur Verstärkung des Vertrags von Rapallo von 1922 den Berliner Vertrag als deutsch-russisches Freundschafts- und Neutralitätsabkommen am 24. April 1926. Der polnische Außenminister Aleksander Graf Skrzyński und sein tschechoslowakischer Amtskollege Edvard Benesch befürchteten schon das Schlimmste.

Mit dem Tod Stresemanns am 3. Oktober 1929 verlor Locarno einen wichtigen Fürsprecher. Briand wollte in Folge zu viel, indem er mit einem Memorandum vom 17. Mai 1930 „Vereinigte Staaten Europas“ empfahl und einen Förderationsplan für eine enge, vor allem wirtschaftliche Verbindung vorlegte, der jedoch europaweit keine Unterstützung mehr fand. Es folgte zwar im Juni die Entmilitarisierung des bis dato besetzten Rheinlandes, die Weltwirtschaftskrise rief aber noch stärkere nationale Egoismen hervor. Die Ankündigung einer Zoll-

union zwischen Österreich und den Deutschen Reich 1931 brach Briand innenpolitisch das Genick. Er starb im Jahr darauf.

Mit Adolf Hitler an der Macht gab es keine Chance mehr für dauerhaften Frieden in Europa. Deutschland verließ den Völkerbund 1935 und rüstete auf. Bereits als deutlich machtloserer Politiker erschien Frankreichs Premier Edouard Daladier im Schatten von Hitler, dem britischen Premierminister Neville Chamberlain und Benito Mussolini, als am 29. September 1938 in München die Eingliederung der Sudetengebiete in das „Dritte Reich“ beschlossen wurde. Ein noch stärkeres Abhängigkeitsverhältnis durch erzwungene Kollaboration sollte zwischen Marshall Philipp Pétain und Hitler ab 1940 entstehen.

## Neue Anläufe nach 1945

Locarno war ein Richtungsweiser. Obwohl der Weg nicht beschritten wurde, blieb das Duo Briand-Stresemann im Ge-

dächtnis beider Nationen. Ein neues couple franco-allemande startete fünf Jahre nach Kriegsende mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Frankreichs Außenminister Robert Schuman. Ein von ihm am 9. Mai 1950 präsentierter Plan sah vor, die Kohleförderung und Stahlproduktion in Westdeutschland und Frankreich einer europäischen Behörde zu unterstellen, um den Frieden zu sichern. Die Montanunion war ein sensationeller Schritt. Den nächsten zur Versöhnung setzten Charles de Gaulle und Adenauer, der 1958 sogar auf dem Privatsitz des Franzosen in Colombey-les-deux-Églises geladen war (siehe PAZ vom 12. September). Sie besiegelten den Elysée-Vertrag 1963, der enge Kooperationen auf allen möglichen Gebieten vorsah.

Ihre Nachfolger von 1969 bis 1974, der zweite Präsident der Fünften Republik Georges Pompidou und der vierte Bundeskanzler Willy Brandt, trieb die Sehnsucht nach einer symmetrischen Beziehung und funktionierenden Partner-

schaft, zumal die bundesdeutsche Ostpolitik in Paris Ängste nährte, Bonn könnte sich zu sehr an die Sowjetunion annähern und sich vom Westen abkoppeln. Pompidou mahnte daher Brandt zu noch mehr europäischem Engagement, was dieser zusicherte. Beide bastelten an einem Währungsfonds.

Das Tandem Helmut Schmidt-Valéry Giscard d'Estaing war auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 1970er Jahre. Sie waren mit der Etablierung eines Europäischen Währungssystems 1978 als Nukleus für den späteren Euro wegweisend.

Am historischen Gedenkort Verdun trafen sich Helmut Kohl und François Mitterrand am 22. September 1984. Der Fotograf Frédéric de la Mure schoss das Bild von den beiden Staatsmännern Hand in Hand stehend vor den Gebeinhäusern, das als Symbol der deutsch-französischen Verantwortung vor der Geschichte weltberühmt wurde.

Dagegen waren sich Gerhard Schröder und Jacques Chirac nur einig in der Ablehnung US-amerikanischer Aufforderungen, im Zweiten Golfkrieg mitzutun, während sie die europäische Verfassungskrise nicht lösen konnten. „Merkozy“ erzielten eine Einigung mit dem EU-Vertrag von Lissabon 2007, gemeinsame Lösungen für die „Euro-Krise“ und die Zurückweisung der US-amerikanischen Forderung zur Aufnahme der Ukraine in die NATO.

Unter Angela Merkel und Emmanuel Macron (2017–2021) gab es jedoch mehr Abbruch als Aufbruch in Europa, denn die Kanzlerin zeigte keine Reaktion auf die ambitionierte Sorbonne-Rede des Präsidenten. Erst bei der Bekämpfung der Corona-Folgen zogen beide wieder an einem Strang.

Unter Olaf Scholz und Macron (2021–2025) stockte der Motor erneut. Bessere Stimmung herrschte zuletzt im Élysée-Palast beim Empfang von Kanzler Friedrich Merz, der mit Macron den Beziehungen neuen Elan verleihen will, was Europa eingekeilt zwischen Bedrohungen und Forderungen aus Ost wie West auch dringend benötigt.

● Prof. Mag. Dr. Michael Gehler lehrt Neuere Deutsche und Europäische Geschichte und leitet das Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim.

## NUMISMATIK

## Mit „Ariane 6“ beginnt die „Erforschung des Weltraums“

Am 10. September nächsten Jahres soll die Ausgabe einer neuen Serie von Fünf-Euro-Gedenkmünzen mit einem Farbdruck beginnen

Die Bundesregierung hat beschlossen, eine Fünf-Euro-Sammlermünze „Ariane 6“ prägen zu lassen und im dritten Quartal des nächsten Jahres herauszugeben. Die Münze bildet den Auftakt einer Serie „Erforschung des Weltraums“, bei der im Zeitraum bis 2028 insgesamt fünf Münzen mit teilkolorierten Motiven erscheinen sollen.

Die Münze besteht aus einer Kupfer-Nickel-Legierung. Sie hat eine Masse von 9,68 Gramm, einen Durchmesser von 27,25 Millimetern und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt. Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden zum Nennwert in den Verkehr gebracht. Die Ausgabe der Münzen in der Sammlerqualität Spiegelglanz erfolgt zu einem über dem Nennwert liegenden Verkaufspreis. Die Münze Deutschland will über den genauen Preis

und die konkreten Bestellmodalitäten rechtzeitig vor der Ausgabe informieren.

Das Motiv auf der Bildseite gliedert sich in eine graphische, technische Dar-

stellung der Versionen der Rakete und eine bildliche Darstellung des Flugkörpers vor dem Planeten Erde. Die Umlaufbahnen sollen die Bildinhalte zusammenhalten

und ein dynamisches Bild erzeugen. Die Aufschrift „Ariane 6“ folgt der Umlaufbahn. Der Einsatz der Farbe im Bereich des Planeten Erde soll die Form der Rakete hervorheben.

Der Entwurf der Bildseite stammt von Sascha Morawetz aus Hamburg. Der Künstler entwickelt Illustrationen und Infografiken für Museen, Forschungseinrichtungen, verschiedene herstellende Unternehmen und Verlage. Seine Illustrationen finden sich außer auf Münzen auch in Büchern, Magazinen und Museen sowie auf Schulheften, Gläsern und Regenschirmen. Der Norddeutsche ist in Kiel aufgewachsen und studierte Produktdesign an der dortigen Muthesius Kunsthochschule. 2008 bis 2012 hat er in einer Hamburger Designagentur als Industriedesigner für Unternehmen wie Olympus oder B. Braun gear-

beitet. Nach seiner Zeit als Designer richtete er seinen Fokus neu aus und widmet sich nun seiner Leidenschaft, der Illustration. Seit 2012 ist er selbstständiger Illustrator und arbeitet für verschiedene Design- und Werbeagenturen sowie Verlage.

Die Wertseite, die für alle Münzen der Serie verwendet wird, zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, die Jahreszahl 2026, die zwölf Europasterne sowie – je nach Prägestätte – das Münzzeichen „A“ (Berlin), „D“ (München), „F“ (Stuttgart), „G“ (Karlsruhe) oder „J“ (Hamburg). Der Entwurf der Wertseite stammt von dem Künstler Till Mainz aus Berlin. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung als Inschrift den Titel der neuen Serie „Erforschung des Weltraums“. M.R.



Bild- und Wertseite der Fünf-Euro-Sammlermünze „Ariane 6“

Bild: BVA

VON JENS EICHLER

Man stelle sich mal vor, man wäre ein Maya im dichten Dschungel Mittelamerikas, irgendwann so etwa um 200 n. Chr. Die Sonne brennt erbarmungslos vom blauen Himmel, die bunten, wilden Vögel kreischen aus den Kronen der gigantischen, dichten Baumkronen, und man kaut währenddessen gedankenversunken auf einem Stück zähem, milchigem Dicksirup aus dem Sapodillabaum herum. Es schmeckt zwar nicht besonders, aber es hält zumindest die Zähne sauber und vertreibt außerdem die Langelweile. Genau das war der absolute Ur-Kaugummi.

So, und damit fing einst alles an: Chicle, das schlichte, beinahe geschmacksneutrale Harz des besagten Sapodillabaums. Die Maya und später auch die Azteken kauten dieses Naturprodukt nicht nur zur Zahnpflege im Dschungel, sondern nutzten es auch als Geschenk oder sogar als Zahlungsmittel. Chicle war schlicht und einfach eine praktische Entdeckung, ein Geschenk der Natur, aber niemand hätte damals auch nur annähernd gedacht, dass so ein ödes Gummi einmal die Welt erobern würde.

Also wurde im südamerikanischen Urwald weiter gekaut und gekaut, geschmatzt und geschmatzt, und die Jahrhunderte vergingen Tag um Tag, bis das Ende des 19. Jahrhunderts erreicht war. Denn genau dann begann die moderne Geschichte des Kaugummis, wie wir es heute kennen. Sie beginnt mit einem Mann namens Antonio López de Santa Anna – ja, genau, der mexikanische General, der für die Schlacht von Alamo in Texas berüchtigt ist, dessen Fort bis heute in San Antonio besichtigt werden kann.

#### Vom Reifen zum Kaugenus

Santa Anna war seit dem Jahr 1860 im Exil in den USA und hatte rein zufällig was dabei? Richtig, eine Ladung Chicle. Er hoffte, daraus einen Ersatz für Gummi herstellen zu können. Allerdings nicht zum Kauen oder um Zähne zu reinigen, sondern beispielsweise für Reifen. Daher beauftragte er den smarten Tüftler und Erfinder Thomas Adams, einen stets neugier-



Sie gab es früher fast an jeder Ecke: Kaugummiautomaten. Groschen rein, drehen und der Naschspass konnte losgehen

Wirkung auf ihn hatte – leicht verträumt vor sich hinzukauen statt zu Essen, ein wunderbares Gefühl. Im Jahr 1869 war es schließlich soweit. Der clevere Erfinder Adams, der auch einen Riecher für gute Geschäfte hatte, brachte den ersten kommerziellen Kaugummi auf den Markt: kleine, bis dahin ungewürzte, lediglich leicht gesalzene Chicle-Klumpen, die in Papier gewickelt waren. Der Name? „Adams New York Chewing Gum“.

Bingo! Seine Idee wurde zwar kein sofortiger Volltreffer, doch die Idee setzte sich langsam, aber sicher mehr und mehr durch. Adams erkannte, dass die Menschen das Kauen mochten – es war spannend, machte Spaß und war irgendwie, um es Amerikanisch auszudrücken, „cool“. Also begann er, den Kaugummi mit Geschmacksrichtungen wie Lakritze oder Zitrone zu versehen und gründete die erste Kaugummifabrik. Der Grundstein war gelegt.

Aber Adams war nicht ganz allein mit seiner Verkaufsidee. Denn schon bald erkannte ein anderer Pionier das Potential des Gummis – William Wrigley Jr., ein Seifenverkäufer aus Chicago. 1891 bot dieser seinen Kunden Kaugummi als Gratisbeigabe an – und stellte fest, dass die Leute den Kaugummi mehr mochten als die Seife. Schlau wie er war, wechselte er daraufhin abrupt ins Kaugummigeschäft und brachte 1893 den legendären „Wrigley's Spearmint“ auf den Markt. Mit cleverem Marketing, wie Zeitungsanzeigen und Probepäckchen, machte er Kaugummi zu einem echten Massenprodukt und absoluten Verkaufsschlager. Wrigley verstand, dass Kaugummi nicht nur ein Produkt war, sondern ein Lebensgefühl: Es war erschwinglich, tragbar und machte Spaß.

#### Warum ist Kaugummi so beliebt?

Da fragt man sich doch, was Kaugummi eigentlich so unwiderstehlich macht? Erstens ist es ein multisensorisches Erlebnis. Der Geschmack – ob Minze, Frucht oder Zimt – explodiert im Mund, während das Kauen eine rhythmische, fast meditative

Bewegung ist. Medizinische und psychologische Studien zeigen, dass Kauen Stress reduziert, die Konzentration fördert und sogar den Appetit zügelt (wenn auch nur kurzfristig). Zweitens ist Kaugummi sozial: Ein Päckchen teilen, eine Blase machen, dann das Knallen hören – das verbindet. Drittens ist es billig und überall schnell und einfach verfügbar, von der Tankstelle bis zum Kiosk.

Und dann ist da noch der „X-Faktor“, die Aura der Coolness, die einen Kauer umgibt. Diese Lässigkeit, die manchmal aber auch zu einer eher doofen Attitüde verkommt, wenn die Kaubewegung zu übertrieben rüberkommt. Kaugummi wurde schnell zum Symbol für Jugend, Rebellion und Nonchalance. man denke nur an die 1950er Jahre: James Dean, Lederjacke, Kragen hoch, ein Kaugummi im Mund. Es war, als würde man die pure Freiheit kauen. Marken wie Wrigley, Bazooka oder später Hubba Bubba verstärkten diesen Nimbus mit bunten Verpackungen und lustigen Extras wie Comics in der Packung.

#### Die Reise nach Deutschland

Und auch in Deutschland erlebte das Gummi einen Siegeszug, wenn auch erst viel später und unter eher traurigen Umständen. Dennoch darf man heute sagen: den amerikanischen GIs sei Dank. Denn als die Alliierten 1945 in Deutschland einmarschierten, brachten sie nicht nur Waffen, Befreiung von der NS-Diktatur, Freiheit und lebenswichtige Lebensmittel, sondern auch Kaugummi mit.

Für die deutsche Bevölkerung, die nach Jahren der Entbehrung hungerte, war Kaugummi wie ein Stück Amerika: bunt, süß, exotisch. GIs verteilten Kaugummi an Kinder, die dafür „Chewing Gum!“ riefen und die Soldaten mit großen Augen umringten, bejubelten und liebten. Marken wie Wrigley's und Dubble Bubble wurden zum Symbol für die neue Freiheit und den Wiederaufbau. „Hatte man einen Streifen abbekommen, fühlte man sich wie ein König. Nichts war schöner in der

Zeit, als ein Stück Kaugummi zu besitzen. Wir alle gingen extrem sparsam damit um, denn wir Kinder wussten ja nicht, ob und wann wir die Chance bekamen, nochmal ein Stück Chewing Gum, was übrigens mein erstes Wort auf Englisch war, das ich lernte, zu ergattern!“, berichtet Zeitzeuge Alfons Fuchser (88) aus Nürnberg im Gespräch mit der PAZ.

Auch nach dem Krieg spielte Kaugummi eine überraschend wichtige Rolle im Wirtschaftswunder. Es war eines der ersten Konsumgüter, die in Deutschland produziert und vertrieben wurden. Die Firma Wrigley eröffnete nämlich 1950, also vor 75 Jahren, eine Niederlassung in München, und bald kauten die Deutschen, was das Zeug hielt. Kaugummi war erschwinglich und stand für den neuen Wohlstand. Kinder sammelten die bunten Verpackungen, Teenager übten Blasenmachen, und sogar Erwachsene genossen die kleinen Momente der Leichtigkeit, die ein Kaugummi bot.

In den 1950er und 60er Jahren wurde Kaugummi in Deutschland zu einem kulturellen Phänomen. Es war nicht nur ein Snack, sondern ein Zeichen des Wandels. Die Jugend begann, amerikanische Trends zu übernehmen: Rock 'n' Roll, Jeans – und Kaugummi. In Schulhöfen und auf Tanzflächen war das Kauen ein Statement: „Ich bin modern und frei.“ Gleichzeitig gab es Kritik konservativer Kreise, die das Kauen als „unanständig“ oder „amerikanisch dekadent“ ansahen. Doch die Jugend ließ sich – zum Glück – davon nicht beirren.

Kaugummi spielte auch eine Rolle in der sozialen Interaktion. In den Trümmern der Nachkriegszeit waren kleine Gesten der Großzügigkeit wichtig. Ein Kaugummi zu teilen, war eine einfache Art, Freundschaft oder Solidarität zu zeigen. Für viele Kinder war es das erste „Luxusgut“, das sie besaßen. Marken wie Bazooka Joe, mit ihren kleinen Comics in der Verpackung, wurden Kult. Die unterhaltsamen Geschichten von Bazooka Joe waren simpel, aber sie brachten ein Stück

Humor in den tristen, oft traurigen deutschen Nachkriegsalltag.

#### Gesellschaftspolitische Bedeutung

Heute, im Jahr 2025, ist Kaugummi mehr als nur ein Konsumprodukt – es ist ein globales Phänomen mit gesellschaftspolitischen Facetten. Erstens ist da die Umweltdebatte. Herkömmlicher Kaugummi besteht oft aus synthetischen Polymeren, die nicht biologisch abbaubar sind. Die klebrigen Flecken auf Gehwegen sind ein ständiges Ärgernis, und in Städten wie Singapur ist er inzwischen verboten.

Und dennoch darf man davon ausgehen, dass er nie aus der Mode kommen wird. Gekaut wird immer. Und weil das so ist, feiern wir jedes Jahr am 30. September den „Tag des Kaugummis“ – für alle Deutsche auch ein Tag der Freiheit.



Amerikanische GIs verteilen heiß begehrte Kaugummis an Kinder in Nürnberg

BILD: PICTURE ALLIANCE / PIRELLI (BORNA FILIPINSELL)

DEN AMIS SEI DANK

# Kauen, Kleben, Kult – die erstaunliche Geschichte des Kaugummis

Eine schmackhaft-zähe Angelegenheit von größter Beliebtheit:  
Als das Baumharz der Mayas als „cooles“ Kulturgut Nachkriegsdeutschland eroberte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahre 1985 verkündete das SED-Regime in Ost-Berlin: „Durch das Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik kann jeder Ausländer – ungeachtet seiner Nationalität, seiner Rasse, seiner Religion, seiner politischen Überzeugung und seines Herkunftslandes – ohne jegliche Beschränkung im Transit reisen.“ Und damit sich das auch außerhalb des Mauerstaates herum sprach, wurden gleich noch Annoncen in Zeitungen der Dritten Welt geschaltet.

Infolgedessen strömten 1985/86 mehr als 170.000 Asylbewerber aus Ländern wie Sri Lanka, Ghana, dem Libanon und dem Iran via Ost-Berlin in die Bundesrepublik, bis die Kohl-Regierung endlich nachgab und der DDR die ersehnten Kredite gewährte. Damit hatte der gezielte Missbrauch von Migration den gewünschten Effekt erbracht. Allerdings war der Begriff „Migrationswaffe“ damals noch unbekannt. Das änderte sich erst im März 2010, als die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Kelly Greenhill ihr weltweit beachtetes Buch „Massenmigrationswaffen: Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik“ veröffentlichte.

Darin analysierte sie 55 weitere Einsätze der Migrationswaffe zwischen 1956 und 2006, die in rund drei Vierteln aller Fälle erfolgreich waren. Jedoch initiierte bereits das Neuassyrische Großreich, welches um 605 v. Chr. unterging, Flüchtlingswellen, um seinen Gegnern zu schaden. Für die Neuzeit unterschied Greenhill zwischen vier Varianten der künstlich erzeugten und bewusst instrumentalisierten Migration, wobei sie etliche Überschneidungen zwischen den einzelnen Formen sah.

#### Ost-Berlin wollte Kredite erzwingen

So kann eine Regierung Migration fördern, um innen- oder außenpolitische Vorteile zu erlangen – beispielsweise durch die Vertreibung von Dissidenten oder die Inszenierung von Migrationskrisen in feindlichen Ländern. Weißrussland versucht seit 2021, die EU zu destabilisieren, indem es Migranten aus Staaten wie Afghanistan und dem Irak zum Sturm auf die EU-Außengrenze animiert. Deswegen spricht die Brüsseler Kommission mittlerweile von „Migration als Waffe im hybriden Krieg gegen die EU“. In manchen Fällen liegt der Nutzen auch nur im materiellen Gewinn. Das gab der frühere rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu einmal ganz offen zu, als er sagte: „Juden, Deutsche und Öl sind unsere besten Exportgüter.“

Des Weiteren dient die gezielt gesteuerte Migration oft dem Zweck, in aktuellen militärischen Konflikten strategische oder taktische Vorteile zu erlangen. Künstlich herbeigeführte Bevölkerungsbewegungen sollen die Kontrollstruktu-



Dunkle Rolle der Türkei: Immigranten durchqueren Ende Oktober 2015 Slowenien auf ihrem Weg nach Deutschland

Bild: Shutterstock

#### HYBRIDER KRIEG

## Schon Honecker nutzte Migration erfolgreich als Waffe

Wanderungsströme werden gezielt eingesetzt, um einen anderen Staat zu schwächen oder gar dreist zu erpressen – Meist kann das Zielland wenig dagegen tun

ren des Gegners stören, seine Nachschubwege unterbrechen und den Bewegungsradius der feindlichen Truppen verkleinern. Dies war und ist vor allem ein gängiges Mittel in Bürgerkriegen, wie sie derzeit insbesondere in Afrika toben.

In anderen Fällen besteht das Ziel des Einsatzes von Migration als Waffe in der Aneignung des Besitzes der Vertriebenen oder deren physischer Auslöschung im Rahmen der Fluchtbewegung. Ein typisches Beispiel hierfür sind die ethnischen Säuberungen während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien im Verlaufe der 1990er Jahre.

Und schließlich ermöglicht gelenkte Migration diverse Formen der Erpressung, wie es die DDR dereinst in beispielhafter Weise demonstriert hat. Die Zielstaaten der Bevölkerungsbewegungen sollen zu politischen oder wirtschaftlich-finanziellen Zugeständnissen genötigt werden. In den 1970er Jahren sicherte sich der ugandische Diktator Idi Amin die

Rückendeckung Londons, indem er drohte, tausende britische Siedler des Landes zu verweisen. 2004 wiederum kündigte der libysche Machthaber Muammar al-Ghaddafi an, „Europa schwarz und muslimisch“ zu machen, wenn die Europäische Union seine Forderungen nicht erfüllte. Auf blanke Erpressung lief darüber hinaus auch das Agieren des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan während der europäischen Flüchtlingskrise von 2015/16 hinaus.

#### Nachgeben birgt große Risiken

Als die EU zögerte, der Türkei für das Zurückhalten von Syrern an der EU-Außengrenze Vorteile aller Art zu gewähren, sagte Erdoğan zynisch: „Wie wollen Sie also mit den Flüchtlingen verfahren, wenn wir keine Einigung erzielen? Die Flüchtlinge töten?“

Damit sprach er einen zentralen Punkt an: Was sind angemessene Reaktionen auf den Einsatz der Migrationswaffe? Laut

Greenhill bleiben hier nicht allzu viele durchführbare Vorgehensweisen. Die Erste wäre Nachgeben, so wie es die EU gegenüber Erdoğan und Kohl gegenüber Honecker taten. Das birgt das Risiko, die Täter oder auch Trittbrettfahrer zu weiteren Aktionen zu ermutigen. So fordert der „Sultan vom Bosphorus“ angesichts der verheerenden Wirtschaftslage der Türkei jetzt schon wieder Finanzspritzen der EU – und eine Milliarde Euro wurde ihm sogar bereits zugesagt.

Auch haben die Staaten, gegen die sich die Migrationswaffe richtet, die Möglichkeit, ihre Grenzen zu schließen, humanitäre Vereinbarungen rund um die Aufnahme von Flüchtlingen aufzukündigen oder neutrale Durchgangsländer dafür zu bezahlen, die Welle aufzuhalten. Die letztgenannte Variante wird heutzutage am häufigsten gewählt, obwohl sie als moralisch zweifelhaft kritisiert wird.

Ansonsten könnten militärische Maßnahmen gegen die Erpresserstaaten er-

griffen werden. Dabei besteht aber das Risiko einer Verschlimmerung der Lage, wie das Beispiel Libyen zeigt: Nach dem Sturz von Ghaddafi schollen die Flüchtlingsströme erst richtig an.

Eine weitere Option wäre die Anpassung. Heißt: Die Zielstaaten nehmen die als Waffe gedachten Migranten auf und machen das Beste aus der Situation, um dem Täter zu signalisieren, dass seine Attacken ins Leere laufen. Die Merkelsche Politik des „Nun sind sie eben da“ und „Die Flüchtlinge sind wertvoller als Gold“ sollte offenbar in diese Richtung zielen. Allerdings funktioniert so etwas nur, wenn die Neuankömmlinge integrierbar sind und keine zu großen Belastungen verursachen, was sich hierzulande als Illusion erwiesen hat.

Angesichts all dessen stehen die liberalen Demokratien des Westens heute zu meist mit leeren Händen da, wenn es um die wirksame Abwehr von Angriffen mit der Migrationswaffe geht.

#### SPIONAGE

## Essensbestellungen werden zum Informationsleck

Findige US-Amerikaner fanden heraus: Wenn aus dem Pentagon besonders viele Pizzen geordert werden, steht etwas Großes bevor

Den Ausbruch eines Krieges präzise vorherzusagen, gilt als das Nonplusultra der Geheimdienstkunst. Dabei ist eine solche Prognose möglicherweise sehr viel einfacher als gedacht – zumindest, wenn die Vereinigten Staaten in irgendeiner Weise involviert sind. Darauf deuten einige Ereignisse am Vorabend des diesjährigen Israelisch-Iranischen Krieges mit US-Beteiligung hin.

Am 12. Juni 2025 ging die Zahl der Bestellungen in den vier Pizzerien We – The Pizza, Domino's, District Pizza Palace und Extreme Pizza rund um das US-Verteidigungsministerium in Washington zwischen 18 und 19 Uhr plötzlich steil nach

oben. Teilweise wurden an dem Tag vier Mal so viele Pizzen außer Haus geliefert wie sonst an einem Donnerstagabend zu dieser Uhrzeit. Das berichtete der X-Kanal „Pentagon Pizza Index“, der seit August 2024 die Situation in den Pizzerien rund um das militärische Herzstück der USA überwacht und dabei auf öffentlich zugängliche Daten wie die Angaben über die aktuelle Auslastung von Restaurants auf Google zurückgreift.

Damit perfektioniert er eine Form der Spionage, welche seit dem Kalten Krieg „Pizzint“ genannt wird, was für „Pizza Intelligence“ beziehungsweise „Pizza-Spionage“ steht. Allerdings kamen die feind-

lichen Agenten früher noch an keine solch detaillierten Informationen in Echtzeit, wie sie das Internet heute jedem Hobby-Spion in die Wohnstube liefert. Ungeachtet dessen sagte der frühere Besitzer von Domino's, Frank Meeks, schon 1991 zu Journalisten der „Los Angeles Times“: „Die Medien wissen nicht immer, wenn etwas Großes passieren wird, weil die Reporter nachts im Bett liegen und schlafen, während die Pizza-Lieferanten schon um zwei Uhr morgens draußen unterwegs sind.“

Nach den Enthüllungen des Kanals „Pentagon Pizza Index“ fragte das Nachrichtenmagazin „Newsweek“ im US-Ver-

teidigungsministerium nach, ob die massenhaften Pizzabestellungen im Vorfeld von militärischen Großereignissen ein Sicherheitsrisiko darstellen könnten. Daraufhin meinte ein Pentagonsprecher, die Behauptungen über die Pizzafut stimmten „nicht mit den realen Ereignissen überein“. Schließlich verzehre man im Pentagon gerne auch Sushi, Sandwiches und Donuts.

Keinen Kommentar gab es hingegen zu den Meldungen über einen zweiten Indikator für geopolitische Krisen, auf den die Macher des „Pentagon Pizza Index“ parallel gestoßen sein wollen: Während die Pizzabestellungen am Abend

des 12. Juni drastisch in die Höhe schossen, verlor der unweit des Pentagons gelegene Schwulen-Treff Freddie's Beach Bar Google zufolge schlagartig mehr als 90 Prozent seiner Gäste.

Im Gegensatz zu den Mitarbeitern des Verteidigungsministeriums sind die Agenten in der Zentrale des US-Auslandsgeheimdienstes CIA in Langley (Virginia) vorsichtig geworden, nachdem zu Beginn der Operation Desert Storm 1991 Pizzarekordbestellungen von CIA-Mitarbeitern publik geworden waren. In Langley ernährt man sich seitdem wohl irgendwie anders – oder lässt die Pizzen nun einfach konspirativ im eigenen Haus backen. W.K.

GRIESLIENEN

# Vom Zauber der Landwirtschaft

AgroWARMA: Agrarbetriebe des südlichen Ostpreußen präsentierten sich im modernen Gewand

VON DAWID KAZANSKI

Auf dem Flugfeld von Grieslienen, unweit von Allenstein, fand Anfang September die 31. AgroWARMA statt – die größte Landwirtschaftsveranstaltung im südlichen Ostpreußen. Bei freiem Eintritt und kostenlosen Parkplätzen strömten Besucher aus der gesamten Region, aber auch aus dem Ausland, auf das weitläufige Gelände, das sich über ein Wochenende in ein buntes Zentrum für Landtechnik, Tierzucht und regionale Kultur verwandelte.

Die AgroWARMA ist weit mehr als eine klassische Fachmesse. Sie ist Schaufenster für die neuesten Entwicklungen der Agrarbranche, Treffpunkt für Fachleute und zugleich ein Volksfest für die ganze Familie.

In diesem Jahr standen Vorführungen modernster Landtechnik im Mittelpunkt. Hersteller und Händler präsentierten Traktoren, Maschinen und digitale Landwirtschaftslösungen, während Experten über die Zukunft der Landwirtschaft, über Düngemittel, Pflanzenschutz und Stalltechnik informierten. Ein starkes Gewicht wurde zugleich auf erneuerbare Energien gelegt. Direkt vor Ort konnten sich Interessierte über Energieeffizienz, Förderprogramme und Investitionsmöglichkeiten im Bereich Solar- oder Biogasanlagen beraten lassen.

### Landtechnik im Mittelpunkt

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die große Tierschau. Neben prächtigen Zuchtrindern und Pferden lockten auch Alpakas, Kaninchen, Rassetauben und Geflügel zahlreiche Gäste an. Für die jüngeren Besucher gab es spannende Programmpunkte wie den Wettbewerb



Auf dem Flugfeld von Grieslienen: Aussteller präsentierten ihre neuesten Landmaschinen

Foto: D.K.

„Junger Züchter“, Ponyreiten oder handwerkliche Arbeitsgruppen – etwa zur traditionellen Wurstherstellung. Begleitet wurde das Ganze von einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm mit Folkloregruppen und modernen Musikdarbietungen.

Doch nicht nur Technik und Tiere standen im Fokus. Auf dem regionalen Markt konnten die Gäste Spezialitäten aus dem südlichen Ostpreußen probieren und Pflanzen oder handgefertigte Produkte erwerben. Institutionen wie die Allensteiner Arbeitsinspektion, die Pflanzenschutz- und Saatgutinspektion oder das Energieberatungsprojekt waren ebenfalls vertreten und boten beste Informationen rund um Sicherheit, nachhaltige Produktion sowie Fördermöglichkeiten.

### Rinder, Pferde, Alpakas & Co.

Industrieraussteller wie EcoFarmTech präsentierten ihr breites Portfolio an Landtechnik, ergänzt durch zahlreiche regionale Händler und Dienstleister. Mit über 200 Ausstellern und zehntausenden Besuchern in den vergangenen Jahren gehört die AgroWARMA zu den festen Akteuren der polnischen Agrarlandschaft.

Auch 2025 knüpfte die Veranstaltung an diesen Erfolg an und zeigte eindrucksvoll, wie Landwirtschaft, Innovation und Tradition miteinander verschmelzen können.

Für Gäste aus der Bundesrepublik, die einen Ausflug ins südliche Ostpreußen planen, lohnt sich der Besuch gleich doppelt, denn man erlebt nicht nur die Vielfalt einer modernen Agrarmesse, sondern zugleich die Gastfreundschaft und Kultur einer Region, die in spätsommerlicher Atmosphäre ihren ganz eigenen Zauber entfaltet.

ALLENSTEIN

# Ein Wochenende im Computerspiel-Fieber

„Gaming Kings 2.0“ – Zwei Einkaufszentren der Stadt verwandelten sich in wahre Spielparadiese

Zum Ende der Sommeraktivitäten fand in Allenstein der zweite Computerspiel-Wettbewerb „Gaming Kings 2.0“ statt. Austragungsorte waren die Einkaufszentren Aura und die Ermländische Galerie. Die Veranstaltung war Teil einer landesweiten Serie, die in 16 Einkaufszentren in 14 polnischen Städten ausgetragen wurde und an der über 3000 Spieler teilnahmen.

In Allenstein standen spannende Duelle in „Counter-Strike 2“ und „EA Sports FC 25“ im Mittelpunkt. Gespielt wurde im klassischen Eins-gegen-Eins-Format, während für das taktische Schießspiel „Counter-Strike“ zusätzlich ein Modus für Duos eingeführt wurde. Die Sieger der regionalen Etappe sicherten sich die Teilnahme am nationalen Endwettbewerb in Kattowitz, wo Preisgelder von insgesamt über 19.000 Euro und weitere wertvolle Gewinne auf sie warten. Die ausschlaggebende finale Runde wird im November veranstaltet.

Neben den Wettkämpfen wurde ein vielfältiges Programm für Besucher geboten. Zahlreiche Spielzonen luden zum Mitmachen ein. In der sogenannten Retro-Zone konnten Klassiker aus den 80er- und 90er-Jahren gespielt werden, moder-

ne Spiele standen in der Konsolen-Zone bereit, während in der VR-Zone virtuelle Welten erlebt werden konnten. Eine Fan-Zone bot die Möglichkeit, die Spiele live auf großen Bildschirmen mitzuerfolgen, und in einer Ruhezone konnten sich die Gäste erholen.

Für viele war ein Höhepunkt des Wochenendes die Influencer-Herausforderung, bei der Fans die Chance hatten, ge-

den bekannten E-Sportler und ehemaligen Profi Paweł „SAJU“ Pawełczak in einem Eins-gegen-Eins-Spiel anzutreten.

### Chancen und Risiken diskutiert

Am zweiten Tag der Veranstaltung fand im Einkaufszentrum Ermländische Galerie eine Diskussion mit dem Titel „Spiele und psychische Gesundheit“ statt, die sich mit den Chancen und Risiken des Spielens für das eigene Wohlbefinden beschäftigte. An der Debatte nahmen unter anderem Urszula „Xirreth“ Klimczak, Beraterin der renommierten E-Sport-Organisation „Natus Vincere“, sowie Łukasz Kaczmarek, Psychologe und Leiter des Labors für Psychopathologie im Bereich Gaming & Streaming an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen, teil. Die Diskussion wurde live übertragen.

Das E-Sport-Ereignis in Allenstein zeigte, wie sehr digitale Unterhaltung Menschen jeden Alters anziehen können. Es verband spannende Wettkämpfe mit interaktiven Attraktionen, Begegnungen mit bekannten Persönlichkeiten der Szene und einer fachlich fundierten Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Bedeutung von Computerspielen. D.K.



Interessant für alle Altersgruppen: Teilnehmer des Wettbewerbs in Allenstein

MELDUNGEN

## Drehbrücke in Betrieb

Lötzen – Die historische Drehbrücke in Lötzen führt über den Lötzener Kanal und verbindet die Feste Boyen mit der Innenstadt. Das im Jahr 1889 errichtete Bauwerk ermöglicht eine abwechselnde Nutzung der Straße durch Fahrzeuge und des Kanals durch Schiffe, was sie gerade in der Sommersaison zu einem Schlüsselpunkt in der Stadt macht. Mit dem Bau der Umgehungsstraße wurde die ursprüngliche Hauptstraße in die Stadt entlastet. Bei Arbeiten am Kanal 2023 wurden die Brückenköpfe beschädigt, was eine Reparatur in diesem Jahr nötig machte. Im Sommer nahm die Drehbrücke ihren Betrieb wieder auf, sehr zur Erleichterung von Einwohnern und Touristen, da derzeit die Umgehungsstraße umgebaut und erweitert wird. U.H.

## Alternative zum Flugzeug

Alenstein/Warschau – Wer aus dem südlichen Ostpreußen an die Adria fahren will, kann nun auf das Auto verzichten – zumindest ab Warschau. Seit dem 27. Juni macht sich von dort der Adriatic Express auf seinen Weg in den Süden. Nach knapp 20 Stunden und 1240 Kilometern kommt der direkte Zug nach seiner Fahrt über Nacht und Zwischenhalten in Wien und Laibach an der kroatischen Adriaküste in Rijeka an. Will man sich fahren lassen, statt selbst mit dem Auto seinen Weg durch die Republiken Polen, Tschechien, Österreich und Slowenien zu suchen, muss man derzeit für einen Sitzplatz ab etwa 50 Euro und für einen Platz im Liegewagen etwa das Doppelte berappen. Preissteigerungen sind nach dem Start der Verbindung aber zu erwarten. Für einen sanften und abenteuerlichen Start in den Urlaub ist diese Verbindung eine Alternative zum Flugzeug. U.H.

## Mittelalter in Insterburg

Insterburg – Mittelalterliche Markthallen, Mittelalterspiele, ein Schlossmahl sowie die Enthüllung einer Feuerskulptur fanden anlässlich des Stadtfests in der Ordensburg Insterburg statt. Auf einer Freilichtbühne wurden kostenlos Kurzfilme gezeigt. In der Stadt wurde das Fest mit Gedenkveranstaltungen, Konzerten, Ausstellungen und Sportwettkämpfen feierlich begangen. MRK



Seltene Attraktion: Feuerskulptur

## Wir gratulieren...



## ZUM 103. GEBURTSTAG

**Glas, Gertrud, geb. Aschendorf,** aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September

## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Burow, Erna, geb. Wanagat,** aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. September  
**Schmerl, Ella, geb. Glowatz,** aus Lyck, am 30. September

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Bräutigam, Wilhelm,** aus Immenhausen, Kreis Mohrungen, am 30. September

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Annutsch, Walter,** aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Diebowski, Kurt,** aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September  
**Hein, Johanna, geb. Salamon,** aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September  
**Opitz, Elsbeth, geb. Neumann,** aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 29. September  
**Radau, Heinz,** aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Jung, Gerda, geb. Wenzel,** aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**Paeger, Ruth, geb. Fröhner,** aus Seegertswalde, Kreis Mohrungen, am 27. September

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Bliese, Wally, geb. Gudduscheit,** aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober  
**Dragun, Kurt,** aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 26. September  
**Dyk, Herbert,** aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September  
**Kolberg, Erwin,** aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. September  
**Morgalla, Liesbeth, geb. Wembdzio,** aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September  
**Nowotzin, Horst,** aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober  
**Sellhorn, Otto,** aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Gnewuch, Willi,** Kreisgemeinschaft Lötzen, am 30. September  
**Krause, Karl-Heinz,** aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Scholla, Reinhard,** aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Borris, Willi,** aus Eichensee, Kreis Lyck, am 29. September  
**Damme, Käthe, geb. Jenzewski,** aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 26. September  
**Engelbrecht, Ursula, geb. Schukat,** aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 1. Oktober  
**Jünger, Marianne, geb. Haar,** aus Klein Gablick, Kreis Lötzen, am 28. September  
**Krumpholz, Magdalena, geb. Bansi,** aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober  
**Naddig, Hans,** aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. September  
**Steinhagen, Johanna, geb. Wentek,** aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 29. September

**Tullney, Irmtraud, geb. Borchert,** aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Wiemer, Ursula, geb. Manz,** aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 26. September

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Burzeya, Dorothea, geb. Kossmann,** aus Ortelsburg, am 29. September  
**Horn, Heinrich,** aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September  
**Kroll, Anneliese,** aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 29. September  
**Nerstheimer, Georg,** aus Sieden, Kreis Lyck, am 28. September  
**Saremba, Josef,** aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. September  
**Schulz, Ruth, geb. Papajewski,** aus Hadrichhausen, Kreis Neidenburg, am 30. September  
**Skonetzki, Ewald,** aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 26. September  
**Stanko, Werner,** aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober  
**Sylvester, Hilla, geb. Jundel,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober  
**Weller, Käthe, geb. Lindner,** aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrungen, am 27. September

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bukowski, Ursula, geb. Gisewski,** aus Abrahamsheide, Kreis Mohrungen, am 28. September  
**Friedländer, Dr. Hans-Heinrich,** aus Woytnicken, Kreis Fischhausen, am 2. Oktober  
**Glombowski, Irmgard, geb. Reck,** aus Zondern, Kreis Lötzen, am 1. Oktober  
**Kosowski, Hermine,** aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 27. September  
**Sembitzki, Günter,** aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. September

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Tubenthal, Hansgeorg,** aus Treuburg, am 30. September  
**Wessolk, Waltraut, geb. Sentek,** aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 1. Oktober

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Brassat, Herta, geb. Salewski,** aus Bauditten, Kreis Mohrungen, am 28. September  
**Buhrke, Helmut,** aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Henn, Hannelore, geb. Eggert,** aus Bobern, Kreis Lyck, am 1. Oktober  
**Knorr, Werner,** aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 28. September  
**Krenz, Erna, geb. Michalski,** aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 30. September  
**Rohlf, Dorothea, geb. Symanowski,** aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 30. September  
**Rosinski, Waltraut, geb. Kniest,** aus Wittingen, Kreis Lyck, am 29. September  
**Schaible, Edeltraud, geb. Schmidt,** aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 29. September  
**Schönwald, Hans,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**Stadie, Siegfried,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. September  
**Thierbach, Waltraud, geb. Schulz,** aus Kleinwarschen, Kreis Elchniederung, am 30. September  
**Wächter, Dora, geb. Meiritz,** aus Kuppen, Kreis Mohrungen, am 30. September

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Drubba, Hildegard, geb. Marzian,** aus Steinberg, Kreis Lyck, am 26. September

## Forum Baltikum – Dittchenbühne

Freitag, 26. September, ab 19 Uhr, Elmshorner Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50: **Frauen-Kleidermarkt.**

Beim Frauen-Kleidermarkt an der Dittchenbühne („von Frauen für Frauen“) gibt es Mode-Schnäppchen und mehr – exklusiv für Frauen: modische Kleider und tolle Schuhe, vielseitige Accessoires, Ta-

schen mit Pfiff und atemberaubende Tücher sowie das eine oder andere noch dazu. Vor und nach dem Stöbern in den Angeboten – alle Stände sind vorgeben! – gibt es Sekt oder andere Drinks und Erfrischungen.

Nähere Informationen unter Telefon (04121) 89710 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Modeschnäppchen: Freitag, 26. September

Bild: pixabay

**Holz, Hildegard, geb. Komrowski,** aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. September  
**Jelonnek, Reinhold,** aus Dorischen, Kreis Lyck, am 1. Oktober  
**Kallweit, Traute, geb. Syperrek,** aus Neufelde, Kreis Treuburg, am 30. September  
**Krenzel, Frieda, geb. Konrad,** aus Liebnick, Kreis Preußisch Eylau, am 26. September  
**Panzer, Ulrich,** aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Selz, Adolf,** aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober  
**Siebke, Anneliese, geb. Czittrich,** aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. September  
**Weigt, Renate, geb. Broska,** aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 27. September  
**Zeeck, Erika, geb. Knorr,** aus Wehlau, am 28. September

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Barsties, Günter,** aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. September  
**Becker, Jutta, geb. Bohlius,** aus Rhein, Kreis Lötzen, am 29. September  
**Borowski, Winfried,** aus Rhein, Kreis Lötzen, am 29. September  
**Butler, Siegfried,** aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. September  
**Grontzki, Ulrike, geb. Plett,** aus Neidenburg, am 26. September  
**Kruska, Dietmar,** aus Lötzen, am 26. September

**Laudien, Reinhard,** aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 26. September  
**Liebenberger, Brigitte,** aus Danzig, am 30. September  
**Nischik, Karin, geb. Broszio,** aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober  
**Pejs, Christine, geb. Kulikowski,** aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober  
**Rinio, Adelheid,** aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 28. September  
**Thiel, Peter,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. September

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Engelkensmeier, Regina, geb. Rühl,** Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 27. September  
**Mau, Frank,** Vorfahren aus Ebenrode, Kreis Ortelsburg, am 27. September  
**Olschewski, Edeltraud, geb. Iwanowski,** aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober  
**Schulewski, Erich,** aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 2. Oktober  
**Warschat, Alfred,** Eltern aus Schwalbental, und Norkitten, Kreis Insterburg, am 1. Oktober

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Walther, Helmut,** aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 27. September

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

**4. bis 5. Oktober:** 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis, gT) in Allenstein  
**6. bis 12. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**7. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal  
**8. bis 9. November:** Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Internet: [www.ostpreussen.de/lo](http://www.ostpreussen.de/lo)

## Zusendungen für die Ausgabe 41/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 41/2025 (Erstverkaufstag 10. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 30. September,** an die Redaktion der PAZ: E-Mail: [rinsler@paz.de](mailto:rinsler@paz.de), Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: [grodeck@paz.de](mailto:grodeck@paz.de)

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

ANZEIGE

## Ob einfach, doppelt oder Windsor – Ostpreußisch

Seidenkrawatte mit Elchschaufel, Jaquard-gewebt 29,- Euro, inklusive Porto und Verpackung.

Bestellung:  
**Landsmannschaft Ostpreußen e.V.**  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: [grodeck@ostpreussen.de](mailto:grodeck@ostpreussen.de)

**Nur 29,- Euro**

inklusive Porto und Verpackung

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Sudetenland

**Hof** – Sonnabend, 11. Oktober, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Thema „Sudetenland“.

### Tag der Heimat

**Hof** – Der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisgruppe Hof, lud die Bevölkerung von Stadt und Landkreis Hof zum „Tag der Heimat 2025“ ein. Das Leitwort des Jahres lautete „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“.

Die Feierstunde am Mahnmahl in der Blücherstraße wurde vom Posaunenchor der Lutherkirche und der Volkstanzgruppe im BdV Hof ausgestaltet. Die Grußredner, Oberbürgermeisterin Eva Döhla und stellvertretender Landrat Frank Stumpf, betonten, dass das

Motto gut in die heutige Zeit passe und besonders in der Gegenwart, die von Unruhen und Kriegen geprägt sei, helfen könne, Vergangenheit und Zukunft zu verknüpfen. Vorsitzender Christian Joachim erinnerte an die Vertreibung von rund 15 Millionen Deutschen aus ihren Heimatgebieten.

Der Verlust der Heimat bedeutete nicht nur einen physischen und materiellen Verlust, sondern hatte auch eine emotionale Komponente, nämlich den Verlust von Identität, Erinnerung und sozialem Gefüge. Neben dem Erinnern sei dem BdV auch das Bewahren der Geschichte und des kulturellen Erbes wichtig. Diese seien nicht nur ein Schatz, den es zu bewahren gilt, sondern spielten auch eine wesentliche Rolle im Dialog mit den östlichen Nachbarn. Im Blick auf die Zukunft sehe der BdV seine Aufgabe darin, sich im Geiste der Charta der Heimatvertriebenen für ein geeintes und friedliches Europa einzusetzen. Deshalb mahne das Gedenkjahr 2025 dazu, gemeinsam Verantwortung zu tragen – für das Erinnern der Vergangenheit, das Bewahren von Kultur und Geschichte und das Gestalten einer friedlichen Zukunft.



Die Mitglieder der Volkstanzgruppe unter Leitung von Jutta Starosta boten als Grüße aus der Heimat Volkstänze aus Ostpreußen, dem Sudetenland und Böhmen dar. Stellvertretender Vorsitzender Jochen Ulshöfer gedachte nach dem Niederlegen des Kranzes der Toten. Gemeinsam wurde zum Abschluss die Nationalhymne gesungen. J. S.

### Wolfskinder

**Nürnberg** – Dienstag, 30. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1 Langwasser: Gunnar Adolphi hält einen Vortrag mit Filmausschnitten beim Treffen der Ost- und Westpreußen mit Pommern über die gefährliche Reise der sogenannten Wolfskinder aus Königsberg nach Litauen und deren weiteren Schicksale. G. A.



**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

### Treffen der Elbinger

**Bremerhaven-Lehe** – Sonnabend, 4. Oktober, 10 bis etwa 17 Uhr, Haus am Blink, Adolf-Butenandt-Straße 7: Heimatkreistreffen Elbing-Stadt und Elbing-Land.

Sr. Ingeborg Rebischke aus Oldenburg, Heimatkreisvertreterin der Elbinger, hat mit einigen Helferinnen und Helfern die Organisationsarbeit übernommen. Sie erbittet Ihre Anmeldung unter Telefon (01523) 3868955, damit dem Lokal die Anzahl der am Büfett benötigten Mahlzeiten mitgeteilt werden kann.



**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

### Oberschlesien

**Kassel** – Donnerstag, 2. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel zum Thema „Die Oberschlesier und ihre Heimat“. Es berichtet Maria Hora.



**Vorsitzender:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968

### Erntedank

**Oldenburg** – Mittwoch, 8. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38: Erntedank-Nachmittag mit dem Schwerpunkt „Die Ernte im Hausgarten“. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. Die Treffen finden regelmäßig jeden zweiten Mittwoch im

Monat statt. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort, Telefon (0441) 5009-0.

## PAZ wirkt!



**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

### Herbsttagung

**Gütersloh** – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14: Herbsttagung. Aus organisatorischen Gründen bitte bis spätestens zum 10. Oktober bei Margitta Romagno, Luisenstraße 17, 42655 Solingen, E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de oder E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de anmelden. Die Tagungspauschale beträgt 20,- Euro pro Person. In der Tagungspauschale sind der Eintritt sowie das Mittagessen und Kaffee und Kuchen enthalten.

Nach einer Begrüßung und Einführung, werden Grußworte gehalten und der bebilderte Vortrag „Vor 500 Jahren – Albrecht von Brandenburg – Ansbach vom Hochmeister zum Herzog von Preußen“ von Wolfgang Freyberg, Direktor a.D. Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, Weissenburg i.B. Nach einer Mittagspause spielen die Geigenleut unter der Leitung von Winfried Küttner Musik aus Pommern. Bevor die Tagung mit dem Punkt „Verschiedenes“ und dem Ostpreußenlied zu Ende geht, wird Dr. Christopher Spatz über „Das Mädchen aus der Königsberger Hungerhölle“ refe-

rieren und im Anschluss mit der Zeiteugin Ursula Dorn ein Gespräch führen.

Änderungen im Programmablauf bleiben vorbehalten.

Anfahrtsbeschreibung mit dem Pkw aus Richtung Dortmund kommend: A2 bis Ausfahrt 24 Gütersloh, rechts Richtung Gütersloh etwa 700 Meter, Beschilderung Spexarder Bauernhaus folgen. Mit dem Pkw aus Richtung Minden / Bielefeld kommend: A2 bis Ausfahrt 24 Gütersloh, rechts Richtung Gütersloh etwa 700 Meter, Beschilderung Spexarder Bauernhaus folgen.

Anfahrtsbeschreibung mit dem ÖPNV aus Richtung Ruhrgebiet / Dortmund kommend: RRR RE 6 aus Köln nach Minden bis Gütersloh Hbf. Ab Busbahnhof Gütersloh, gegenüber dem Hauptbahnhof, Buslinie 205 bis Lukasstraße, Fußweg fünf Minuten.

Mit dem ÖPNV aus Richtung Minden / Bielefeld kommend: RRR RE 6 bis Gütersloh Hauptbahnhof, Busbahnhof, Buslinie 205 bis Lukasstraße, Fußweg fünf Minuten.

Mit dem ÖPNV aus Richtung Detmold kommend: RE 82 nach Bielefeld wie oben beschrieben oder RB 89 nach Gütersloh.

Klaus-Arno Lemke



**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

### Erntedank

**Limbach-Oberfrohna** – Sonnabend, 27. September, 14 bis 16 Uhr, Heinrich-Mauersberger-Raum, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest, Brauchtumsveranstaltung.

Fortsetzung auf Seite 16



Zum Tag der Heimat in Hof: (v. l.) Obmann der Sudetendeutsche Landsmannschaft Adalbert Schiller, stellvertretender Landrat Frank Stumpf, Oberbürgermeisterin Eva Döhla, 1. Vorsitzender des BdV Hof Christian Joachim, 2. Vorsitzender des BdV Hof Jochen Ulshöfer, 2. Vorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof Jutta Starosta, Bürgermeisterin Angela Bier, Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft Naila Adolf Markus  
Bild: Robert Skubacz

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



# Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Gst.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage Rotenburg (Wümme) -

Zu den 71. Angerburger Tagen am 12. und 13. September hatten die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) eingeladen. Der Begrüßungsabend am Freitag musste kurzfristig in die Kantine des Kreishauses verlegt werden. Bei kaltem Buffet und traditionellen ostpreußischen Getränken entwickelte sich ein sehr kurzweiliger, lustiger Abend, der bis in den neuen Tag andauerte. Die geänderte Lokalität hatte hierbei in Bezug auf Akustik und großzügiger Fläche sogar Vorteile.

Pünktlich begrüßte Kreisvertreter Wolfgang Schiemann am Sonnabend die Anwesenden zur Kranzniederlegung am Patenschaftsstein. In seiner Ansprache erinnerte der Kreisvertreter an 80 Jahre Kriegsende und insbesondere an die auf der Flucht verstorbenen Landsleute. Im Anschluss fand die diesjährige Mitgliederversammlung statt. Unter den Anwesenden waren auch wieder aktive und ehemalige Kreistagsmitglieder aus Rotenburg (Wümme). Landrat Marco Priezt ging in seinem Gruß-

wort auf den Krieg in der Ukraine ein. Bei einem persönlichen Gespräch mit Vertretern aus dem Baltikum wurde ihm die Angst vor einer Eskalation des Krieges sehr deutlich, weshalb die Herstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands unverzichtbar sei. Die Zuständigkeit des Landkreises betreffe hierbei vor allem den Schutz und die Versorgung der Zivilbevölkerung.

Schiemann blickte im Vorstandsbericht auf das vergangene, abwechslungsreiche Jahr mit vielen Terminen und Veranstaltungen zurück. Den Höhepunkt bildete das Jubiläum der 70. Angerburger Tage vor genau einem Jahr. Insbesondere der Besuch der Delegation aus Angerburg und die gemeinsamen Ausflüge nach Bremerhaven und Hannover sowie die vielen, guten Gespräche sind allen positiv

in Erinnerung geblieben. Eine Delegation aus Rotenburg (Wümme) war im Gegenzug der Einladung aus der Republik Polen gefolgt und nahm über Pfingsten an den „Angerburger Tagen“ in Angerburg teil.

Der stellvertretende Vorsitzende ergänzte den Vorstandsbericht um Informationen zum Angerburger Heimatbrief. Er rief alle Anwesenden auf, sich aktiv an der Gestaltung zu beteiligen. Meike Dreyer informierte über die Arbeit in der Geschäftsstelle und die vielen Anfragen, die sie erreichen. Die Recherche zur 460-jährigen Geschichte von Jakunen bildete zuletzt einen Schwerpunkt der Arbeit. Schatzmeisterin Brigitte Juncker stellte den Jahresabschluss 2024 und den Haushaltsvorschlag 2026 vor und musste von sinkendem Spendenaufkommen berichten. Mit Akkordeonbegleitung wurde zum Abschluss der Sitzung das „Ostpreußenlied“ gesungen.

Nach gemeinsamen Mittagessen stellte Dr. Stefan Tymiec, der mit seiner Frau Anemone angeheiratet war, sein Buch „Nach Westen“ vor. Tymiec wurde 1950 in Steinort geboren und hat genetisch durch seine Eltern vier Nationalitäten vorzuweisen: Deutsch, Litauisch, Polnisch, Ukrainisch. Über Słubice in Westpolen kam die Familie 1968 nach Eisenhüttenstadt. Während des Medizinstudiums lernte er seine spätere Frau, auch Medizinstudentin, kennen – sie heirateten 1974. Der Wunsch, nach Westen zu entkommen, wurde immer stärker, und so wagten sie im Oktober 1976 die Flucht. In einem LKW versteckt wurden sie



Stellte sein Buch „Nach Westen“ vor: Dr. Stefan Tymiec (rechts) mit Kreisvertreter Wolfgang Schiemann Bild: Heinz-Wolfgang Malessa

in der CSSR entdeckt und verhaftet, es standen ihnen mehrere Jahre Gefängnis bevor. Anemone war schwanger und brachte im Juni 1977 den gemeinsamen Sohn Hendrik zur Welt. Zur Entbindung war sie vorübergehend freigelassen worden. Im März 1978 wurden alle von der Bundesrepublik vorzeitig freigekauft. Nachfolgend konnten sie sich ihren Traum erfüllen und eine gemeinsame Arztpraxis in Wuppertal eröffnen, die heute noch existiert und von den Kindern weitergeführt wird. Das Publikum wie auch Dr. Stefan und Anemone Tymiec waren sichtlich bewegt von der authentischen und sehr persönlichen Darstellung der Lebensgeschichte des Paares.

Nach diesem emotionalen Vortrag wurden die Gespräche bei Kaffee, Torte und Kuchen in der Kantine fortgesetzt. Am späten Nachmittag löste sich die gesellige Runde langsam auf, nach einer insgesamt wieder gelungenen Veranstaltung, die den Teilnehmern viel Freude bereitet hat. Björn Bröcher

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Kreistagsitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 4. Oktober, 9.30 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Kreistagsitzung. Alle Vorstands- und Kreistagsmit-

glieder, die stellvertretenden Kirchspielvertreter sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagsitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt.

Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

75 Jahre Bibliothek

Memel – Mittwoch, 1. Oktober, 12 Uhr, Simonaitytes Bibliothek: Geburtstagsfeier zum 75. Bestehen der Bibliothek. Im Anschluss wird um 13 Uhr die Ausstellung „Abschied und Heimkehr – AdM-Archiv“ eröffnet.

Walter Mamat

Memel – Freitag, 3. Oktober, 18 Uhr, Automuseum, nahe dem Skulpturenpark: Ausstellung über den Kunstmaler Walter Mamat – ein verlorener Sohn der Stadt – Die Ausstellung vom Deutschen Kulturverein Memel wird von Herrn Rüttinger vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg eröffnet.

Tag der Deutschen Einheit

Memel – Sonnabend, 4. Oktober, 18 Uhr, Konzertsaal, früher: Schüt-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 in some cells.

Diagonalrätsel

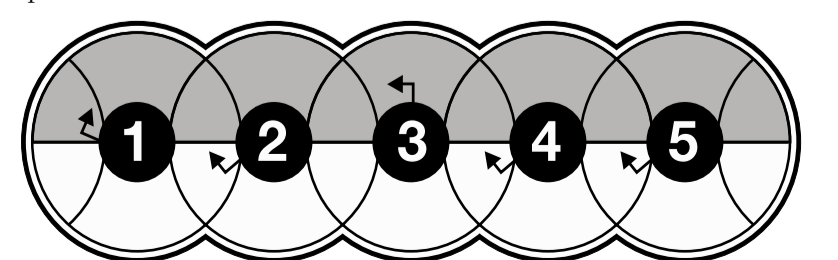
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen.

- 1 Gesichtspunkt
2 Nervenzentrum
3 Uferstreifen
4 weibliche Beweisperson
5 Gartengerät, Harke
6 Pferdesportler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für einen Gernegroß.

- 1 Einrichtungsgegenstände, 2 Trinkgefäß, 3 Fluss durch London, 4 Wassersportart, 5 Wissen erwerben



## Heimatkreisgemeinschaften



Am 12. August fand der Vertretertag der AdM in Fürstenua statt: (Von vorne links) Wolfgang Lessau (Vertreter der Einzelmitglieder), Linus Skwirblies (stellvertretender Kreisvertreter Memel Stadt+Land), Margit Jurgsties (Kassenleiterin), Karin Gogolka (stellvertretende Bundesvorsitzende), hintere Reihe von links: Heiko Kreßin (Vorsitzender des Deutschen Kulturvereins Memel), Uwe Jurgsties (Bundesvorsitzender der AdM), Volker Kittel (Vertreter der Einzelmitglieder und Verwalter der AdM Homepage), Gerlinda Stunguriene (2. stellvertretende Bundesvorsitzende), Gerhard Schickschnus (Kreisvertreter Heydekrug und Pogegen). Es fehlen: Hans-Jürgen Müller (stellvertretender Kreisvertreter Heydekrug+Pogegen), Manfred Kruckis (Kassenprüfer), Ingrid Schröder (1. Vorsitzende Memellandgruppe Köln)

Bild: U. J.

zenhaus: Feier zum Tag der Deutschen Einheit, zu der der Deutsche Kulturverein Memel einlädt. Die Festrede hält Prof. Dr. Ruth Leisewitz, die zurzeit an der Universität in Memel lehrt. Das Blasorchester der litauischen Marine und der Chor vom Verein Heide aus Heydekrug umrahmen die Feier.

### Deutschkurs

**Memel** – Jeden Mittwoch, 15.45 bis 17.15 Uhr: Deutschkurs. Durch den Deutschen Kulturverein Memel wird in diesem Jahr wieder ein „Deutsch-Kurs“ dank der Unterstützung der Stiftung „Deutsche Sprache“ stattfinden, der kostenlos ist. Interessierte melden sich

bitte bei Heiko Kreßin unter Telefon (0037) 067552084.

### Abendmahlskelch

**Prökuls** – Sonntag, 5. Oktober, 11 Uhr, evangelisch-lutherische Kirchengemeinde: Während des Gottesdienstes in deutscher Sprache und der Anwesenheit des Landesbischofs Dr. Mindaugas Sabutis wird aus dem AdM Archiv der Abendmahlskelch aus dem Jahr 1853/1854 übergeben.

**Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842**



**Schloßberg (Pillkallen)**

**Kreisvertreter:** Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

**Geschäftsstelle:** Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

### Klopseessen

**Winsen (Luhe)** – Sonntag, 5. Oktober, 12.30 bis 14.30 Uhr, Schloßberger Heimatsube, Rote-Kreuz-Straße 6: Klopseessen. Unter dem Motto „Unsere Geschichte auf dem Teller“ veranstaltet das Museum im Marstall mit der Schloßberger und Ebenroder Heimatsube einen kleinen Ausflug in die ostpreußische Kulinarik. Die Teilnahmegebühr beträgt 24,80 Euro pro Person. Interessenten können sich im Museum unter Telefon (04171) 3419 oder per E-Mail: info@museum-im-marstall.de anmelden. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.



**Wehlau**

**Kreisvertreterin:** Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de

**Stellvertreter:** Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de

**Internet:** www.kreis-wehlau.de

### Hauptkreistreffen

**Bassum** – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, bis Sonntag, 5. Oktober, bis 16 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm: Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung, 11 Uhr: Feierstunde zu 70 Jahre Patenschaft des Landkreises Diepholz für den ostpreußischen Landkreis Wehlau, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Fortsetzung der Mitgliederversammlung, 17 Uhr:

Abendessen, Teilnahme nach vorheriger Anmeldung, 19 Uhr: gemütliches Zusammensein mit Erzählungen, Musik, Gesang und Zeit zur Unterhaltung.

Sonntag, 5. Oktober, 10 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein im Park der Freudenburg, 11 Uhr: Gedenken am Wehlauer Stein im Park des Kreishauses Syke, 12 Uhr: Führung im Wehlauer Heimatmuseum und der Sonderausstellung über Nachkriegssiedlungen „Raum ist in der kleinsten Hütte“, anschließend ist Zeit zur Unterhaltung, 16 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

### Mitgliederversammlung

**Bassum** – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, Freudenburg, Amtsfrei-

heit 1, Vorwerk: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. im Rahmen der Feier zum 70-jährigen Bestehen der Kreispatenschaft mit folgender Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch die 1. Vorsitzende; Gedenken an Verstorbene; Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; Festrede „70 Jahre Kreispatenschaft“; Grußworte des Landrats, des Bürgermeisters; Feststellung der Beschlussfähigkeit – bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet –; Annahme der Tagesordnung; Wahl: Verhandlungsleitung, Protokollführung, Jahresberichte des Vorstandes, a. 1. Vorsitzende, b. 2. Vorsitzender –

Familienforschung, c. Schatzmeister – Kassenbericht, d. Mitgliederbetreuung, e. Heimatkreisdatei, d. Internetauftritt, Bildarchiv, f. Heimatbrief, Archiv, Heimatmuseum, g. Aktuelles aus der Heimat; Bericht der Kassenprüfer über Haushalt 2024; Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes; Wahlen: Wahl eines Beisitzers / Beisitzerin; Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2026; Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2026; Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder; Anfragen und Anregungen der Mitglieder; Schlusswort der Vorsitzenden; Ostpreußenlied.

Margot Löwe, Dirk Reinsberg und Rainer Sendacki

## Ostpreußisches Landesmuseum

### Ausstellung

Bis 4. Januar 2026: **Thomas Mann in Nidden. Fotografien von Fritz Krauskopf.**

Kurz nach seinem Nobelpreisgewinn im Jahr 1929 ließ sich der vor 150 Jahren geborene Thomas Mann in Nidden sein Ferienhaus errichten. Auf der malerischen Kurischen Nehrung verbrachte er in den Sommern von 1930 bis 1932 gemeinsam mit seiner Familie unbeschwerter Ferien. Die ruhige, abgeschiedene Landschaft diente ihm nicht nur als Rückzugsort, sondern auch als Inspirationsquelle.

Der bekannte ostpreußische Fotograf Fritz Krauskopf dokumentierte diesen Aufenthalt in eindrucksvollen Fotografien. Seine Aufnahmen zeigen nicht nur die Familie Mann in persönlichen Momenten, sondern auch die Atmosphäre des damals litauischen Niddens in jener Zeit. Bis heute zählen diese Bilder zum kulturellen Gedächtnis Ostpreußens. Die Kabinettausstellung zeigt einige dieser besonderen Fotografien und lässt die Atmosphäre jener Sommer kurz vor Beginn der NS-Diktatur und dem Exil der Familie Mann wieder lebendig werden.

### Veranstaltungen

Sonntag, 5. Oktober, 11 Uhr, Programm kino SCALA, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, Eintritt: 12,- Euro: **„Mit Kunst zu Kant“ – ein Film von Anke Kültür.** Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“, Einführung: Maria Luft, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa, Moderation: Dr. Tim Kunze, Ostpreußisches Landesmuseum.

Dienstag, 21. Oktober, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Kaffee, Tee und Gebäck: **Kant gegen Herder. Richtungstreit der Moderne.** Vortrag von Dr. Tim Kunze im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 5. Oktober, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Ostpreußen unter den Hohenzollern – von Herzog Albrecht bis zu Friedrich dem Großen. Führung durch die Dauerausstellung** des Ostpreußischen Landesmuseums mit Katja Eichhorn. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 22. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Lo-vis Corinth als Ostpreuße.** Vortrag von Dr. Jörn Barfod anlässlich des 100. Todestages des Malers. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 7. Oktober, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Eintritt,

Kaffee, Tee und Gebäck: **Nidden, wie die Fotolinse es sah. Vortrag von Dr. Jörn Barfod** in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 9. Oktober, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Col-lagen in der Kunst. Kinderclub mit Jenke Eichhorn.** Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Mittwoch, 15. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **500 Jahre Preußische Huldigung – der Deutsche Orden im Spiegel deutscher und polnischer Geschichte. Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Sarnowsky,** Vorsitzender der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung e.V., und Gespräch zwischen Dr. Janusz Trupinda, Direktor des Schlossmuseums in Marienburg und Dr. Joachim Männert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 6. November, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Kaffee, Tee und Gebäck: **Vor 80 Jahren in Ostpreußen – die Flucht über das zugefrorene Frische Haff.** Vortrag von Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 23. Oktober, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Workshop Scherenschnitte. Kinderclub mit Katja Eichhorn.** Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Sonntag, 2. November, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Über die Ostsee – die Flucht aus Ostpreußen nach Dänemark 1945. Führung in der Dauerausstellung** des Ostpreußischen Landesmuseums mit Dr. Eike Eckert Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.



Donnerstag, 23. Oktober, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Workshop Scherenschnitte. Kinderclub mit Katja Eichhorn.** Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Sonntag, 26. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Gebühr inklusive Material: Erwachsene 20,- Euro und Kinder 10,- Euro: **Familien-nachmittag: Filzworkshop für Anfänger und Fortgeschrittene.** Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 2. November, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Über die Ostsee – die Flucht aus Ostpreußen nach Dänemark 1945. Führung in der Dauerausstellung** des Ostpreußischen Landesmuseums mit Dr. Eike Eckert Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 6. November, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Kaffee, Tee und Gebäck: **Vor 80 Jahren in Ostpreußen – die Flucht über das zugefrorene Frische Haff.** Vortrag von Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich. Es handelt sich bei dieser Veranstaltung um eine Wiederholung des ausgebuchten Vortrags vom 4. November.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei, Internet: [www.ostpreussisches-landmuseum.de](http://www.ostpreussisches-landmuseum.de)

## „Ostpreußens Hungerkinder“

**Hamburg** – Montag, 29. September, 15 Uhr, Saal der Köster-Stiftung, Meisenstraße 25: **Vortrag von Dr. Christopher Spatz „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“.** Eine Anmeldung ist unter Telefon (040) 6970620 erforderlich.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam es im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung, zu einer humanitären Katastrophe. Mehr als 100.000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Überlebenden waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Zuhause waren sie ganz auf sich allein gestellt. Manche kamen in sowjetische Heime, andere flohen nach Litauen, um sich zu retten. Von der Tragödie dieser Kinder nahm die Welt jahrzehntelang

nahezu keine Notiz. Erst in den 1990er-Jahren wurde die Öffentlichkeit auf ihre Schicksale aufmerksam. Damit begann ein neuerlicher Kampf um die ideale und politische Anerkennung ihres unerhörten Leids.

Der Historiker Christopher Spatz hat die Wege der damaligen Bettelkinder rekonstruiert und die Betroffenen in seinem Buch selbst zu Wort kommen lassen. In mehr als 50 Interviews erzählen die zwischen 1930 und 1940 Geborenen, wie sie das Unmögliche schafften und diese Zeit durchstanden. Ihre Erinnerungen sind ein erschütterndes Dokument.



Im Saal der Köster-Stiftung berichtet Christopher Spatz von seiner Arbeit. Er erzählt von seinen Interviews, wie es den letzten Zeitzeugen heute geht und von der öffentlichen Resonanz auf dieses Thema.

## AUFSTÄNDE

# Durch Diskriminierung und Gewalt forciert

Der Deutsche Orden zwang unter dem Zeichen des christlichen Kreuzes die Prußenstämme brutal und blutig in die Knie

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Ureinwohner Ostpreußens waren ein sehr wehrhaftes Volk und schlugen zunächst alle polnischen und übrigen Eroberungsversuche zurück. Dann aber gelang dem Deutschen Orden ab 1231 die schrittweise Besetzung des Landes der Prußen. Das resultierte zu guter Letzt aus der Tatsache, dass die vielen verschiedenen prußischen Stämme keinen gemeinsamen Herrscher und damit keinen gemeinsamen Anführer hatten. Allerdings stand die Macht der Ordensritter anschließend ein halbes Jahrhundert lang auf sehr wackeligen Füßen. Das zeigen allein die beiden großen Prußen-Aufstände von 1242 bis 1249 und 1256 bis 1283.

Die erste Erhebung erfolgte in Reaktion auf das brutale Agieren der Ordensleute. Diese zwangen die Ureinwohner zur Taufe und zerstörten deren religiöse Kultstätten. Dazu kam die Einsetzung unbeliebter prußischer Kollaborateure als Verwalter, die Verpflichtung zu Frondiensten und die Nichteinhaltung von Versprechen seitens des Deutschen Ordens. Letzterer machte zudem den Fehler, die Söhne verbündeter prußischer Adliger, die zur Erziehung in westliche Gebiete geschickt worden waren, auf diskriminierende Weise zu behandeln.

Die aufständischen Prußenstämme der Pomesanier, Warmier und Natanger genossen die Unterstützung von Swantopolk II., dem Herzog von Pomerellen, der von einem Verbündeten des Ordens zu dessen Gegner geworden war. Bis 1245 konnten die Prußen alle von den Ordensrittern besetzten Gebiete zurückerobern, sodass den Invasoren schließlich nur noch die Burgen Balga, Elbing, Kulm und Thorn im Westen blieben. Dennoch endete der erste Prußenaufstand am 7. Februar 1249 mit dem Friedensvertrag von Christburg, in dem die Prußen nach langen und für beide Seiten verlustreichen Kämpfen



Die Ritter des Deutschen Ordens im heftigen Schwertkampf gegen Krieger aus Litauen, prussischer Stämme, sowie der Pomesanier, der Natanger und der Pomerellen

Bild: picture alliance/akg-images/akg-images

die weltliche Herrschaft des Deutschen Ordens und das Christentum akzeptierten, wofür ihnen im Gegenzug eine Reihe von Rechten und Freiheiten zugestanden wurde.

## Eine Rebellion der Wut

Allerdings hielt der Orden seine Zusagen nicht ein und unternahm bereits 1250 einen neuen Versuch, die Natanger zu unterjochen. Dazu kam 1253 der Kreuzzug gegen die Barter und Galinder, dem 1254 die Eroberung des Samlandes folgte. Daraufhin bliesen die Natanger 1256 zum zweiten Prußenaufstand. Gleichzeitig versuchten die anderen Stämme aber zunächst, auf dem Verhandlungswege Ver-

besserungen zu erreichen. Dann jedoch ließ der Ordensvogt Walrod Mirabilis im Jahr 1261 etliche Unterhändler der Prußen bei lebendigem Leibe verbrennen. Angesichts dessen brach in sechs Regionen des Prußenlandes eine flächendeckende Rebellion los, die den Deutschen Orden erneut schwer in Bedrängnis brachte.

Dass die Prußen diesmal noch erfolgreicher als während ihrer ersten Erhebung agierten, war eine Folge davon, dass sie nun von Männern angeführt wurden, welche eine militärische Ausbildung im Westen erhalten hatten, das Kriegshandwerk verstanden und beherrschten und damit die Kampfweise der Ritter genauestens kannten. Dazu zählten Auctuno „der

Hochstehende“ aus Pogesanien, Synko „der Stieglitz“ aus Pomesanien, Glappo „der Behende“ aus Warmien, Dyvane Clekine „der flinke Bär“ aus Barten, Richard Glande „der Tröster“ aus dem Samland, Skomants „der Reiche“ aus Sudauen und Hercus Monte alias Erkus Mants „der Beschützer“ aus Natangen, wobei der Letztere an der Spitze der gesamten Aufstandsbewegung stand.

## Taufe als letzter Ausweg

Unter dem Kommando dieser Adligen führten die Prußen einerseits einen regelrechten Guerillakrieg gegen den Deutschen Orden, belagerten andererseits aber auch dessen mächtige Burgen. Deren

Erstürmung gelang dann dennoch aufgrund des Einsatzes moderner Belagerungsmaschinen. Angesichts der verzweifelten Lage des Ordens, dem nur noch wenige Stützpunkte wie Tapiau und Schönburg geblieben waren, riefen die beiden Päpste Clemens IV. und Gregor X. zu Kreuzzügen gegen die Prußen auf, wobei der von 1272 tatsächlich zum Erfolg führte. Im Verlaufe mehrerer verlorener Schlachten oder der blutigen Menschenjagden danach starben Mants, Glappo, Glande und Synko.

Bis 1283 eliminierte der Deutsche Orden zudem noch die verbliebenen Widerstandsnester auf dem Gebiet der Nadrauer, Schalauer und Sudauer. Letztere kapitulierten dabei erst, als Skomants sich schließlich taufen ließ. Anschließend aber floh der harte Kern der unbeugsam gebliebenen Aufständischen unter dem Sudauerkrieger Skurdo nach Litauen, wo seine Spur im Dunkel der Geschichte endete.

## Unter der Knute des Ordens

Damit war das Prußenland offiziell „befriedet“, was mehrere tausend Ordensritter und möglicherweise bis zu 50 Prozent der Prußen das Leben gekostet hatte. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte fühlten sich die Ordensmänner nach dem Sieg keineswegs sicher, weshalb sie in der Folgezeit etliche weitere Burgen errichteten. Und ihre Vorsicht war durchaus berechtigt. Immerhin sorgten diskriminierende Gesetze weiter für Erbitterung unter den Prußen. So verbot der Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen 1307 den Gebrauch der prußischen Sprache. Dazu kamen die ständigen Heimsuchungen im Zuge der „Preußenfahrten“ des europäischen Adels, bei denen es oft zu brutalen Übergriffen gegen die Ureinwohner der Region kam. Diese hatten das Potential neue Aufstände zu entfachen, doch der Widerstandswille der Prußen war nach dem Wegfall ihrer Anführer gebrochen.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Aus der Chronik eines Speckgürtelortes

Mit der Energiewende wurde Tschechnitz alter Strom abgedreht, neuer ist im Anmarsch

Während man in Deutschland an nur einem Tag, dem des „Offenen Denkmals“, an das Kulturerbe erinnert, tut man das polenweit gleich an zwei Wochenenden. Europaweit gibt es ein zentrales Motto der Veranstaltung, das in diesem Jahr hieß: „Architektonisches Erbe: Fenster zur Vergangenheit, Türen zur Zukunft“. In den Regionen östlich von Oder und Neisse wird an den Europäischen Erbetagen auch an das deutsche Erbe erinnert. So nutzte Tschechnitz [Siechnice] – eine Stadt im Speckgürtel von Breslau – die Chance, auf die Besonderheit ihrer Vorkriegsarchitektur sowie Errungenschaften der Moderne aufmerksam zu machen.

Für Tschechnitz, damals noch ein Dorf, schlug 1910 die Stunde des Aufstiegs. Durch das Elektrizitätswerk Schlesien AG wurde in Tschechnitz ein modernes Kraftwerk errichtet, das als Schaltstelle weite Teile der Region mit Energie versorgte. Für die Städte und Dörfer im mittelschlesischen Umland bedeutete dies den Sprung ins elektrische Zeitalter – von der Straßenbeleuchtung über die Eisenbahn bis in die Haushalte. Auch die Chemieindustrie entdeckte diesen Standort. 1916 gründete die Münchner Wacker-Gruppe hier die „Elektrochemischen

Werke Breslau“. Produziert wurden Karbid und andere Grundstoffe, die für Metallverarbeitung, Bauwesen und später für die Rüstungsindustrie von Bedeutung waren. Damit war Tschechnitz ein fester Teil der deutschen Großchemie. In den späten 30er Jahren wurde im nun zu Kraftborn umbenannten Ort zudem die staatliche Versuchs- und Forschungsanstalt für Tierzucht angesiedelt. Sie stand im Dienste einer modernen Landwirtschaft, die Schlesien als Kornkammer des Reiches sichern sollte.

Eng verknüpft mit dem Kraftwerk war die kleine Tschechnitzer Arbeitersiedlung. Wie in vielen Industriestandorten der Kaiserzeit wurden hier einfache, aber funktionale und dennoch stilvolle Wohnhäuser für das Personal errichtet. Es handelte sich um zweigeschossige Backsteinbauten mit Satteldächern, oft in Reihenform, die bis heute teilweise gut erhalten sind. Zu den Häusern gehören kleine Gärten, die den Arbeiterfamilien zur Selbstversorgung und als Erholungsrefugien dienten. Diese Architektur folgte dem Leitbild der „Werkkolonie“ – einer Siedlungsform, die man in Schlesien unter anderem auch in den Zink- und Kohlenrevieren kennt.



Leben ein Leben am Elektrizitätswerk in ihrer ganz eigentümlichen Kolonie mit ganz besonderem Flair: Ania und Piotr Cieślak

Bild: Wagner

Doch während die Bergarbeitersiedlungen meist groß angelegt waren, blieb die Kolonie in Tschechnitz überschaubar. Sie war auf die Belegschaft des Kraftwerks zugeschnitten, eine Art Dorfgemeinschaft im Schatten der Schornsteine.

Nach Kriegsende wurden Polen angesiedelt, die zunächst vorwiegend aus Ostpolen kamen. So auch die Eltern von Piotr

Cieślak, der bereits in Tschechnitz geboren wurde. Er gehört zu denjenigen, die das Nachkriegsheizkraftwerk Czechnica derzeit kurz vor seinem Vorruhestand abwickeln. Denn seit einigen Monaten arbeitet es nicht mehr. „Warum? Nun, wir müssen jetzt auf die Umwelt achten“, lächelt der Elektroenergetikmeister bitter. Er deutet auf das neue Wärmekraftwerk

in Tschechnitz, das die Funktion von Czechnica übernommen hat. Auch wenn das alte Wärmekraftwerk bereits neben Kohle auch mit Biogas gearbeitet hatte, „so gab es eben Kohleheizkessel, also Verbrennung, und damit Schwefeldioxid. In der neuen Anlage produzieren wir saubere Energie. So ist leider unsere Situation“, sagt Cieślak. Er freut sich nun auf seinen Vorruhestand und die Zeit, die er mit den Enkelkindern verbringen kann. Wie man in der niederschlesischen Mundart einst sagte, „tummen“ diese im Garten herum, wie einst Tochter Ania. Die Buchhalterin lebt mit ihrer Familie in Breslau, aber sofort sie nur kann, kommt sie mit den Kindern nach Hause. „Immer wenn ich das Eingangstor zur Kolonie betrete, ist es wie ein Weg nach Narnia (AdR.: eine literarische Parallelwelt, in der Kinder Abenteuer durchleben). Hier sind wir als Kinder herumgerannt“, lacht sie. Doch außerhalb der Kolonie ist Tschechnitz, das 1997 Stadtrechte erhielt, ein sich rasant entwickelnder Ort mit zahlreichen modernen Wohnblocks, einem neu angelegten Rathausplatz mit moderner Kirche und Rathaus. Die Cieślaks aber atmen immer wieder auf, wenn sie ihr Tor zu ihrem Narnia passieren. *Chris W. Wagner*

## LITERATUR

## Ein fast vergessener Putbus-Roman

Gerhart Hauptmanns „Im Wirbel der Berufung“ – Aus dem Theaterleben in der kleinen Residenzstadt

VON TORSTEN SEEGERT

Es gibt nicht viele Putbus-Romane. Das 1924 begonnene und erst 1935 durch den Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann (1862–1946) vollendete Werk „Im Wirbel der Berufung“ schöpft in seinen Beschreibungen sichtlich aus dem eigenen Erleben des Autors. Mit sicherer Präzision beschreibt er die zunächst örtlichen Gegebenheiten, bettet die Handlung anfangs in eine heitere Atmosphäre der Sommerfrische in Putbus (hier „Granitz“ genannt) auf Rügen ein, um dann William Shakespeares „Hamlet“ nicht nur Raum gewinnen, sondern auch die Handelnden selbst ihr Hamlet-Schicksal erleben zu lassen.

Recht unspektakulär beginnt der Roman mit einer Tafelrunde im Putbusser „Felsenkeller“, die zu einem ausgedehnten Frühschoppen an einem sommerlichen Sonntag wird. In der Mitte der geselligen Runde: Erasmus Gotter. Er war über den Sommer im Gärtnerhaus bei der Witwe des Garteninspektors Herbst untergekommen. Seine Unterkunft lag abseits des Ortes und seinem „hellen, mit einem Obelisken geschmückten Zirkusplatz“. Der Ort selbst ist nämlich auf dem Gipfel einer flachen Geländewelle angelegt, die sich zum Greifswalder Bodden senkt.

Am Nachmittag des gleichen Tages traf er sich mit dem Schauspieler Jetro. Schon zu Beginn dieses Treffens sollte der Blick der Männer auf ein Hamlet-Bändchen fallen, welches Gotter in Venedig entdeckt haben will. Bald entsteht auch die Idee: „Hamlet“, ein Drama was sich aus Gotters Sicht eigentlich nur zwischen drei Personen – König Claudius, Königin Gertrud und Hamlet – abspielt, in dem kleinen Sommertheater des Ortes auf die Bühne zu bringen. Der Inhalt? Klassisch: Hamlet will nach dem Tod des Vaters sein Erbe antreten, muss aber feststellen, dass der Thron besetzt ist.

So nehmen die Dinge sowohl bei der Aufführung des Stückes im Inseltheater als auch bei den in der kleinen Fürsten-



Der Felsenkeller auf Rügen einst: Hier verbrachte der Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann viele schöne Stunden

residenz Rügens aufeinander Getroffenen ihren Lauf. Es ist dabei keineswegs zufällig, dass Gotters Berufs- und Berufungskrise mit einer Ehekrise verknüpft ist, denn diese Erfahrung, sich erst seiner eigentlichen Berufung bewusst zu werden, war auch dem Autor Hauptmann in der Zeit der Entstehung seines Putbus-Romans bestens vertraut. Der Roman versucht, diese Erfahrung zu verarbeiten und lässt ihn zu einem autobiographischen Werk werden.

Hauptmanns Hamlet, Erasmus Gotter, ist übrigens 23 Jahre alt, seit drei Jahren verheiratet und Vater von zwei Kindern und Doktor der Philosophie. Eigentlich suchte er in der kleinen Residenz Erholung nach einer gerade überstandenen Typhuserkrankung. In Kontakt mit dem für die Sommerspielzeit vom Fürsten engagierten Ensemble des Theaters kann er allerdings nicht der Versuchung widerstehen, den Hamlet zum Fürsten-

geburtstag auf die Bühne zu bringen. Dadurch allerdings tun sich neue Konflikte für Gotter auf.

Den Reizen des leichtlebigen Theatervolkes erliegt Gotter in Gestalt der reizenden Irina Bell und der bezaubernden Prinzessin Ditta. Beide buhlen um die Gunst Gotters für die Rolle der Ophelia, Hamlets Geliebter. Der bürgerlich denkende Gotter, der mehrfach Gelegenheit hat sich von seiner Ehe auszuruhen, ergreift jedoch letztlich die Flucht und kehrt in den Schoß seiner Familie zurück, da ihm seine Frau großzügig vergeben hat. Er bekennt am Ende: „Wenn ich den Granitzer Wochen gänzlich entfremdet bin, so hat mich das Hamlet-Problem noch immer nicht losgelassen ...“

Bleibt zu hoffen, dass dieser für Putbus bedeutende Roman auch im Ort selbst wieder seine Entdeckung findet, um den Ausgangspunkt der Handlung – den „Felsenkeller“, in dem auch Haupt-



Der Felsenkeller heute: Kann es gelingen, das Gebäude zu retten?

mann viele schöne Stunden verbrachte, zu retten und ihm die entsprechende Würdigung zu Teil werden zu lassen. Aus diesem Grunde sollen sich an dieser Stelle auch Vergangenheit und Gegenwart bildlich gegenüberstehen, denn – um aus Shakespeares „Hamlet“ zu zitieren – „die Zeit ist aus den Fugen“.

## MELDUNGEN

## Tischkicker, Kleinbahn und Friedenslauf

**Stettin** – Eine Straßenbahn der Linie 8 entgleiste am letzten Wochenende unweit des Berliner Tores. Sie konnte durch eine Zugmaschine wieder in die richtige Spur gebracht werden. Zwischenzeitlich wurden die Linien 7, 8 und 10 der Straßenbahn sowie die Busse zum Bahnhof umgeleitet. TS

**Greifswald** – Der vom pommerischen Fußballweltmeister Toni Kroos am 18. Juli bei seinem Besuch signierte Tischkicker, wird seinen Platz im Hotel Seebücke des Seebades Lubmin finden. Hotelchefin Heidrun Moritz ersteigerte den Kicker. 5149 Euro gehen an den Greifswalder Sportbund. TS

**Greifenberg** – Noch bis zum 30. September verkehrt die saisonale Schmalspurbahn zwischen Greifenberg über Hoff, Rewahl, Horst und Fischerkatzen mehrmals täglich. Derzeit erfolgt der Transport durch eine Diesellok. Die 1950 in Chrzanów gebaute Dampflokomotive PX48-3916 wird überholt. TS

**Demmin** – Die Trebelbrücke, die die Orte Wotenick und Drönnowitz verbindet, muss umgehend saniert werden – so das Ergebnis der Brückenprüfung durch ein Greifswalder Büro. Die Sperrverfügung des Landkreises ist bereits erfolgt. Kostenschätzung der Sanierung: 500.000 Euro. TS

**Neustettin** – Die Staatsanwaltschaft Neustettin hat gegen sechs Personen Anklage wegen des Betriebs einer illegalen Zigarettenfabrik erhoben. Am Tatort wurden 350.000 Zigaretten – abgepackt in Pizza-Kartons – sowie 1,5 Tonnen Tabak ohne Verbrauchssteuer sichergestellt. TS

**Gartz (Oder)** – Am 4. Oktober wird ab 9 Uhr zur Teilnahme am Friedenslauf 2025 eingeladen. Der von Stadt und Amt Gartz (Oder) und Greifenhagen sowie Aktiven dies und jenseits der Oder organisierte Lauf erfolgt auf einer Strecke von 10,8 Kilometern. TS

## HINTERPOMMERN

## Rühriger Adelspross

Valentin von Massow – ein bedeutender und loyaler Politiker an der Seite Friedrich des Großen

Der preußische Staatsminister Valentin von Massow war unter König Friedrich den Großen ein unverzichtbarer Diener des Volkes. Für ihn bedeutend war 1763 seine Erhebung zum Staatsminister des Generaldirektoriums, das ihn zu den einflussreichsten Politikern der friderizianischen Zeit machte. Der aus einer pommerischen Adelsfamilie stammende Massow starb vor 250 Jahren.

Massow wurde am 7. Dezember 1712 in Rohr geboren. Der Ort liegt nahe der Wipper nordöstlich von Rummelsburg und gehörte ab 1562 als Hauptsitz zum umfangreichen Güterbesitz der Adelsfamilie von Massow. Zum Gut Rohr gehörten schon damals auch eine Ziegelei, eine Wassermühle, Wälder und Fischereirechte. Bemerkenswert ist, dass es hier im 19. Jahrhundert ein größeres Bernsteinvorkommen gab.

Der junge Massow erhielt eine standesgemäße Schul- und Universitätsbildung und trat anschließend in den preußischen Staatsdienst ein. Der rührige Adelspross offenbarte seine Begabung in Ver-

waltungsfragen, zeigte sich überaus engagiert. Er fungierte als Kriegs- und Domä-

nenrat sowie als Landrat, heiratete aus der Verwandtschaft Juliane Scholastica

von Massow und wurde 1744 unter Friedrich II. Kammerpräsident in Küstrin.

Zwei Jahre später kam die Versetzung als Kammerpräsident nach Minden, wo er sich besonders um den Salinausbau in Melbergen bei Bad Oeynhausen kümmerte. Doch den von ihm gern übernommenen Siedebetrieb bekamen dann zu seiner Enttäuschung andere Konkurrenten vom König übertragen.

Massow blieb trotzdem loyal und gehörte in allen Ämtern zu den besonders aktiven Unterstützern der königlichen Agrarreform, die mit übernommenen Neuerungen aus den Niederlanden sowie England außer für die Bauern auch für Gutsbesitzer Vorteile bot.

Der Politiker, der noch einige andere Güter wie Groß Karzenburg, Waldow und Friedrichshuld besaß, betrieb die Melioration (Bodenbewirtschaftung) voran. Er gründete in seiner Heimat Rummelsburg Kolonien und ließ mit staatlichen Agrarsubventionen auch eine Parchentfabrik erbauen. Der König sah das Engagement Massows mit Freude und machte ihn nach

der Tätigkeit als Chef des „General-Kriegs-Kommissariats“ im Siebenjährigen Krieg am 9. Mai 1763 zum Staatsminister im Generaldirektorium.

Massow, der nach dem Verlust seiner ersten Frau in zweiter Ehe mit der Freiin Johanna Friederike von Krause verbunden war, zählte fortan an der Seite Friedrich II. zu den maßgeblichen Staatslenkern. Er erfreute sich in zwei Ehen an sechs Kindern, sorgte früh für einen Erbvertrag, der die Besitzrechte nach seinem Tod regeln sollte, und starb nach schwerer Erkrankung am 20. September 1775 in seinem Dienstszitz in Berlin, Jahrzehnte vor seiner zweiten Frau. Sein erstgeborener Sohn Valentin Georg Anton aus erster Ehe, der inzwischen als Kriegs- und Domänenrat wirkte, kam in den Besitz von Rohr, das als großes Gut bis 1945 im Familienbesitz derer von Massow verblieb.

Das Gut überstand Krieg und Vertreibung. Nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich im Schloss Rohr [Trzcinn] eine Zeit lang eine psychiatrische Anstalt.

Martin Stolzenau



Farblithographie aus der Sammlung Duncker von 1862: Das Schloss Rohr

# „Die Demokratie lebt mit der öffentlichen Meinung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Sehr bewegende Geschichte, die uns alle nachdenklich machen sollte. Wie schnell kehren schlimme Zeiten zurück“

**Christian Benthe, Dresden**  
zum Beitrag über das Lepraheim in Memel: Fürsorge unter strengem Ausschluss (Nr. 36)



Ausgabe Nr. 38

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**GEGENWIND BEIM GENDERN**  
ZU: VON DER SPRACHVERHUNZUNG ZUR SPRACHPOLITIK (NR. 37)

Dass das Gendern noch nicht zum allgemein anerkannten Sprachgebrauch zu zählen ist, machte Kulturstatsminister Wolfram Weimer unlängst deutlich, indem er die Verwendung der entsprechenden Zeichen im Kanzleramt untersagte. Damit stellt er klar, dass das Gendern aus seiner Sicht zwar uneingeschränkt privat verwendet werden kann, im öffentlichen Bereich aber keinerlei offiziellen Status genießt. Damit steht seine Maßnahme in einer Reihe mit ähnlichen Verordnungen von Bundesbildungsministerin Karin Prien und jenen in den Bundesländern Bayern und Sachsen.

Staatsminister Weimer trägt damit dem Umstand Rechnung, dass sich das Gendern, seit es vor ein paar Jahren von interessierten Multiplikatoren eingeführt wurde, bei der Mehrheit der Bevölkerung sich nicht im Sprachgebrauch widerspiegelt. Dies führte auch zu entsprechenden Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung. Es ging auch um die Verbindlichkeit der deutschen Sprache und die Erfahrungen, die man mit der Rechtschreibreform machte.

Hier gab es dann im deutschen Sprachraum so gut wie zwei offizielle Schreibarten, da nicht alle betroffenen Länder miteinbezogen waren. Eine breite Palette offizieller und inoffizieller Sprachvarianten, deren Verfechter jeweils Absolutheitsanspruch anmelden, führt aber zumindest zum sprachlichen Auseinanderdriften der Gesellschaft. Diese Gedanken mögen auch eine Rolle bei der Entscheidung des Kulturstatsministers gespielt haben.

Auch dem Duden wurde bereits vorgeworfen, zu viele Modewörter, darunter auch einige umfunktionierte englische Begriffe, in seinen Sprachkanon aufgenommen zu haben. Dadurch wurde das Volumen stark aufgebläht und die Richtlinienkompetenz infrage gestellt. Hierzu gibt es nun offensichtlich eine Art Gegenbewegung. *Roland Grassl, Bühl*

**KÖLNER DAUERMISERE**  
ZU: HEFIGE QUITTUNG FÜR JAHRELANGE IGNORANZ (NR. 37)

Asyl, Einbürgerung, Soziales und Verteidigung sind Bundespolitik, Schulen und Polizei sind Ländersache. Die Kommunen und Räte haben keinerlei Einfluss darauf, sie sind nur ausführende Organe. Der mündige Wähler sollte sich bei einer Kommunalwahl davon folglich nicht beeinflussen lassen, und im Kommunalwahlkampf hat es schlechthin nichts zu suchen.

Hier geht es um etwas ganz anderes. Nehmen wir Köln. Bei einem Jahresetat von sieben Milliarden Euro und bei in 2024 um 500 Millionen Euro gestiegenen Einnahmen endete das Jahr mit 300 Millionen Euro Verlust – 300 Euro auf jeden einzelnen Bewohner, Kleinkinder und Obdachlose mitgerechnet. Bei korrekter Haushaltsführung wäre es wie im Mietrecht eine Nachzahlung, so aber sind es Schulden auf die Köpfe unserer Enkel.

Wie kommt es dazu? Lesen Sie einfach einmal eine Übersicht zur Kölner Oper. Und das ist nur ein Fall von sehr vielen. Jedes Jahr kommt mindestens eine solche Baukatastrophe neu dazu, Stadtbibliothek, Mülheimer Brücke, Römisch-Germanisches Museum ...

Für das Amt des Oberbürgermeisters kandidierte für die CDU ausgerechnet der langjährige Baudezernent Markus Greitemann und warb mit seiner Erfahrung. Die ist zweifellos vorhanden.

Warum wurde er nicht aus den Sälen gelacht? Eben deshalb, weil der Wähler mit irrelevanten und sachfremden Themen abgelenkt wird. So wird wahrscheinlich die alte, für die Misere verantwortliche Chaostruppe im Amt bestätigt. *Axel Berger, Köln*

**HARTES RINGEN UM REFORMEN**  
ZU: DER PRIMAT DER BESITZSTANDSWAHRUNG (NR. 37)

Die Gefahren wachsender Leitung von Machtinteresse und Parteauffassung von

fixer Theorie und Ideologie bedrohen die verfassungskonforme Gesetzgebung und damit die Demokratie. Wer schon im Wahlkampf unerfüllbare Versprechen ankündigt, wird von einer überspannten Idee, einem verrückt erscheinenden Einfall und Gedanke geleitet, von dem man sich nicht mehr abbringen lässt.

Und dann haut man sich die Köpfe schier ein, weil es am wichtigsten erscheint, die eigene Position zu verteidigen und die anderen politischen Lager als unfähig hinzustellen. Handeln im Sinne des Wohles der Bürger ist Fehlzanzeige und erst nach den peinlichen, persönlichen Vorwurfsattacken hinten angestellt. Das ist das Problem des aktuellen Zeitgeistes in der Politik.

Beim Thema Einsparungen und 100 Prozent Sanktionen beim Bürgergeld beziehungsweise einer neuen Grundsicherung sehe ich eine besondere zur Konformität zum Grundgesetz abweichende Debatte und Weichenstellung für ein in die verfassungswidrige Richtung laufende Gesetzesausarbeitung insbesondere bei einer anstehenden Überschreibung des Paragraphen 32, SGB2. Experten befürchten bereits die mögliche Entstehung eines „Verfassungsbruchanordnungsgesetzes“.

Deshalb ist es von immenser Bedeutung, dass der Bundespräsident ein besonders waches Auge auf die Gesetzgebung hat und gemäß seiner Autorität nach Grundgesetzartikel 82 eine Gegenzeichnung und Ausfertigung eines der Verfassung zuwiderlaufenden Gesetzes verweigert und nicht im Bundesgesetzblatt verkündet. Die aktuelle Gesetzeslage reicht aus, die kleine Minderheit von „Sozialschmarotzern“ – gegenüber der großen Mehrheit der ehrlichen Hilfebedürftigen – effektiver im Rahmen der verfassungsrechtlich zulässigen Möglichkeiten zu sanktionieren.

Ein Beispiel: Verschickt das Jobcenter eine Aufforderung, sich auf ein Arbeitsangebot zu bewerben, obliegt es ihm, rechtsicher Nachweisbarkeiten vorzubereiten. Anstatt im Aufforderungsschreiben vom Leistungsberechtigten eine „umgehende Bewerbung“ einzufordern, für ihre Be-

werbungsbemühungen eine Frist vorzugeben und sie gar zu verpflichten, die Bewerbung mittels Einschreiben zu versenden. Damit ließe sich der Zeitpunkt der Bewerbung konkret bei einer Mitwirkungspflicht nachweisen, wenn es darum geht, rechtssicher Verweigerern Konsequenzen aufzuzeigen. Denn „umgehend“ ist ein zu weit gefasster Begriff. Allerdings darf zur Vermeidung rechtlicher Nachteile für den Leistungsberechtigten nicht der Hinweis fehlen, dass er das Recht hat, einen wichtigen Grund zu nennen, der einer Folgeleistung entgegensteht.

Helmut Schmidt hatte einst weise vorausschauend die heutigen Probleme angesprochen, als er sagte: „Je mehr sich die Politiker leiten lassen vom Machtinteresse ihrer Partei, je weniger sie im Einzelfall alle erkennbaren Faktoren, alle Entscheidungsfolgen abwägen, umso größer wird die Gefahr von Irrtümern, von Fehlern und Fehlschlägen. Deswegen brauchen wir nicht allein den Verfassungsgehorsam der Gesetzgebenden oder der Regierenden. Wir brauchen nicht alleine die Kontrolle durch ein Verfassungsgericht, sondern wir brauchen drittens und vor allem die Kontrolle der Politik durch die wählenden Bürger und durch ihre öffentliche Meinung.“

Wer im Glashauss sitzt, sollte nicht primär und nicht ausschließlich auf demokratiefeindliche Kräfte einen „Nazi-Stein“ werfen, sondern auch seine Hausaufgaben machen, damit für verfassungsfeindliche Tendenzen nicht noch mehr Nährboden geschürt wird. Die Demokratie lebt mit der öffentlichen Meinung ihrer Bürger. *Herbert Gießmann, Adelsheim*

**FALL INS SCHWARZE LOCH**  
ZU: DAS SCHEITERN EINES HOCHSTAPLERS (NR. 36)

Robert Habeck und seine „grüne“ Truppe haben langsam fertig, aber sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen den drohenden Fall ins schwarze Loch, ins absolute Nichts, in die grenzenlose Bedeutungslosigkeit. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas





## Wer bestimmt, was wir wissen dürfen – und was nicht?

■ Freie Presse, kritischer Journalismus, unabhängige Medien? Thomas Röper stellt diese Selbstbilder infrage – mit einer investigativen Recherche, die erschüttert. In *Gesteuerte Wahrheit* enthüllt er, wie westliche Medienstrukturen systematisch von Regierungen, Geheimdiensten, milliardenschweren Stiftungen und internationalen Netzwerken beeinflusst werden.

Ein Schwerpunkt liegt auf der CIA-Operation Mockingbird: Hunderte Journalisten arbeiteten bereits im Kalten Krieg verdeckt für US-Geheimdienste – ein System, das laut Röper nie endete, sondern perfektioniert und professionalisiert wurde. Auch der BND wird in diesem Kontext genannt.

Anhand aktueller Beispiele und über 150 nachprüfbarer Quellen zeigt Röper: Es sind nicht Vielfalt und Freiheit, die viele Redaktionen prägen, sondern gelenkte Narrative, unsichtbare Geldströme und politisch motivierte Netzwerke. NGOs, globale Oligarchen und transatlantische Thinktanks spielen dabei eine zentrale Rolle. Dieses Buch benennt Ross und Reiter – und gibt kritischen Lesern die Werkzeuge an die Hand, um Medienberichte künftig mit neuen Augen zu lesen.

Eine fesselnde Lektüre für freie Geister – Pflichtlektüre für alle, die sich nicht manipulieren lassen wollen.

Thomas Röper: *Gesteuerte Wahrheit* • gebunden • 206 Seiten • Best.-Nr. 991 650 • 20,- €

www.kopp-verlag.de

## WEINLESE

# Eine Traube ganz nach unserem Geschmack

Vor 100 Jahren schmuggelten deutsche Winzer die in der Schweiz „erfundene“ neue Rebsorte Müller-Thurgau über den Bodensee

VON STEPHANIE SIECKMANN

**F**rüh am Morgen liegt ein zarter Nebelschleier über der Landschaft. Die Sonne hebt sich langsam über den Horizont und färbt den Bodensee in ein milchiges Silber. Am Hang oberhalb des Sees liegt der Morgentau schwer auf den Blättern der Weinreben. In den Reihen zwischen den Rebstöcken raschelt es. Hände greifen nach Scheren, Eimer klappern leise aneinander. Mit einem kurzen Knacken trennt sich die erste Traube vom Stiel, fällt mit einem dumpfen Laut in den Eimer.

Der Monat September ist die Zeit der Weinlese. Die Trauben werden geerntet, gekeltert und der Rebsaft schließlich in Tanks gefüllt. Es ist eine anstrengende Zeit für die Erntehelfer, die von früh bis spät im Einsatz sind. Sie schneiden dort die Weintrauben von Hand, wo die Ernte mit Maschinen aufgrund von steilen Lagen nicht durchführbar oder aufgrund der sehr hohen Qualität der Reben nicht erwünscht ist. Sonne, Regen, Wärme haben ihren Teil zur Rebenreife beigetragen. Jetzt ist es an den Winzern, das Beste daraus zu machen.

Wenn in diesem Jahr die Trauben der Rebsorte Müller-Thurgau eingebracht werden und ihr Saft in die Fässer und Tanks der Winzer gefüllt wird, ist dies ein ganz besonderer, ein feierlicher Moment. Vor 100 Jahren wurden Rebstöcke dieser Sorte trotz eines offiziellen Verbots über den Bodensee geschmuggelt und anschließend auf der deutschen Seite des Sees angepflanzt. Diese geheime Mission, das selbstbewusste Handeln des Weingutverwalters Johann Baptist Röhrenbach und seines Sohnes Albert, legte die Grundlage für den weltweiten Erfolg der Rebsorte Müller-Thurgau.

Heute ist der Müller-Thurgau eine der am häufigsten angebauten Weißweinsorten im deutschen Raum. Im Hinblick auf die Verbreitung und die Anbauflächen rangiert diese Sorte in Deutschland direkt hinter dem Riesling auf Platz zwei. Auch international belegt der Müller-Thurgau bis heute einen Platz unter den Top 10 aller Weißweinsorten.

Der Ursprung des Müller-Thurgau war kein Zufall. Damals wie heute gab bezie-



Reif für die Ernte: Weinlese des Müller-Thurgau im Kaiserstuhl

Bild: pa/Patrick Seeger

ungsweise gibt es klimatische Veränderungen und Krankheiten, die den Wunsch nach widerstandsfähigen und zugleich schmackhaften und ertragreichen Züchtungen geweckt haben. Eingeschleppt durch amerikanische Rebstöcke, hatten sich von 1845 an nach und nach echter und falscher Mehltau sowie die Reblaus in Europa ausgebreitet. Drei Katastrophen, die den europäischen Weinbau mit voller Wucht ins Mark trafen. Ertragsverluste und die Zerstörung vieler Reben führten zur Nutzung von Schwefelpulver und anderen Pflanzenschutzmitteln. Zudem wurde der Weinbau auf Pfropfreben umgestellt.

Die im Jahr 1872 gegründete Königlich Preußische Lehranstalt für Obst- und Weinbau im hessischen Geisenheim hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Forschung im Bereich Weinbau voranzutreiben. Vier Jahre nach der Gründung übernahm der Schweizer Phytopatholo-

ge Hermann Müller die Leitung der pflanzenphysiologischen Versuchsstation. Der Forscher, der aus dem Kanton Thurgau stammte und den man daher Müller-Thurgau nannte, widmete sich der Erforschung von Rebkrankheiten und der Physiologie der Weinrebe.

Sein Ziel war es, eine Traube mit hoher Geschmacksqualität, großem Ertragsvolumen und früher Reife hervorzubringen. Recht bald wurden seine Kreuzungsexperimente von Erfolg gekrönt. Basierend auf Riesling in einer Anpaarung mit einer anderen Sorte gelang 1882 die Neuzüchtung einer frühreifen Traube, die geschmacklich überzeugen konnte und einen großen Ertrag lieferte. Der „Müller-Thurgau“ war geboren.

Doch bevor die neue Rebsorte weltweit Verbreitung fand, sah es zunächst einmal so aus, als ob der „Müller-Thurgau“ ein eigenössischer Schatz bleiben sollte. Gesetze regelten die Verwendung

der Trauben so, dass Müller-Thurgau-Reben in Deutschland nicht verbreitet und lediglich zu Forschungszwecken angepflanzt werden durften. In der Schweiz dagegen wurden die Reben für den Weinanbau verwendet. Der Wein begeisterte die Gäste in den Thurgauer Schenken. Und die Kunde über den begehrten neuen Wein gelangte schnell auch auf die deutsche Seite des Bodensees.

## Müller-Thurgau hier, Rivaner dort

Von den Vorzügen der neuen Rebsorte hörte auch Johann Baptist Röhrenbach. Er lebte in Immenstaad, am nördlichen Ufer des Bodensees, auf deutschem Boden. In seiner Funktion als Gutsverwalter auf dem Betrieb des Markgrafen von Baden stand er vor großen Problemen. Die Pilzkrankheiten sowie die Reblaus, hatten dem Weinbau am Bodensee massiv zugesetzt. Röhrenbach regte bei seinem Arbeitgeber mehrfach den Einsatz von Mül-

ler-Thurgau-Reben an. Der Markgraf blieb jedoch strikt gegen die gesetzlich nicht erlaubte Einführung von Weinstöcken dieser Sorte.

Röhrenbach ließ sich jedoch nicht von seiner Idee abbringen. Er plante und organisierte den Schmuggel von Müller-Thurgau-Pfropfreben aus der Schweiz. Sein Sohn Albert und Josef Ainser, Fischersohn aus Hagnau, stiegen im April 1925 in ein Ruderboot und ruderten bei Nacht und Nebel über den See, passierten dabei die Zoll- und Landesgrenzen. Auf der Schweizer Seite nahmen sie 400 Müller-Thurgau-Pfropfreben in Empfang, die sie unter den Fischernetzen verbargen und über den See zurück nach Deutschland brachten.

Dem Markgrafen blieb der Anbau der Müller-Thurgau-Reben nicht lange verborgen. Er ließ Röhrenbach gewähren, jedoch durfte der Gutsverwalter seine Schmuggelware nur in Immenstaad anbauen. Damit war der Grundstein für die Erfolgsgeschichte des Müller-Thurgau gelegt. Die Rebsorte fand am Bodensee beste Bedingungen: Hanglage, Mikroklima und Bodenbeschaffenheit halfen den Reben zur vollen Entfaltung ihres Potentials. Der Wein war begehrt, wurde geschätzt und nachgefragt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es keine gesetzlichen Einschränkungen mehr. Der Müller-Thurgau konnte mit behördlicher Genehmigung auf deutschem Boden angebaut werden und trat vom Bodensee aus seinen weltweiten Siegeszug an. Heute trägt diese Rebsorte mit ihrem Genpool auch zu Neuzüchtungen bei.

Kurioses Detail: Hermann Müller (-Thurgau) glaubte, sein großes Ziel mit der Kreuzung von Riesling und Silvaner erreicht zu haben, weshalb der Wein in der Schweiz die Akronym-Bezeichnung Rivaner trägt. Doch eine später erfolgte Genanalyse zeigte: In Wirklichkeit handelte es sich um eine Kreuzung aus Riesling und Madeleine Royale. Während in Deutschland 100 Jahre Rebensmuggel gefeiert werden, steht in der Schweiz ein anderes Jubiläum im Mittelpunkt: der 175. Geburtstag des am 21. Oktober 1850 in Tägerwil im Kanton Thurgau geborenen Hermann Müller, dem Erfinder des „Müller-Thurgau“.

## ERNTEDANK

## Aus Bohnen, Linsen, Erbsen „gewebt“

Körner und Samen als Basis für kleine Kunstwerke – Seit 30 Jahren gestalten Theresia und Siegfried Schweiger Körnerteppiche

Unter anderem für die jährliche Herstellung des sogenannten Körnerteppichs mit religiösen Bildmotiven haben Theresia und Siegfried Schweiger Anfang des Jahres die Wolfgangsmédaille des Bistums Regensburg erhalten. Sie ist eine Auszeichnung für „verdiente Weltchristen“. Seit 1994 bildet dieser besondere Teppich in der Wallfahrtskirche „Zu den drei Elenden Heiligen“ von Griesstetten bei Dietfurt an der Altmühl zum Erntedankfest und dann bis zum Fest des Heiligen Martin am 11. November eine von vielen Gläubigen bewunderte Attraktion.

Blumenteppiche sind zu besonderen kirchlichen Anlässen – Fronleichnam, Jubiläen von Priestern oder zur Erstkommunion – weit verbreitet. So entstand die Idee, aus heimischen Gewächsen eine Darstellung zum Erntedankfest für die Wallfahrtskirche zu fertigen. „Das erste Bild war aus Schlehe und Hagebutte und auf einem Pappdeckel befestigt“, blickt

Schweiger auf das „Projekt“ im Jahr 1994 zurück. Auf einem quadratischen blauen Grund war in oranger Schrift „Dank sei Gott“ zu lesen.

Bereits ab dem darauffolgenden Jahr wechselten die Materialien. Nun diente eine feste Platte als Untergrund. Zur Gestaltung wurden jetzt ausschließlich Körner verschiedenster Art herangezogen. Gleich blieb zunächst noch der Inhalt, das heißt es sich zur Aufgäbe gemacht, die Forschung im Bereich Weinbau voranzutreiben. Vier Jahre nach der Gründung übernahm der Schweizer Phytopatholo-

Bei den Bildmotiven lassen sich Theresia und Siegfried Schweiger von unterschiedlichen Aspekten inspirieren: sei es ein Motiv in einem Gotteshaus bei einer Wallfahrt oder im Urlaub oder eine besondere Veranstaltung wie im Jahr 2000 die Dekanatswallfahrt. So fanden etwa



Der Regensburger Bischof weicht den Körnerteppich in der Griesstettener Kirche

Themen aus Vierzehnheiligen oder Assisi ihren Niederschlag. Aber auch Marterl und Kapellen (zum Beispiel die Jagdkapelle St. Bartholomä vom nahen Schloss Wildenstein) bildeten Vorlagen. Oder das Altarbild beziehungsweise Deckengemälde der Klosterkirche in Dietfurt, wo in der Fastenzeit die Ölbergandachten stattfinden. Und natürlich die Griesstettener Wallfahrtskirche mit den drei Elenden Heiligen Marinus, Zimius und Vimius selbst. Wichtig ist dem Ehepaar, die dargestellten Figuren in ein Umfeld beziehungsweise eine Landschaft einzubetten.

Erwähnt sei noch, dass die Schweigers auch Palmbüschel basteln, deren Verkaufserlös dem Verein zur Förderung krebskranker und körperbehinderter Kinder Ostbayern (VKKK) zugutekommt. Ebenso stellen sie Osterkerzen zu diesem Zweck her. Auch diese Aktivitäten führten zur Verleihung der Wolfgangsmédaille.

Markus Bauer

## ● FÜR SIE GELESEN

Putins Kritiker  
im Exil

Zwei Monate vor der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 ließ das Putinregime die Menschenrechtsorganisation Memorial auflösen, eine Stimme für die Opfer des Stalinismus, die seit 30 Jahren in Russland dafür gesorgt hat, das historische Gedächtnis zu bewahren. Bereits 2012 wurde Russlands erste NGO als „ausländischer Agent“ gebrandmarkt sowie mit Durchsuchungen und öffentlicher Hetze unter Druck gesetzt.

Wie soll es nun weitergehen, wie mit der Hilf- und Ratlosigkeit umgehen, in der viele gewissenhafte Russen sich befinden angesichts der Tatsache, dass ihr Land Krieg führt. Inzwischen gibt es Memorial-Niederlassungen in vielen Ländern, von wo aus sie den Streit um das kritische Gedächtnis Russlands weiterführen.

In „Erinnern ist Widerstand“ resümieren namhafte Historiker, Publizisten und Schriftsteller über die bisherigen Erfolge der Dissidenten. MRK



**Memorial: „Erinnern ist Widerstand“**, C.H. Beck Verlag, München 2025, gebunden, 192 Seiten, 25 Euro

## RATGEBER DER WOCHE



## Nussige Leckereien

Nüsse und Samen enthalten wertvolle Fette, pflanzliches Eiweiß und wichtige Nährstoffe – Sie können die heimische Küche bereichern

BILD: SHUTTERSTOCK

**Neun heimische Sorten** – Walnüsse, Haselnüsse und Esskastanien sowie Sonnenblumenkerne, Mohn-, Hanf-, Leinsamen oder Kürbiskerne und Mandeln – sie alle lassen sich kreativ in den täglichen Speiseplan integrieren. Karin Sidak zeigt in ihrem Ratgeber „Heimische Nüsse

und Samen“, wie es gelingt, aus ihnen schmackhafte Aufstriche, Pestos, Getränke, Naschereien oder Brote herzustellen. Nüsse und Samen können auch Fleischgerichte, Kuchen und Desserts verfeinern. Das Buch enthält über 100 reich bebilderte Rezepte. MRK

**Karin Sidak: „Heimische Nüsse & Samen“**, stv Verlag, Graz 2025, gebunden, 208 Seiten, 26 Euro

## ZWEITER WELTKRIEG

Die letzten Tage  
der Schlacht um Berlin

Henrik Schulze, ehemaliger Stadtchronist von Jüterbog, hat die Truppenbewegungen rund um die Reichshauptstadt kurz vor Kriegsende untersucht und Schauplätze selbst kleiner Orte in einer Chronik aufgeführt

VON KARLHEINZ LAU

Henrik Schulze ist Stadtchronist der Stadt Jüterbog südlich von Berlin. Er beschäftigt sich mit Militärgeschichte vornehmlich in seiner Heimatregion. Im Mittelpunkt seines Buchs „Unbekannt 1945“ stehen die letzten Tage der Schlacht um Berlin, die Ereignisse südöstlich von Berlin mit dem späteren Soldatenfriedhof Halbe, der einer der größten in Deutschland ist. Er liegt nahe der Autobahn Berlin-Dresden.

Der vorliegende erste Band beginnt mit einer Beschreibung der militärischen Ausgangslage im Januar 1945 mit der „Weichsel-Oder-Operation der Roten Armee als Grundlage zur Einnahme Berlins“. Und auf derselben Seite steht eine wichtige Erkenntnis, die eigentlich als Resümee am Ende der Gesamtdarstellung beider Bände stehen müsste: „Der Krieg war eigentlich schon entschieden. Und trotzdem sollte das Völkermorden noch einige Wochen weitergehen“.

Hieran knüpfen die Fragen nach der Motivation der deutschen und der sowjetischen Soldaten an. Schulze findet Antworten: Trotz der materiellen und personellen Überlegenheit der sowjetischen Seite kämpften deutsche Landser, um ein weiteres Vordringen der Sowjets zu verhindern – zu stark wirkten die Berichte über Gräueltaten an der Zivilbevölkerung im Osten Deutschlands, aber auch der Wunsch nach einem schnelleren Vordringen der Westalliierten, die als weniger

grausam eingeschätzt wurden. Die Soldaten der sowjetischen Seite wollten die Grausamkeiten rächen, welche die Deutschen beim Vordringen und beim Rückzug in Russland an Menschen und Material begangen hatten.

**Ergebnis jahrelanger Recherchen**

Wichtig für das Verständnis der folgenden Darstellungen ist eine Übersicht über die Gliederung der Truppen zu Beginn der Offensiven im Januar 1945: Die deutsche Wehrmacht mit Unterstützung durch SS-Verbände sowie die Luftwaffe und die Rote Armee. Erwähnung findet auch das Nationalkomitee Freies Deutschland, ein Zusammenschluss gefangener deutscher Soldaten und Offiziere, die auf sowjetischer Seite die deutschen Truppen von der Aussichtslosigkeit des Krieges zum Beispiel durch Lautsprecher an der Front zu überzeugen versuchten.

Im Zentrum des Buches steht die Chronik der Kampfstage ab 16. April 1945. Insgesamt 460 Seiten werden für neun Tage gebraucht. Dieser Teil nötigt größten Respekt ab, es ist das Ergebnis jahrelanger Recherchen: persönliche Aufzeichnungen, Tagebücher, Bodenfunde von Soldaten – Russen wie Deutsche, Zeitzeugen, Zeitungen, Literatur – ein Verzeichnis folgt im zweiten Band.

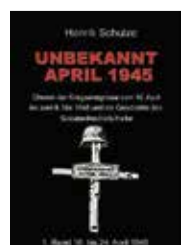
Der Autor hat so viel wie möglich auch sowjetische/russische Quellen genutzt. Viele Fotos führender Militärs beider Seiten und Alltagsszenen sowie zahlreiche Skizzen sind wichtige Ergänzung-

gen zu den Texten, ebenso erhalten gebliebene Originaldokumente der deutschen Seite. Aus der Summe dieser Materialien war es Schulze möglich, jeden Kampftag mit seinen Truppenbewegungen beider Seiten aufzuzeigen unter Nennung der Schauplätze und selbst der kleinsten Ortschaften. Auch heutige Bewohner von Wriezen, Halbe, Teupitz, Müllrose Frankfurt/Oder und Spremberg können feststellen, wie die Gefechtslage am 17. oder 23. April sich entwickelt hat. Das Ortsregister umfasst nahezu vollständig alle Namen im Raum südöstlich von Berlin.

Die hier dargebotenen Fakten waren für alle damals Beteiligten grausame Realität. Unabhängig davon, wie man die Lektüre durchführt, in Gänze oder in einzelnen Abschnitten, es bleibt ein bedrückender Eindruck. Ein Leserkreis wird sich finden mit Interessierten aus der Region oder an dieser Phase des Krieges. In jedem Fall ist es ein wichtiges schriftliches Denkmal und gleichzeitig Teil der Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

**Henrik Schulze: „Unbekannt April 1945“ – Chronik der Kriegseignisse vom**

**16. April bis zum 8. Mai 1945 und die Geschichte des Soldatenfriedhofs Halbe. 1. Band 16. bis 24. April 1945“**, Eigenverlag, Jüterbog 2025, gebunden, 544 Seiten, 40 Euro



## NAHER OSTEN

Hintergrund  
zum Gaza-Krieg

Die Nahostexpertin Muriel Asseburg wagt eine recht einseitige Analyse des politischen Geschehens, das zum Hamas-Attentat führte

VON BODO BOST

Muriel Asseburg – Politologin und Nahostexpertin an der Stiftung Wissenschaft und Politik – legt mit ihrem Buch „Der 7. Oktober und der Krieg in Gaza“ eine Analyse des Hamas-Terrorangriffs und der darauffolgenden Eskalation im Gazastreifen vor. Der Untertitel – „Hintergrund, Eskalation, Folgen“ – beschreibt die Dreiteilung und Struktur des Werks. Allerdings versucht die Autorin eher Verständnis für den Pogrom der Hamas zu wecken, so als ob nicht die Hamas diesen Krieg ausgelöst hat. Asseburg spricht sehr viel von einer Zwei-Staaten-Lösung als Allheilmittel für die Probleme des Nahen Ostens. Sie verschweigt aber, dass 1947 die UN diese Zwei-Staaten-Lösung angeboten hatte. Damals hatten die jüdischen Vertreter Palästinas diese Lösung angenommen, aber die Araber nicht.

Gerade in einer so polarisierten Debatte wirkt Asseburgs Analyse zunächst sachlich. Allerdings, selbst wenn man die Hamas in das Ränkespiel innerpalästinensischer Rivalitäten und den Einfluss regionaler Akteure einordnet, wird aus der menschenverachtenden Organisation noch lange kein Akteur wie jeder andere. Es fehlt ein Kapitel über den „Todeskult“ der Hamas. Wegen dieser Ideologie, die mit dem Tod der eigenen Frauen und Kinder Profit schlagen will, kann und darf man mit der Hamas nur die Freilassung der Geiseln verhandeln, aber niemals über Politik, wie es die Autorin vor-

gibt. Auch die zwielichtige Rolle Ägyptens, das mit einer Öffnung seiner Grenzen zum Gazastreifen das Leid der Menschen sehr schnell beenden könnte, kommt in dem Buch kaum vor.

Wie Asseburg ausführt, hat kein anderer Krieg seit 1948 so polarisiert und einen so tiefgreifenden Einschnitt für den gesamten Nahen Osten hervorgerufen. Kein anderer Krieg im Nahen Osten hat auch so rasch auf andere Länder in der Region übergegriffen. Bereits jetzt handelt es sich um die längste und gewaltsamste militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und seinen Gegnern. Der dicht besiedelte Gazastreifen mit rund zwei Millionen Menschen wird nie mehr das, was er vor dem 7. Oktober 2023 war.

Die Auswirkungen dieses Konfliktes auf die Weltpolitik und die internationalen Flüchtlingsströme kommen in dem Buch nicht vor, weil sie noch nicht abzuschätzen sind. Von daher ist das Buch von Asseburg nur ein Einstieg, eine Momentaufnahme, aber neue alternative Lösungsansätze oder gar neue Einsichten zeigt die Autorin leider kaum.



**Muriel Asseburg: „Der 7. Oktober und der Krieg in Gaza. Hintergrund, Eskalation, Folgen“**, C.H. Beck Verlag, München 2025, gebunden, 287 Seiten, 20 Euro

## EMOTIONALES GEDENKEN

## „... aber meine Heimat ist Ostpreußen!“

Bewegende Kranzniederlegung am Denkmal der Vertriebenen in Bad Cannstatt

VON GEORG MÜLLER

Erinnern – Bewahren – Gestalten!“ Hartmut Liebscher, BdV-Vorsitzender von Baden-Württemberg, verwies am 14. September auf der von der Blaskapelle der Siebenbürger Sachsen würdevoll umrahmten Kranzniederlegung am Vertriebenenendenkmal in Stuttgart-Bad Cannstatt auf das diesjährige Motto der Vertriebenen, das von zwei großen Ereignissen geprägt ist: 80 Jahre Kriegsende und 75 Jahre Charta der Heimatvertriebenen. Diese wurde übrigens in unmittelbarer Nähe des Denkmals im Kursaal von Bad Cannstatt verfasst.

Helga Ruhnke von der Landsmannschaft Ostpreußen blickte auf 80 Jahre Vertreibung zurück, die gekennzeichnet waren von Arbeit, Entbehrungen und Integrationswillen. Die Vertriebenen hatten mit nichts angefangen und haben sich hier in Baden-Württemberg ein neues Zuhause geschaffen. Sie können mit Recht stolz sein auf ihre Leistung, so Ruhnke.

Ruhnke wurde 1939 in Königsberg geboren. Drei Monate später begann der Zweite Weltkrieg. Später hat sie Luftangriffe auf die Stadt Immanuel Kants erlebt. Nachdem sie mit ihrer Mutter Königsberg kurzzeitig verlassen hatte, kehrten sie für kurze Zeit dorthin zurück, weil ihre Mutter noch einmal ihre Eltern sehen wollten, die später an Hungertyphus starben. An den Geruch des brennenden Königsbergs kann sie sich noch heute erinnern.

Die Flucht mit ihrer Mutter führte sie zunächst in einem kalten Winter im offenen Viehwagen nach Pommern. Kälte und Hunger waren ihre ständigen Begleiter. Ein Stahlhelm diente als Kochtopf. Luftangriffen waren sie schutzlos ausgeliefert. Mal gab es was zu essen, mal nicht. Sie erinnert sich, wie Menschen, die bei einem



Helga Ruhnke: Die heute 86-jährige gebürtige Königsbergerin fand überaus bewegende als auch versöhnliche Worte, als sie den unschuldigen Kindern im Krieg gedachte und verdeutlichte, dass der christliche Glauben viele vor dem Schlimmsten bewahrt hat

Halt des Zuges ausstiegen, um ihre Notdurft zu verrichten, den Zug verloren haben, weil dieser plötzlich anfuhr. Bei diesen Stopps wurden auch Kinder von ihren Eltern getrennt.

**Was ist mit den Unschuldigen?**

Von dort kamen Helga Ruhnke und ihre Mutter nach Ostfriesland, wo sie aufgrund der Zwangseinweisungen nicht immer gut angesehen waren. Sie selbst kamen bei einem Bauern unter, der zu ihrer Mutter gleich nach der Ankunft sagte: „Ab morgen können Sie bei uns arbeiten.“ Bürgergeld oder andere staatliche Unterstützung gab es nicht. Ihre Mutter, eine Postbeamtin, musste Feldarbeit verrich-

ten. Helga Ruhnke ging in Ostfriesland sechs Jahre zur Schule, fand dort auch Freunde. Dann kam sie im Dezember 1950 nach Stuttgart: „Hier bin ich zu Hause, aber meine Heimat ist Ostpreußen!“

Ruhnke sagte: „Nichts ist schlimmer für ein Volk als Krieg.“ Dieser Krieg sei die Schuld der Deutschen gewesen. Aber was, so die Referentin, ist mit den Unschuldigen? Zum Beispiel mit Kindern wie sie eines war? 14 Millionen Deutsche wurden damals entwurzelt, verloren ihre Heimat, zwei Millionen auch ihr Leben. „Der christliche Glauben hat uns vor dem Schlimmsten bewahrt.“

Ruhnke gehört zur Erlebnisgeneration, die immer noch da ist und als Mahner

wirkt. Sie wünscht sich manchmal von den Medien mehr Verständnis für die Heimatvertriebenen und erinnert an den Beitrag der Heimatvertriebenen für die deutsche Kultur. Königsberg zum Beispiel wurde vor 770 Jahren gegründet und hat in dieser Zeit wie ganz Ostpreußen viel für die deutsche Kultur geleistet. „Wir haben dieses Land geprägt!“

**Auf Vergeltung verzichten**

Anschließend berichtete Friedrich Glas, der das furchtbare Lager Jarek des Tito-Regimes überlebt hat, über das Zusammentreffen von Ereignissen, wie man sie nicht erfinden kann, sondern wie sie nur das Leben schreibt. Genau vor 80 Jahren,

am 14. September 1945, wurde sein zwölf Jahre alter Jugendfreund Peter Kendle morgens um 4.30 Uhr erschossen. Friedrichs Schwester ist im Lager verhungert. Sein Appell lautete, dafür zu sorgen, dass in Zukunft nie mehr Mahnmale für Opfer und Vertreibung gebaut werden müssen.

Franz Pitzal, ehemaliger katholischer Pfarrer aus Renningen, der aus Iglau stammt, unterstrich dabei, welche besonderer Größe es bedurfte, bereits fünf Jahre nach Kriegsende auf Vergeltung zu verzichten, „als die Wunden noch bluteten“. In diesem Geist ist die Charta der Heimatvertriebenen verfasst. Er stellte die Frage, was wir als einfache Menschen tun können, damit so etwas nie wieder passiert. Wir brauchen, so seine Antwort, Menschen, die ein friedliches Leben wollen.

Für ihn ist es entsprechend dem Motto dieses Jahres wichtig, nicht nur zu erinnern und zu bewahren, sondern auch zu gestalten. Für ihn ist Vergebung die Umsetzung von Menschlichkeit. „Wir wollen Versöhnung schaffen!“



Der niedergelegte Kranz am Vertriebenen-Denkmal in Bad Cannstatt

## IM DIALOG

## Deutsch-Polnischer Runder Tisch

Bundesbeauftragter Fabritius im Gespräch mit dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen

Am 10. September hat der Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, den Vorstandsvorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Rafal Bartek, die Geschäftsführerin des VdG, Joanna Hassa, sowie den Vizepräsidenten der FUEN, Bernard Gaida, im Bundesministerium des Innern zu einem Austausch über aktuelle und strategische Themen der Deutschen Minderheit in Polen empfangen.

An dem Gespräch nahmen auch die zuständigen Vertreter der Fachabteilung des Bundesministeriums des Innern, die für die Umsetzung der Minderheitenförderung der Bundesregierung zuständig sind, teil. Die Minderheitenförderung umfasst die wichtigen Bereiche der Sprachförderung, den Erhalt und die Weiterentwicklung der ethnokulturellen Identität, den Ausbau der Jugendarbeit sowie die Stärkung der Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten.

Die deutsche Minderheit in Polen ist mit etwa 148.000 Menschen die größte anerkannte nationale Minderheit in Polen. Aus historischen Gründen leben ihre Vertreter vor allem in den südwestlichen (Schlesien), nordwestlichen (Pommern und Kujawien) und nordöstlichen (Erm-



Bernd Fabritius (l.), Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, im engagierten und ebenso freundlichen Austausch mit Rafal Bartek (z.v.r.), Vorstandsvorsitzende des VdG

Foto: BMI

land und Masuren) Teilen der Republik Polen. Der VdG repräsentiert die Deutschen in Polen in politischen Kontakten und ist Gesprächspartner für die deutsche und polnische Regierung.

Ein Anliegen des VdG im Gespräch mit Bundesbeauftragtem Fabritius war die Vorbereitung des Deutsch-Polnischen Runden Tisches, der den Angelegenheiten der deutschen Minderheit und der in

Deutschland lebenden Polen dient. Der Runde Tisch wurde im Jahr 2010 initiiert, um den aktuellen Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Nachbarschaftsvertrags (Deutsch-Polnischer Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahr 1991) regelmäßig zu evaluieren. Zudem werden Richtlinien für die Unterstützung der polnischstämmigen Bürger der Bundesrepu-

blik, der Polen in Deutschland sowie der deutschen Minderheit in der Republik Polen ausgearbeitet.

Die Gespräche finden abwechselnd auf Einladung der deutschen und polnischen Regierung statt. Der nächste Runde Tisch wird auf Einladung der polnischen Regierung stattfinden. An diesen Gesprächen nehmen Vertreter der Bundesregierung, der polnischen Regierung, der deut-

schon Minderheit in Polen sowie der Polen in Deutschland und manch weitere Experten teil.

Rafal Bartek und Fabritius tauschten sich weiter über den aktuellen Stand der Umsetzung des BMI-Förderprogramms und anstehende Veränderungen aus. Mit dem Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 6. Mai wurde die Zuständigkeit für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Kulturförderung nach Paragraph 96 BvFG) dem BMI übertragen. Derzeit wird die Umsetzung des Organisationserlasses mit Verwaltungsvereinbarung zwischen BMI und BKM vorbereitet, um eine zeitnahe Übertragung der Aufgaben zu ermöglichen.

Im Vordergrund des Austausches standen deshalb vor allem die aktuellen und künftigen Schwerpunkte des VdG. Bundesbeauftragter Fabritius: „Ich begrüße es sehr, dass die Zuständigkeit für die deutschen Minderheiten künftig beim BMI gebündelt wird. So können die notwendigen Synergien zum besseren Schutz der deutschen Minderheiten erzielt werden. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass der Übergang zum BMI unkompliziert und zugunsten der Deutschen Minderheiten erfolgt.“

BdV

## ● AUFGESCHNAPPT

Die Zweifel wachsen, dass es wirklich etwas wird mit dem „Herbst der Reformen“, den Kanzler Merz versprochen hat. Seine Arbeitsministerin Bärbel Bas von der SPD wird als einer der Bremsklötze ausgemacht, welche Reformen behindern – offenbar zu Recht. In einer Rundmail, mit der sie eine Gruppe von Ökonomen in ihr Ministerium einlud, machte Bas deutlich, wofür es ihr geht: Es solle bei dem Treffen „weniger um die optimierte/optimale Gestaltung bestimmter Maßnahmen gehen“, sondern darum, „Perspektiven darauf zu erhalten, inwiefern Sozialpolitik einen Nutzen stiftet“, wie das „Handelsblatt“ erfuhr. Die Ökonomen sollten der Frage nachgehen, „welche (positiven) Botschaften zum Nutzen von Sozialleistungen und Sozialpolitik in der aktuellen Debatte zu kurz kommen“. Heißt: Sie will nicht reformieren oder „optimieren“, sondern das ausufernde Sozialbudget, das seit Jahren schneller wächst als die Wirtschaftsleistung, nur besser verkaufen. Damit steuert das System weiter in Richtung Abgrund, begleitet von schönen Worten. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Sophie-Marie Schulz sieht im Rauswurf der bisherigen „KLAR“-Moderatorin Julia Ruhs einen Offenbarungseid des NDR und schreibt in der „Berliner Zeitung“ (17. September):

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, insbesondere der NDR, arbeitet hartnäckig daran, sich immer weiter ins Abseits zu schießen. Herzlichen Glückwunsch – der Rauswurf von Julia Ruhs ist der vorläufige Höhepunkt dieser Selbsterstörung.“

Für Daniel Grüber ist das System der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ebenfalls am Ende. Auf „Apollo News“ (17. September) stellt er fest:

„Der NDR-Rausschmiss der ‚KLAR‘-Moderatorin Julia Ruhs zeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht reformierbar ist. Die mit Beitragsmilliarden gemätschten Sendeanstalten sind auf dem besten Wege, sich selbst abzuschaufen.“

Alexander Wendt stellt sich bei „Tichys Einblick“ (18. September) die Frage, warum dominierende Teile des linken Lagers nicht mehr mit Andersdenkenden diskutieren:

„Man sieht ein Milieu, dessen Vertreter lange glaubten, nicht argumentieren zu müssen. Jetzt stellt sich heraus: Sie können es auch gar nicht. Teils aus mangelnder Übung, was zwangsläufig die intellektuellen Fähigkeiten ruiniert, teils aus Desinteresse an Argumenten überhaupt.“

Alexander Teske, der sechs Jahre bei der „Tagesschau“ gearbeitet hat und danach das Buch „Inside Tagesschau“ schrieb, sagte zum „Focus“ (19. September) über die Ausrichtung der zuschauerstärksten deutschen Nachrichtensendung:

„Die Berichterstattung der Tagesschau empfinde ich als einseitig ... Über Ex-Verfassungsschutz-Präsident Maaßen hat die ‚Tagesschau‘ zum Beispiel gezielt kritisch berichtet. Man wollte, dass er abgelöst wird. Baerbocks Verfehlungen wurden dagegen klein gehalten. Das links-grüne Weltbild vieler Redakteure spielt wahrscheinlich eine große Rolle.“

Harald Martenstein geißelt in der „Welt“ (21. September) die, wie er es nennt, „Niedertracht der deutschen Medienlinken im Mordfall Charlie Kirk“:

„Die deutsche Medienlinke bringt in der Regel Mitgefühl nur für sich selbst auf, für ihresgleichen und ansonsten für die, mit deren Leid sich ein politischer Profit erzielen lässt. Besonders perfide ist der fast nie fehlende Vorwurf, Freunde des Opfers ‚instrumentalisierten‘ die Tat, falls sie es wagen, sich zu beschweren. Hat es jemals ein Opfer von Polizeigewalt gegeben, ohne dass Linksextreme dies für einen Generalangriff auf die Polizei instrumentalisiert hätten?“

## ● WORT DER WOCHE

„Ich vergebe ihm, denn das hat Christus getan. Die Antwort auf Hass ist nicht Hass.“

Erika Kirk, Witwe des ermordeten Charles Kirk und Mutter seiner beiden Kinder, auf der Gedenkveranstaltung für ihren Mann in Arizona am 21. September über den Mörder ihres Mannes

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Der Blick in den Spiegel

Warum sich Trump und deutsche Linke so ähnlich sind, und wo die Demokratie funktioniert

VON HANS HECKEL

Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu.“ Schade, dass diese alte Weisheit so vielen Deutschen aus dem Gedächtnis gerutscht ist. Seit Jahrzehnten dominiert das linksgrüne Lager die Debatten in Deutschland, beherrscht Universitäten, Kirchen, große Verbände und Medien. Die Dominanz wurde so stark, dass selbst Industrie und Arbeitgeber, ja selbst weite Teile von Union und FDP nach Anerkennung von Linksgrün streben. Unter dem Parteivorsitz und der Kanzlerschaft von Angela Merkel hat die CDU gar rund zwei Jahrzehnte lang einer im Kern grün gefärbten Führungsfigur gehuldigt. Was für ein sagenhafter Erfolg für Links!

Im Vollgefühl der eigenen Macht vermeinte man schließlich, nun auch die letzten Reste bürgerlicher Kritik ausmerzen oder gänzlich an den rechten Rand drängen zu können und keinerlei Widerspruch mehr dulden zu müssen. Der Fall der Moderatorin Julia Ruhs schien das Ausmaß der eigenen Machtvollkommenheit und den endgültigen Sieg zu bestätigen: Die passt uns nicht, also klatsch, weg mit ihr. Der Vorgang hat System. Schon vor einiger Zeit gab die linke Autorin Carolin Ehmke die Losung aus, die hier zur Geltung kam: Zu Veranstaltungen, bei denen „Pro und Kontra“ Platz haben sollten, wo also unterschiedliche und nicht nur linke Positionen zu Wort kommen könnten, gehe sie gar nicht mehr hin. Und alle linken Gesinnungsgenossen sollten es ihr leicht tun. Schluss mit Meinungsvielfalt und Freiheit, jetzt wird durchgezogen.

Um Abweichler vom linken Strom zu erledigen, hat man alle möglichen windigen Vokabeln als Verdammungsmittel in den Raum geworfen wie „Hass und Hetze“, „Desinformation“ und ähnliches Zeug, das eines gemeinsam hatte und auch unbedingt haben sollte: Jeder kann diese Wörter nach Gutdünken interpretieren und willkürlich als Waffe gegen Andersdenkende abfeuern – sofern er die Macht dazu hat. Und da die Deutungsmacht ja links verankert ist, hatte man jetzt alles in der Hand. Dem Lager rechts der Mitte blieb nur, den Schwund der Meinungsfreiheit zu beklagen. Aber die dort haben eh nichts zu melden, und wenn die doch was zu sagen wagen, werden sie eben zum Schweigen gebracht mit oben genannten Vokabeln.

Nun aber passierte etwas, womit die linke Seite gar nicht mehr gerechnet hatte. Ausgerechnet in dem Land, das als Ursprung von Wokeness und Cancel Culture in die Geschichte eingegangen ist, schlägt das Pendel auf brutalste Weise zurück und bringt etwas hervor, das nicht nur Freiheitsliebende, sondern auch die bislang so selbstgefälligen linken Meinungszensoren zum Zittern bringt. Etwas, das sich anschiebt, vielleicht sogar noch hemmungsloser über die Rechte von Andersdenkenden hinwegzurollen als die doktrinär-selbstzufriedene deutsche Linke. Wir reden von Trump und seiner Truppe.

Auch die wollen jetzt nämlich mit harten Bandagen gegen „Hass“ und „Desinformation“ losschlagen – und nehmen es sich ebenfalls heraus, allein bestimmen zu dürfen, was damit gemeint ist – ganz so wie das linke Lager in Deutschland. Das Entsetzen dieses Atlantiks ist riesig.

Wer Julia Ruhs aus dem Sender jagt, weil sie konservativ ist, der sieht recht verlogene aus, wenn er sich darüber aufregt, dass der US-Fernsehmoderator Jimmy Kimmel ebenfalls an die Luft gesetzt wurde, weil er links steht. Gipfel der Ironie: Ruhs und Kimmel wurden sogar an ein und demselben Tag vom Hof gejagt, nämlich am 17. September 2025. Als ob uns eine Schicksalsgöttin die Botschaft senden wollte: Seht her, der Holzweg von Intoleranz und Cancel Culture hat zwei Fahrtrichtungen. Überlegt euch, wie ihr mit Andersdenkenden umgeht, sonst könnte euch dereinst selbst treffen, was ihr nur anderen zugezogen habt!

## „Das bin ja ich!“

Der Anblick von Trumps Meinungssäuberungskommando müsste deutschen Linken tatsächlich vorkommen wie der Blick in den Spiegel: „Das bin ja ich, nur seitenverkehrt!“ Während Trump laut darüber nachdenkt, TV- und Radiokanäle die Sendezeiten zu entziehen, wenn sie ihn angeblich zu hart angehen, fordern deutsche Linke seit Jahr und Tag, dass man härter gegen Internetformate vorgehen solle, wenn sie „hetzerische“ (also: nicht-linke) Inhalte verbreiten.

Mit einer wirksamen Zensur des Internets würde zumindest bei elektronischen Medien jede wirksame Abweichung vom linken Mainstream erstickt, so der rote Traum. Denn im Fernsehen dominieren ganz klar die Öffentlich-Rechtlichen (ÖRR) das Klima. Und wie gründlich die Mediengenossen beim ÖRR die

Wer hätte das gedacht: Der Holzweg von Intoleranz und Cancel Culture hat zwei Fahrtrichtungen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Herrschaft an sich gerissen haben, haben sie beim NDR mit der Kaltstellung von Ruhs ja eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Deshalb verteidigen sie das Staatssendersystem ja auch so verbissen, zumal ihnen der Blick in die USA gerade angesichts der Causa Kimmel schonungslos vor Augen führt, was passieren kann, wenn freie Kunden als selbstbestimmte Zuschauer ein Wort mitzureden haben, statt dass die Leute per Strafandrohung zur Beitragszahlung verknackt werden – egal, was man ihnen vorsetzt.

In den USA musste Kimmels Sender ABC nämlich nach nur einer Woche klein beigeben und den Moderator wieder einstellen. Was war passiert? Aus Protest gegen Kimmels Entlassung liefen dem Disney-Konzern, zu dem ABC gehört, scharenweise die Streaming-Abonnenten davon. Überdies brachen in den Disney-Freizeitparks die Besucherzahlen abrupt ein. Das war für Disney dann doch zu viel. Der Druck der amerikanischen Bürger mit ihrer Kundenmacht war einfach schmerzhafter als der aus dem Weißen Haus, also holte man Kimmel schnell wieder zurück.

Ja, so finden Marktwirtschaft und Demokratie perfekt zueinander und stärken sich gegenseitig. Und den Unterschied von „Demokratie“ und „Unseredemokratie“ kann man auch kaum schöner ins Bild setzen als mit dem unterschiedlichen Schicksal von Ruhs und Kimmel.

Diese Vorgänge müssten in Deutschland eigentlich ein tiefes Nachdenken auslösen. Das setzt allerdings voraus, dass man überhaupt weiß, wofür es geht, genauer: Was das Recht auf freie Rede, auf Kritik und unzensurierte Meinungsäußerung eigentlich bedeutet. Doch dazu scheinen viele im linken Lager gar nicht mehr fähig.

„Selbstverständlich“ dürfe man linke ÖRR-Journalisten wie Elmar Theveßen oder Dunja Hayali kritisieren, gibt sich Katrin Göring-Eckardt jovial, um dann aber einschränken: „Was nicht geht, ist, dass die von ihnen vorgenommene Einordnung grundsätzlich infrage gestellt wird.“

Und was bitte kann man an Journalisten kritisieren, wenn nicht deren „grundsätzliche Einordnung“ von Vorgängen oder Personen? Die Farbe ihrer Hemden? Traurig, aber wahr: Mit Göring-Eckardt über Meinungsfreiheit zu reden ist so sinnvoll, wie mit einem Anhänger der englischen Alltagsküche über gutes Essen zu fabulieren. Sie wird es auf die harte Tour lernen müssen: „Was du nicht willst ...“